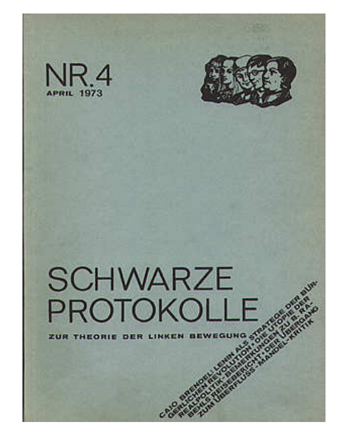
SCHWARZE PROTOKOLLE
Nr.4



Inhalt

Die SCHWARZEN PROTOKOLLE erscheinen vierteljährlich
NR.4 1.April 1973
Preis des Einzelheftes: 2,80 DM
Bestellungen nimmt die Redaktion entgegen.
Anschrift der Redaktion:
Peter Ober 1 Berlin 3o Welserstr.3
Tel.: 0311/ 24 22 o6
Postscheckkonto: Berlin-West Nr. 33 25 25 - lo4
Presserechtlich verantwortlich für diese Nummer:
Peter Ober
Nicht namentlich gezeichnete Artikel sind Arbeiten des Redaktionskollektivs der SCHWARZEN PROTOKOLLE.
Unterzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Eigendruck im Selbstverlag

Die Utopie der Realpolitik

BEMERKUNGEN ZU BERND RABEHLS DDR-REISEBERICHT [1]

„Die Entscheidungen werden im Staatsapparat, im ZK der SED, in den staatlichen Planbehörden, im Management der einzelnen Betriebe getroffen ... Die Arbeiter bleiben weitgehend ausgeschlossen von der Leitung der einzelnen Betriebe und der Gesamtwirtschaft. Wenn die Gewerkschaft in der DDR sich in erster Linie darauf konzentriert, für die Erfüllung der Pläne Sorge zu tragen, und die Arbeiter zur Steigerung der Produktion aufruft, dann kann es leicht geschehen, daß sich die Arbeiter gerade dadurch ihrem sozialistischen Betrieb und der sozialistischen Arbeit entfremden." (S.40)

Wenn der Arbeiter nicht selbst über die Produktionsmittel und somit über das Produkt seiner Arbeit verfügt, dann ist die Entfremdung seiner eigenen Arbeit nicht nur möglich, sondern besteht wirklich [2]. Rabehls Sorge um die drohende "Entfremdung" berührt offenbar einen anderen Punkt. Er fürchtet, was in der Tat „leicht geschehen kann", wo die vergegenständlichte "sozialistische Arbeit" den Arbeitern als fremde Macht gegenübersteht: daß sie sich "ihrem sozialistischen Betrieb" „entfremden", d.h. daß sie sich abkehren von der Ideologie, in der sie mit den Wirtschaftsplanern und Betriebsleitern identifiziert sind.

Rabehl konstatiert daß die Entscheidungen über die Produktion nicht bei den Produzenten liegen - seine Kritik jedoch setzt dort an, wo der Widerspruch für die Staatswirtschaftsplaner gefährlich wird. Um der „Leitung der einzelnen Betriebe und der Gesamtwirtschaft durch die Arbeiter" den Weg zu bahnen, versucht er - mit nüchternem Sinn für die Realität - die Planer bei ihrem Interesse zu packen. So ganz ohne Einfluß auf die Leitung könnten sich die Arbeiter „ihrem sozialistischen Betrieb" leicht „entfremden" - das aber dürfte den Planern wohl unangenehm werden. Daß die Planer dieser seiner solidarischen Kritik bedürfen, verdeutlicht Rabehl mit einem Hinweis auf die reale Gefahr sozialdemokratischer Propaganda:

„Die Ideologie des sozialdemokratischen Sozialismus wird ihnen (den DDR-Arbeitern, d.V.) vorgestellt als mehr Demokratie für die Arbeiter, als mehr Mitbestimmung im Betrieb, als mehr Einfluß auf die Gesellschaft; Sozialismus soll heißen, daß die staatliche Politik Produktion und Reproduktion regelt und höhere Konsumangebote garantiert. In Wirklichkeit meint die SPD, wenn sie von Demokratie spricht, den Einfluß bürgerlicher Ideologien auf die sozialistische Gesellschaft. ... Sie spricht von Sozialismus und meint Staatseingriffe zur Restauration der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Eine solche durchsichtige Propaganda fällt auf fruchtbaren Boden, wenn in der sozialistischen Gesellschaft die Formen der sozialistischen Demokratie nicht entwickelt sind, wenn die Arbeiterklasse von der Kontrolle der Produktion und damit von der Leitung der Gesellschaft ausgeschlossen bleibt." (S.44/45)

Rabehl spricht von „sozialistischer Gesellschaft" auch „wenn die Arbeiterklasse von der Kontrolle der Produktion ... ausgeschlossen" ist. Dieser Mangel jedoch, der die Arbeiter der DDR also ebenso wie die westdeutschen Arbeiter betrifft, birgt eine

Gefahr. Auf dem Boden dieses Mangels - so warnt Rabehl - kann sogar die sozialdemokratische Ideologie, die mehr Mitbestimmung im Betrieb, höhere Konsumangebote usw. verspricht, Wurzel fassen, Verfügten die Arbeiter selbst über die Produktionsmittel, so wäre die Forderung nach "Mitbestimmung" offensichtlich absurd. Die Situation der Arbeiter der DDR ist jedoch - wie Rabehl erkennt - dermaßen mangelhaft, daß selbst sozialdemokratische Propaganda Anziehungskraft hat. Rabehl kennzeichnet die „Widersprüche in der sozialistischen Produktion", wenn er auf sie mit der Frage hinweist: Warum sollten sonst Teile der Arbeiterklasse in der DDR anfällig sein für die sozialdemokratische Propaganda?" (S.44) [3]

„Der Besucher aus dem Westen" (Rabehl über Rabehl) verschließt nicht die Augen vor den Widersprüchen der DDR-Gesellschaft. Er sieht die Arbeiterklasse von der Leitung der Produktion ausgeschlossen und sagt dies klar und deutlich. Während seine Gesprächspartner - ein Parteisekretär und ein ökonomischer Direktor - gegen diese Sicht protestieren (offenbar können sie nicht gleichzeitig dies zugestehen und von einer sozialistischen DDR sprechen) bekennt sich Rabehl mutig zur von ihm festgestellten Realität und zugleich zur Ideologie der "ersten sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden" (S.37).

Daß die DDR eine sozialistische Gesellschaft ist, steht für Rabehl fest, bevor er noch durch empirische Prüfung seine Befürchtung aus dem Weg geräumt hat, in der DDR gäbe es eine neue Bourgeoisie. Offenbar bezieht er seine Sicherheit aus der Kenntnis der „historischen Tendenz". Ihm „deutet sich der ideologische Bankerott an", wo „die oppositionelle Bewegung ... die historisehe Tendenz ignoriert". (S. 48) Er sieht aber im Sozialismus nicht deshalb eine historische Tendenz, weil er seine (subjektiven) Bedürfnisse infolge eines (objektiven) gesellschaftlichen Widerspruchs unbefriedigt findet, eines Widerspruchs also, der allgemein ist und deshalb eine gesellschaftliche Kraft er zeugt, die ihn aufhebt. Seine Bedürfnisse sind scheinbar der „historischen Tendenz" untergeordnet.

Zwar hat Rabehl als westlicher Sozialist auch seine eigenen Vorstellungen von Sozialismus; dank Marx-Studien hat er eine „abstrakte Beschreibung der politischen Formen der Emanzipation der Arbeiterklasse" gewonnen. Diese „seine Vorstellungen vom Sozialismus werden nun konfrontiert mit den konkreten Ergebnissen sozialistischen Aufbaus". Bei dieser Konfrontation schneidet Marx schlecht ab, auch wenn Rabehl das „Beispiel der sozialistischen Transformation der Gesellschaft in der DDR" über „besondere historische Modifikationen" mit „allgemeinen Bestimmungen" von Marx versöhnen will. (S.47/48) Die Emanzipation der Arbeiterklasse durch deren Ausschluß von der Leitung der Gesellschaft - das hatte Marx nicht vorausgesehen.

Die Leidenschaftslosigkeit, mit der Rabehl solche „besonderen historischen Modifikationen" zur Kenntnis nimmt, zeigt: Seine Vorstellungen von Sozialismus sind nicht die Vorstellungen seiner eigenen Emanzipation im Verein mit der Gesamtheit der Arbeitenden, Als "Intellektueller" der sich "zum Sozialismus bekannt hat" (S.37) sucht er nach einer besonderen Rolle im politischen Kampf. Um seine Rolle zu spielen.. ist er bereit, sich am Beispiel der DDR zu orientieren, seine eigenen Vorstellungen von Sozialismus in der solidarischen Kritik an ihr zu konkretisieren:

„Die Kritik an der DDR muß eine solidarische, die Solidarität mit ihr eine kritische sein. Wenn sie diese Voraussetzungen nicht erfüllen kann, wird die sozialistische Intelligenz in Westdeutschland im politischen Kampf keine Rolle mehr spielen. Eine

Intelligenz, die nicht anerkennt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiterklasse sein kann, entfernt sich von der Klassenkampfbewegung der Arbeiter in der Bundesrepublik und entfremdet sich vollständig von den ökonomischen und politischen Problemen der DDR.“ (S.49)

Die Intelligenz mag sich wundern, aber sie soll gefälligst nicht hineinreden, wenn die Arbeiterklasse an ihrer Befreiung werkt. Daß das befreiende Werk der Arbeiterklasse in ihrem Ausschluß von der Leitung der Gesellschaft besteht - der Realpolitiker erkennt es an. Die Arbeiterklasse muß schließlich selbst wissen, ob sie sich ausschließen will oder nicht. Befreit von utopischen Vorstellungen von Sozialismus und gewappnet mit neuer Erkenntnis, wie also die Arbeiterklasse ans Werk ihrer Befreiung schreitet.. d.h. wie der sozialistische Aufbau konkret aussieht, versucht sich Rabehl nun der Klassenkampfbewegung der Arbeiter der BRD zu nähern, hier sucht er seine Rolle als sozialistischer Intellektueller.

Die Aufgabe der sozialistischen Intelligenz westlicher Länder bezeichnet er bescheiden als "Unterstützung des Kampfes ... den die Arbeiterklasse führt“ (S.49). Im gleichen Maß, wie seine Vorstellungen von Sozialismus nicht durch seine individuellen Bedürfnisse bestimmt <u>scheinen</u>, ist Rabehl daran <u>interessiert</u>, diese Unterstützung zu leisten. Anpassungsfähigkeit ist wesentliches Qualifikationsmerkmal für diese Rolle.

In welcher Weise kann Rabehl als Vertreter der sozialistischen Intelligenz die Arbeiterklasse unterstützen? Vor allem durch sein Wissen um die „historische Tendenz“. Zum einen steht ihm durch die von Marx gewonnene „abstrakte Beschreibung der politischen Formen der Emanzipation der Arbeiterklasse“ eine „allgemeine Disposition zur Kritik konkreter Übergangsgesellschaften“ (S.48) zur Verfügung. Seine Kritik drückt sich in Hinweisen und Empfehlungen für die weitere Entwicklung der „Übergangsgesellschaften“ aus. Zum andern kommt ihm die aus eigener Anschauung gewonnene Kenntnis der „ersten sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden“ zugute.

Seinen Beitrag zur Unterstützung der westdeutschen Arbeiterklasse sieht Rabehl vorerst darin, ihr jene Veränderungen ihrer Situation aufzuzeigen, die augenscheinlich <u>möglich</u> sind: die "sozialistischen Errungenschaften" (S.38) der DDR. Als ehemaliger Deserteur vor dem Sozialismus der DDR“ (S.37) will er nicht wieder „die Flucht in den utopischen Sozialismus“ (S.48) antreten und sich dadurch ein zweites Mal der Verantwortung entziehen. [4] Insbesondere weil er weiß, <u>wie</u> die Arbeiterklasse in der DDR ihre Befreiung in die Hand nimmt, oder genauer: wie sie ihre Befreiung in die Hände der Intelligenz legt.

„Die Befürchtungen des Besuchers erfüllen sich nicht. Die <u>Bourgeoisie</u> die in den 'antirevisionistischen' Prognosen auftaucht, <u>läßt sich nicht dingfest machen.</u> ... Der Besucher trifft. eine Intelligenz an, die in diesem märkischen Städtchen weitgehend die Leitung der sozialistischen Wirtschaft repräsentiert. Die Generation der Dreißigjährigen hat die Verantwortung für den sozialistischen Aufbau übernommen. Als Ingenieure, technische und ökonomische Direktoren, als Lehrer und Offiziere <u>sitzen</u> sie an den <u>wichtigen Schaltstellen</u> dieser Gesellschaft.“ (S.38)

Es ist also nicht eine Bourgeoisie, die in der ersten sozialistischen Gesellschaft auf deutschem Boden die Verantwortung für den sozialistischen Aufbau trägt. Rabehls

Furcht vor einer mißlichen Realisation der historischen Tendenz bestätigt sich nicht. Nein, wo er eine DDR-Bourgeoisie suchte, fand er intelligente Dreißigjährige. Diese tragen die schwere Last der Verantwortung für den sozialistischen Aufbau. Man sieht: die Rolle der Intelligenz wandelt sich in der historischen Tendenz von der Unterstützung der Arbeiterklasse zur Leitung der Arbeiterklasse.

Rabehls Weg von der Utopie zur Realpolitik erweist sich indessen als dornenreich. Er muß befürchten, daß die westliche Arbeiterbewegung die Möglichkeit eines "sozialistischen Aufbaust, nach dem Vorbild der DDR zwar sieht, sie als Notwendigkeit aber zurückweist, sich mit ihren Bedürfnissen darin nicht wiederfindet.

„Will das sozialistische System der revolutionären Arbeiterbewegung des Westens den Spiegel seiner eigenen Entwicklung vorhalten, dann müssen zumindest in Ansätzen Formen der Arbeiterkontrolle in der sozialistischen Wirtschaft verwirklicht werden.“ (S.40)

Mit Ansätzen von Arbeiterkontrolle wäre also zweierlei erreicht. In der DDR wäre der „Entfremdung“ der Arbeiter von „ihrem sozialistischen Betrieb und der sozialistischen Arbeit“ vorgebeugt, also die Position der verantwortlichen Leiter der Wirtschaft stabilisiert; im Westen wäre dem Realpolitiker Rabehl dabei geholfen, den Kampf der Arbeiterklasse mit und nach einem glaubwürdigeren Vorbild des sozialistischen Aufbaus der DDR zu unterstützen.

In Hinblick auf die Utopien der Studentenbewegung (wie er sie sieht) ist Rabehl bereit, “der kommunistischen Kritik zuzustimmen, daß die alte antikommunistische, bürgerliche Ideologie bei den Rebellen in modifizierter Form ihre Auferstehung feierte“ (S.38). Die Rebellen, so meint der ehemalige Rebell Rabehl selbstkritisch, haben die DDR an abstrakten Idealvorstellungen gemessen und dann mit ihr den wirklich vorhandenen Weg zum Sozialismus, also die Realisation der "historischen Tendenz“, verworfen und damit schließlich die bürgerliche Gesellschaft praktisch bestätigt.

An den Utopien kritisiert er, daß sie aus Cuba oder China übertragen seien, daß sie „jeder Vermittlung zur deutschen Situation“ entbehrten (‚S.48). Einen fiktiven Demonstranten läßt er argumentieren, „daß man einen ähnlichen Widerwillen gegen die DDR habe, und daß man alles anders machen werde - vielleicht so wie die Kommunisten in Lateinamerika oder in Asien“ (S.38).

„Und so schwebten die Gesichter von Che, Ho Chi Minh, Mao oder Stalin durch die Straßen, die einen vollständig anderen, einen 'unsowjetischen' (Stalin ?), 'uneuropäischen', einen unwirklichen Sozialismus, eben eine abstrakte Utopie für die sozialistische Bewegung Deutschlands verkündeten.“ (S.38)

Zunächst: Rabehl übersieht, daß die Bilder von Che, Ho Chi Minh und Mao den Demonstranten zuerst Ausdruck der (abstrakten) Solidarität mit dem Befreiungskampf der Völker der Dritten Welt waren und die mißverstandene Konkretisierung dieser Solidarität durch Unterordnung unter Spruchweisheiten erst mit der Entstehung von Parteiansätzen auftrat. Sodann: Die Suche nach einem positiven Vorbild ist für Rabehl keine Frage der inhaltlichen Vermittlung von dem eine Bewegung darstellenden Vorbild und der Bewegung hier. Seine Kritik ist nicht die Kritik an der unbegriffenen Identifizierung mit dem Vorbild (die das Erkennen der

Unterschiede sowie der Gemeinsamkeiten von Bewegung dort und Bewegung hier verhindert), sondern sie konzentriert sich darauf, daß die Vorbilder zu weit hergeholt waren. Die "Vermittlung mit der deutschen Situation" will Rabehl mit einem deutschen Vorbild herstellen. Ulbrichts Gesicht hätte durch die Straßen schweben sollen, um so den „wirklichen Sozialismus“ zu verkünden.

Rabehl und den Rebellen ist gemeinsam, daß sie nur das an Sozialismus für möglich halten, was sich in der Welt schon irgendwo als herrschend etabliert hat - wobei Rabehl deutschen Boden nicht gern verlassen möchte. In dieser Vorstellung ist Neuentwicklung ausgeschlossen.

Wenn auch die reale Existenz eines Vorbildes nicht notwendig ist für das Fortschreiten der Befreiungsbewegung hier (im Gegenteil: ihr wäre durch die Fixierung auf ein Vorbild zugleich eine Grenze gesetzt), so heißt das nicht, daß ein Modell schlechthin abzulehnen ist. Allein seine Faktizität macht ein Modell jedoch noch nicht zum Vorbild. Damit es zum Vorbild taugt, müssen die Träger der Bewegung sich mit ihren Bedürfnissen darin wiederfinden. Ist dies tatsächlich der Fall, d.h. kann das Modell zur Veränderung hiesiger Verhältnisse einen Weg weisen, so geschieht doch das Fortschreiten der Bewegung hier nur vermittelt über die konkrete Kritik an den spezifischen Verhältnissen" die hier als unterdrückende erfahren werden.

Ein von außen herangetragenes Modell bleibt dann der Bewegung fremd, wenn sie sich mit ihren Bedürfnissen darin nicht wiederfindet. Ein fremdes Modell kann nun auch nicht dadurch zum Vorbild werden, daß aus den allgemeinen Bestimmungen „des Sozialismus“ bestimmte Details (z.B. "bewußte Planung") hineinprojiziert werden. Die allgemeinen Bestimmungen sind ja nur das Resultat einer Vielfalt von theoretischer und praktischer Kritik und können nur in Einheit mit dieser Kritik begriffen werden. Wo sie von ihr getrennt, als fremde Bestimmungen die Unterwerfung der kritischen Bewegung fordern, sind sie notwendig in ihrem Inhalt verfälscht.

„Die Klassenkämpfe im Westen zeigen, daß die Arbeiter in ihren Kämpfen Elemente der Vergesellschaftung der Produktion, die in der kapitalistischen Form gefesselt liegen, in Freiheit setzen wollen. Streiks, Betriebsbesetzungen und die Forderung nach Mitbestimmung sind mehr als nur ökonomische Forderungen nach Lohnerhöhungen. Die Arbeiter wehren sich gegen die Antreiberei und die raffinierten Methoden der Arbeitsplatzbewertung und des Stücklohnsystems. Erfolge in diesem Kampf können nur errungen werden, wenn die Arbeiter Einblick haben in die Operationen des kapitalistischen Managements. Profitkontrolle, Kontrolle der Abschreibungen, der Umverteilungen oder Dividenden sind im Kapitalismus unmöglich. Die soziale Revolution ist die einzige Alternative.

Will das sozialistische System der revolutionären Arbeiterbewegung des Westens den Spiegel seiner eigenen Entwicklung vorhalten, dann müssen zumindest in Ansätzen Formen der Arbeiterkontrolle in der sozialistischen Wirtschaft verwirklicht werden.“ (S.39/40)

Rabehl erkennt offenbar in „Streiks, Betriebsbesetzungen und (der) Forderung nach Mitbestimmung“ zwar den Impuls der Arbeiter zur Freisetzung der Vergesellschaftung der Produktion, sieht die soziale Revolution jedoch nicht in einem

Umsichgreifen dieser Kämpfe selbst. Erfolg haben können die Arbeiter nur auf dem Weg über „Profitkontrolle“ usw., was „im Kapitalismus“ unmöglich ist. Die Abschaffung des Kapitalismus, die „soziale Revolution“ ist also erforderlich, um erst die Verhältnisse herzustellen, die den Arbeitern in ihren Kämpfen Erfolge ermöglichen werden. D.h. die Freisetzung der Vergesellschaftung der Produktion kann für Rabehl nicht unmittelbar aus den Kämpfen gegen die kapitalistischen Fesseln hervorgehen; dazu bedarf es zunächst eines Übergangsstadiums, in dem „Profitkontrolle“ usw. realisiert werden. Die "soziale Revolution" - für Rabehl also die Schaffung der Verhältnisse, die die Vergesellschaftung ermöglichen - muß den Arbeitern als „einzige Alternative“ zu ihren eigenen unmittelbaren Kämpfen vermittelt werden. Wie aber die "einzige Alternative" sich in den „konkreten Ergebnissen des sozialistischen Aufbaus“ nun einmal darstellt, fürchtet Rabehl, daß die Arbeiter Betriebe besetzen anstatt die „soziale Revolution“ zu machen. Darum soll das „sozialistische System“ - in dem "Profitkontrolle" zwar auch nicht verwirklicht, aber nach Rabehl gleichwohl möglich ist - tunlichst „Formen der Arbeiterkontrolle“ bei sich einführen.

Letzten Endes hält Rabehl Erfolge im unmittelbaren Kampf der Arbeiter überhaupt für ausgeschlossen. Im „sozialistischen System“ - wo die Voraussetzungen für Erfolge geschaffen sind - ist von Kämpfen der Arbeiter ja nicht mehr die Rede. Die Möglichkeit für „Formen der Arbeiterkontrolle“ mißt Rabehl am Selbstverständnis der Leiter der Wirtschaft. Er erwartet "Arbeiterkontrolle" als Zugeständnis von solchen Wirtschaftsführern, die sich selbst als Avantgarde der Arbeiter verstehen und sieht nicht, daß für jene - gerade weil sie ihrem Selbstverständnis nach bereits Vertreter der Arbeiterklasse sind - „weitere“ Formen der Arbeiterkontrolle garnicht in Frage kommen. [5] Die „soziale Revolution“ gemäß der von Rabehl erkannten historischen Tendenz ist also nicht nur nicht die einzige, sondern überhaupt keine Alternative.

+ + +

Wenn Rabehl die DDR-Realität immer wieder als „sozialistischen Aufbau“ definiert, dann sicher nicht nur, weil ihm die Verantwortlichen selbst gesagt haben, daß sie den Sozialismus aufbauen. In der DDR sind die wichtigsten Produktionsmittel verstaatlicht. Von daher bezieht die Arbeit, der Betrieb, die Gesellschaft das Prädikat sozialistisch. Rabehl selbst sieht einen Widerspruch von Verstaatlichung und Vergesellschaftung, bekennt sich aber gleichwohl zur Verstaatlichung als Grundlage der Vergesellschaftung:

"Mit der Verstaatlichung der Großindustrie" mit der Enteignung der Großgrundbesitzer, mit der Kollektivierung der Landwirtschaft und mit der Errichtung der staatlichen Planwirtschaft wurden die Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft ; gelegt. Trotzdem besteht ein Widerspruch zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung der Produktion. In einer verstaatlichten Wirtschaft werden die Methoden der kapitalistischen Mehrwertproduktion beibehalten. Betriebsdespotie, Stücklohnsysteme - kurz, verstärkte Ausbeutung: das kennzeichnet auch diese Wirtschaftsordnung.“ (S.39)

Für Rabehl gehört also die Abschaffung der Ausbeutung nicht notwendig zu den „Grundlagen einer sozialistischen Gesellschaft“. [6]

Die staatliche Planwirtschaft dagegen, die er im Widerspruch zur Vergesellschaftung begreift, ist für ihn bereits Grundlage des Sozialismus, eine „sozialistische Errungenschaft“ (S.38).

Das führt dann dazu, daß er in der DDR ein „Beispiel der sozialistischen Transformation“ (S.48) sieht, und daher – nach seiner eigenen Kennzeichnung der verstaatlichten Wirtschaft - den Kampf der westdeutschen Arbeiter um ihre verstärkte Ausbeutung verlangt.

Wenn Rabehl dann andrerseits kritisiert.. daß in der DDR „die Methoden der kapitalistischen Mehrwertproduktion beibehalten“ werden, erwartet er eine Veränderung der Verhältnisse nicht durch den Kampf der ausgebeuteten Arbeiter der DDR gegen die ausbeutenden Staatsplaner.. sondern von und mit denen, die an den wichtigen Schaltstellen sitzen und dort die Verantwortung für den „sozialistischen Aufbau“ tragen.

Rabehl hatte beruhigt festgestellt, „die Bourgeoisie läßt sich nicht dingfest machen“. Ausbeuter und Ausgebeutete aber gibt es notwendig dort, wo Ausbeutung die Wirtschaftsordnung kennzeichnet. [7]

+ + +

Rabehl sieht in der Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel, in der "Errichtung der staatlichen Planwirtschaft" die Grundlage einer sozialistischen Gesellschaft, wenn auch eine sehr zerbrechliche, widersprüchliche Grundlage. Für ihn ist damit ein notwendiger Schritt in der „historischen Tendenz“, also in Richtung Sozialismus getan. Damit zugleich ist eine Bewegung in Gang gesetzt, deren länger andauernde Unterbrechung den Rückfall auf den Anfangspunkt bedeutete: die kapitalistische Restauration. „Zwischengesellschaften können sich historisch eine Zeitlang am Leben erhalten, sie sind aber dem Untergang geweiht, sofern sie es nicht vermögen, eine neue, die sozialistische Stufe der Produktion zu erreichen.“ (S.42)

Insofern Rabehl nun in der staatlichen Planwirtschaft ein notwendiges Zwischenstadium auf dem Weg zum Sozialismus sieht, spricht er - als "Besucher aus dem Westen" - auch hier schon von der „sozialistischen Gesellschaft“, „sozialistischen Produktionsstrukturen“ (S.40) usw., obwohl er kapitalistische Mehrwertproduktion und verstärkte Ausbeutung kennzeichnend für diese Wirtschaft findet.

Nun ist es zweifellos richtig, daß die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln eine notwendige Voraussetzung für eine sozialistische Gesellschaft ist. Die Gleichsetzung dieser Voraussetzung mit der Aneignung der Produktionsmittel durch den Staat (und sei er auch von einer kommunistischen oder Arbeiterpartei gelenkt) ist jedoch falsch. Das kapitalistische Privateigentum schließt die unmittelbaren Produzenten von der Verfügung über die Produktionsmittel, von der bewußten Planung der Produktion ihres Lebens aus. Bei der Aufhebung des Privateigentums geht es also um die Beseitigung eines Mangels bei den Produzenten. Da dieser Mangel in der staatlich gelenkten Wirtschaft nicht

aufgehoben ist, der Produzent vom Eigentum an Produktionsmitteln ausgeschlossen bleibt, ist die Aufhebung des Staatseigentums ebenso notwendige Voraussetzung seiner Emanzipation wie die Aufhebung des bürgerlichen Privateigentums. Die besondere Negation des bürgerlichen Privateigentums durch die Verstaatlichung der Produktionsmittel ist nicht Negation des Mangels des proletarischen Produzenten.

Als sozialistisch bzw. als Grundlage für den Sozialismus wird die Verstaatlichung der Produktionsmittel so auch aus einem anderen Grund bezeichnet. Es sei die Möglichkeit einer bewußten Planung der gesamten gesellschaftlichen Produktion geschaffen. „Bewußte Planung" ist allerdings nur als Aufgabe für die besonderen Planer konzipiert, nicht als unmittelbar von den Arbeitenden selbst ins Werk zu setzende. (Entsprechend beschissen muß die Planung sein.) Obwohl der wesentliche Mangel für den Produzenten in einer solchen „Übergangsgesellschaft" nicht behoben ist, heißt das nicht, daß die herbeigeführte Veränderung bedeutungslos für ihn ist. Von der Planung der Produktion ausgeschlossen, ist der Produzent doch vom spezifischen Funktionieren der fremden Planung berührt, ist er interessiert an der möglichst weitgehenden Befriedigung seiner verschiedenen Bedürfnisse.

Den radikalen Theoretikern des „ersten Schritts" geht es jedoch weniger um etwaige Verbesserungen der täglichen Lebenssituation, soweit sie sich unterhalb eines Eingriffs in die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel bewegen. Es wird im Gegenteil häufig eine gewisse Opferbereitschaft erwartet, weil der Sozialismus ein Stück näher gerückt sei. Typisch dafür ist etwa Rabehls Kritik an der „Konsumorientierung" (S.42) - die der Parteisekretär zurückweist - oder der Begriff „Deserteur vor dem Sozialismus der DDR". Veränderungen in bezug auf mehr Konsum akzeptiert Rabehl als Mittel zur Verteidigung des „ersten Schritts" - so im Kampf gegen den „Sozialdemokratismus" (S.44) - nicht aber als ein Ziel an sich. [8]

Die Propaganda der KP's konnte jedoch erfolgreich nur sein, weil sie nicht etwa an Opferbereitschaft appellierte, sondern im Gegenteil am Bedürfnis nach ökonomischer Sicherheit bei der Masse der Produzenten ansetzte. Die KP's stellen als die Stärke ihrer Alternative die beschleunigte und krisenfreie Entwicklung der Produktivkräfte heraus. Sie kritisieren die Kapitalisten vor allem dort, wo diese ihren eigenen Kriterien gemäß zu versagen drohen. Die Beschwörung der Krise der kapitalistischen Produktionsweise, die Stockung der Akkumulation als Rechtfertigung für eine Revolution ist zugleich der Mangel an Sensibilität für die Permanenz der Krise der Ausgebeuteten. Die KP's legen den Akzent ihrer Kritik am Kapitalismus darauf, daß er nicht funktioniert, anstatt darauf, wie er funktioniert. Die Krise verstehen sie als Moment der Funktionsuntüchtigkeit des Kapitalismus anstatt als Moment seiner Regeneration.

Als Ursache der Krise sehen sie die Anarchie des Marktes an. Die Verstaatlichung der Wirtschaft und die zentrale Planung sollen mit dem Markt diese Ursache beseitigen. Die Mehrwertproduktion wird nicht als Ursache der kapitalistischen Krise begriffen und angegriffen. „Die Verstaatlichung der wichtigsten Produktionsmittel" ist so ein Versuch krisenfreier Mehrwertproduktion.

Rabehl spricht aber kaum deshalb von einer sozialistischen Gesellschaft, weil er im Gelingen dieses Versuchs die Vollendung des Sozialismus sähe. Wo er vom

sozialistischen Ziel spricht, geht es ihm um die Frage, wer über die Produktion entscheidet:

"Selbstverwaltung oder Arbeiterkontrolle.. das würde bedeuten, daß die Belegschaften der einzelnen Betriebe in Kooperation zugleich die grundlegenden Entscheidungen treffen." (S.39)

Obwohl er einen Widerspruch zwischen der Verstaatlichung und diesem Ziel sieht, setzt er auf die Verstaatlichung als notwendige Grundlage für die weitere Entwicklung zum Sozialismus. Die Instrumente einer zentralen staatlichen Planung können je doch nicht unmittelbar zu Instrumenten einer kooperativen.. gemeinsamen Planung umfunktioniert werden. Die Vorstellung von der "sozialistischen Errungenschaft" des zentralen staatlichen Plans steht dem Prozeß der Umwälzung der „Zwischengesellschaft“ sogar als Hindernis im Weg, insofern die Eroberung der unmittelbaren Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel durch die Produzenten den Zentralismus zerstört und den sozialistischen Einheitsplan gefährdet.

Die Arbeiterbewegung kann sich nur weiterentwickeln gegen die exklusiven Verfüger über die Produktionsmittel, seien es private oder staatliche. Eine sozialistische Errungenschaft in diesem Sinn ist jede Hausbesetzung, jede Betriebsbesetzung, jedes selbstbestimmte Kommunikationszentrum, jeder Schritt zur Beseitigung der Mängel, unter denen das Individuum aufgrund seiner Fremdbestimmung leidet.

Wenn Rabehl es nun für nüchternen Realismus hält, die verantwortlichen Planer - wie wir anfangs zeigten - bei ihrem Interesse an der Stabilisierung der spezifischen gesellschaftlichen Verhältnisse zu packen und sie dadurch zu Zugeständnissen in der Form vor "Ansätzen" von Entscheidungsgewalt für die Arbeiter zu bewegen, so ist diese Vorstellung utopisch - sofern Rabehl über partielle Zugeständnisse der Planer hinaus zur unmittelbaren Verfügung der Produzenten über die Produktionsmittel kommen will.

Rabehl fordert: „Die Kritik an der DDR muß eine solidarische, die Solidarität mit ihr eine kritische sein.“ Den radikalen Kritikern der DDR-Gesellschaft wirft er vor: „Die solidarische, marxistische Haltung wird aufgegeben. Es bleibt die Denunziation.“ (S.49)

Kritik „an der DDR“, ohne die solidarische Haltung aufzugeben, Solidarität mit dem Sozialismus der DDR trotz Kritik an ihr heißt praktisch die Solidarität mit der in der SED organisierten herrschenden Klasse.

Dagegen: Die radikale Kritik der herrschenden Klasse, die Denunziation ihrer Ideologie ist Ausdruck der Solidarität mit den proletarischen Produzenten der DDR.

Die Solidarität mit den Produzenten der DDR schließt eine solidarische Haltung gegenüber den Ausbeutern, die sich als Sozialisten bezeichnen, aus.

„Vernünftiger verfährt Rabehl in seinem Bericht über die DDR.“ (DIE ZEIT vom 2.3.1973)

Anmerkungen:

Anm. 1) Der Artikel von B. Rabehl, den wir hier kritisieren, erschien unter dem Titel "Eine Reise in die DDR. Gespräche und Notizen“ in Kursbuch Nr. 30, Berlin, 1973, S.37-49.

Anm. 2) „Andrerseits kommt der Arbeiter beständig aus dem Prozeß heraus, wie er in ihn eintrat - persönliche Quelle des Reichtums, aber entblößt von allen Mitteln, diesen Reichtum für sich zu verwirklichen. Da vor seinem Eintritt in den Prozeß seine eigne Arbeit ihm selbst entfremdet, dem Kapitalisten angeeignet und dem Kapital einverleibt ist, vergegenständlicht sie sich fortwährend in fremdem Produkt.“ (Karl Marx, Das Kapital I, MEW Bd.23, S.595/96)

Anm. 3) Die Gefahr, die der DDR als "sozialistischer Gesellschaft" von einer Arbeiterklasse droht, deren Produktionsmittellosigkeit fortbesteht, manifestiert sich für Rabehl nur als möglicher "Rückfall" der Arbeiter in westlich-sozialdemokratische Ideologie. Eine unmittelbare Auflehnung der Arbeiter gegen ihre proletarische Situation fällt aus seinem Blickfeld heraus.

Anm. 4) Wo Rabehl beschreibt, daß er als ehemaliger Deserteur mit dem Mißtrauen und der Verachtung der erwarteten DDR-Bourgeosie rechnete, wird allerdings nicht ganz klar, ob er vor der Verantwortung, den Privilegien oder dem Ausschluß von beidem desertiert ist:

„Sofort stellt sich die unbehagliche Erwartung ein, Vertreter einer DDR-Bourgeoisie anzutreffen, die sich einen Dreck um den sozialistischen Aufbau ihrer Gesellschaft scheren und nur bereit sind, Privilegien zu suchen und zu genießen. Sie würden einem ehemaligen Deserteur vor dem Sozialismus der DDR nur voller Mißtrauen begegnen.. das in Verachtung umschlüge, sobald die Ärzte, Lehrer, Ökonomen und Ingenieure gewahr würden, daß dieser ehemalige Kumpan sich ausgerechnet im Westen zum Sozialismus bekannt hat." (S . 37)

Warum sollte eine DDR-Bourgeoisie einen Deserteur vor dem Sozialismus nicht gerührt empfangen? Vonseiten derer, die sich allerdings um den „sozialistisehen Aufbau ihrer Gesellschaft scheren“ gewärtigt der westliche Sozialist mit Recht Verachtung. Denn die „Schaltstellen“ befinden sich im Osten.

Anm. 5) Auf seine Frage: „Inwieweit ist die Arbeiterklasse an der Kontrolle der Produktion beteiligt?“ erhielt Rabehl von dem Parteisekretär schließlich die Antwort: „Die Arbeiterklasse ist das Subjekt in dieser Übergangsgesellschaft.“ (S.38/39)

Anm. 6) Für die ausgebeuteten Produzenten in der DDR ist die DDR-Realität zweifellos (negativ) die "Grundlage einer sozialistischen Gesellschaft"; wovon sonst sollten sie ausgehen? Aber in diesem Sinn wäre der Privatkapitalismus nicht weniger Grundlage einer sozialistischen Gesellschaft.

Anm. 7) Für Rabehl verband sich die „unbehagliche Erwartung ..., Vertreter einer DDR-Bourgeoisie anzutreffen“ mit der Vorstellung, daß sie „sich einen Dreck um den sozialistischen Aufbau ihrer Gesellschaft scheren und nur bereit sind Privilegien zu suchen und zu genießen“. Rabehl übersieht, daß auch die klassische Bourgeoisie nicht wesentlich durch die Jagd nach Genuß und Privilegien gekennzeichnet ist, sondern durch ihre bestimmte Art, die Produktion zu organisieren: als kapitalistische Mehrwertproduktion. Die Tatsache, daß die Leiter der "sozialistischen Wirtschaft" sich um den sozialistischen Aufbau (die Organisation der Produktion) kümmern und nur das Wochenende in ihren Häusern an den Ufern der märkischen Seen verbringen ist beileibe kein Grund zur Beruhigung. Im Gegenteil!

Anm. 8) „ ... das bessere Konsumangebot für die Bevölkerung, die Hebung der Löhne, Renten und Sozialleistungen, die Senkung der Mieten - all das sind Anzeichen dafür, daß der Kampf gegen den 'Sozialdemokratismus' aufgenommen worden ist.“ (S.44)

Hoffentlich dauert dieser Kampf recht lange!



N. Lenin als Stratege der bürgerlichen Revolution

KRITIK DES BOLSCHEWISMUS ANHAND EINER ANALYSE VON LENINS SCHRIFT ÜBER DIE SOGENANNTE „LINKE KINDERKRANKHEIT“ [+)]

von CAJO BRENDEL

Die verhältnismäßig kleine Schrift von Lenin über den „linken Radikalismus“ als „die Kinderkrankheit im Kommunismus“ [1] nimmt einen - auf den ersten Blick merkwürdigen, bei näherer Betrachtung gar nicht so überraschenden - Sonderplatz in seinem ganzen Schrifttum ein. Viele Jahre hindurch wurde sie, namentlich in den westeuropäischen Ländern, häufiger zitiert und eifriger studiert und diskutiert als jedes andere Leninbuch. Zudem wurde sie auch heftiger angegriffen.

Sie war weder die erste Arbeit Lenins, die außerhalb Rußlands eine Kritik am Bolschewismus auslöste, noch die letzte. Jedoch war sie diejenige, welche den größten Widerhall fand und das natürlich keineswegs zufällig, sondern aus bestimmten historischen und politischen, das heißt also gesellschaftlichen Gründen.

Lenin griff, als er sie schrieb, nicht in russische Fragen ein, sondern in solche, die damals in Westeuropa auf der Tagesordnung standen. Was er unternahm, war ein Versuch, die Strategie und Taktik der bolschewistischen Revolution als grundlegend für den proletarischen Klassenkampf im Kapitalismus darzustellen. Damit wurde praktisch eine Frage aufgerollt, die theoretisch schon um 15 Jahre früher eine Rolle gespielt hatte, als Rosa Luxemburg 1904 in den Spalten der „Iskra“ und der „Neuen Zeit“ das Leninsche Organisationsprinzip kritisierte. [2]

Worum es sich 1920 handelte war jene niemals mehr von der Bildfläche verschwundene Frage, inwiefern die russische Revolution „internationale Bedeutung“ habe.

„Ich spreche hier von internationaler Bedeutung nicht im weiten Sinne des Wortes: Im Sinne der Einwirkung unserer Revolution auf alle Länder sind nicht einige, sondern alle ihre Grundzüge und viele ihrer sekundären Züge von internationaler Bedeutung. Nein, ich spreche davon im engsten Sinne des Wortes, d.h., versteht man unter internationaler Bedeutung, daß das was bei uns geschehen ist, internationale Geltung hat oder sich mit historischer Unvermeidlichkeit im internationalen Maßstab wiederholen wird, so muß man einigen Grundzügen unserer Revolution eine solche Bedeutung zuerkennen.“

Gerade so formulierte es Lenin selbst buchstäblich gleich am Anfang seiner Schrift (S.393). Die Absichten, welche er beim Schreiben vor Augen hatte, waren damit aufs genaueste präzisiert. Seine Schrift sollte - wie die meisten seiner Publikationen - einen handgreiflichen Zweck erfüllen, einem Bedürfnis entgegenkommen, das vom faktischen, durch ihre Klassenlage bedingten Verhalten der westeuropäischen Arbeiter wachgerufen würde. Deren Praxis vertrug sich schlecht mit den taktischen Schemata des Bolschewismus. Sie ließ bei westeuropäischen Marxisten Zweifel an der Allgemeingültigkeit dieser Schemata aufkommen [3]. Schon tauchte dahinter die Frage auf, ob denn die bolschewistischen Ansprüche auf die Führung der „Weltrevolution“ - ob man sie nun in „nicht ferner Zukunft“ (Lenin, S.394) zu erwarten habe, oder nicht - wirklich berechtigt seien.

Lenin machte es sich zur Aufgabe, jene Zweifel zu zerstören. Das Ergebnis seiner Bemühungen war gerade das Gegenteil. Nach der Veröffentlichung seiner Schrift brach in den Kreisen der europäischen Linken die Kritik am Bolschewismus - so dürftig sie damals auch nur sein konnte - erst recht los. Als Gorter die Schrift als einer der ersten angriff, warf er Lenin vor, er habe mit ihr - allerdings für Westeuropa - „sein erstes schlechtes Buch“ geschrieben [4].

In seiner Gegenschrift verwirft Gorter die Leninsche Strategie deshalb, weil sie für die westeuropäischen Verhältnisse ungeeignet sei, keineswegs den Forderungen der westeuropäischen Praxis im allgemeinen, der deutschen Revolution insbesondere, entgegenkomme, von falschen Prämissen ausgehe und sodann zu unrichtigen Schlußfolgerungen gelange. Seine ganze Gegenargumentation basierte Gorter auf die damalige Lage, auf die vorhandene Situation. Lenin, so könnte man Gorters Standpunkt zusammenfassen, schätze sie falsch ein, weil er eine falsche, eine russische Brille aufgesetzt habe. Mit diesem Prädikat "russisch" gab sich Gorter einstweilen zufrieden. An die Frage, was das denn eigentlich für eine Brille sei, kam er 1920 kaum heran.

Otto Rühle, auch einer von Lenins damaligen linken Gegnern, ging bedeutend weiter, als er sich fast zwanzig Jahre später abermals mit der Leninschen Schrift über die "Kinderkrankheit" beschäftigte [5]. An der Leninschen Arbeit rügt er nicht nur die praktischen Ratschläge und die empfohlene Taktik - die sich später tatsächlich als völlig untauglich erwiesen hat – sondern auch die von Lenin angewandte Methode. Er wirft Lenin einen

Mangel an Dialektik vor, eine Unfähigkeit, "Dinge und Prozesse in ihrem historischen Zusammenhange und in ihrer dialektischen Bedingtheit zu sehen", eine Unfähigkeit „bürgerliche und proletarische Revolution als zwei historisch völlig verschiedene Kategorien auseinanderzuhalten."

Nichtsdestoweniger schreibt Rühle in Bezug auf unseren Gegenstand: "So löst sich die Polemik Lenins in eitel Dunst auf. Seine Schimpferei und Polterei hat keinerlei Bezug zur Wirklichkeit. Er rennt gegen politische Gegner an, die nur in seinen Halluzinationen existieren. Er macht sich lächerlich durch einen Kampf gegen Windmühlen."

Uns interessiert hier weniger die - schon längst entschiedene Frage -, ob Lenin damals die westeuropäischen Verhältnisse richtig eingeschätzt hat, als jene, wie er zu seiner Einschätzung gekommen ist, worauf sie eigentlich basierte. Nicht daß er eine andere Sprache führte als seine Opponenten - wie diese selbst schon festgestellt haben - ist für uns der Angelpunkt, sondern die Frage weshalb und die worin denn der Unterschied bestanden hat. Nicht darum, ob er sich "lächerlich" gemacht hat, oder ob er "einen Kampf gegen Windmühlen" führte, handelt es sich für uns, sondern darum, was seine Schrift bedeutet, was sie i s t! Nicht - was an und für sich natürlich durchaus berechtigt wäre - von der damaligen Lage aus wollen wir sie beurteilen. Es geht uns um ihren theoretischen Gehalt. Daß Lenins Schrift der Kritik der Tatsachen erlag, ist selbstverständlich wichtig, aber leicht zu konstatieren. Es besagt jedoch weder, wie es dazu kommen mußte, noch was bei dieser tödlichen Kritik der Tatsachen wesentlich sich abgespielt hat und auf dem Spiele stand.

II.

Nach Georg Lukács [6] hat Lenin „niemals örtlich oder zeitlich beschränkte, lokalrussische Erfahrungen verallgemeinert. Er hat aber", so fährt Lukács fort, „mit dem Blick des Genies, bereits am Ort und im Zeitpunkt seiner ersten Wirksamkeit das Grundproblem unserer Zeit: die herannahende Revolution erkannt. Und er hat dann alle Erscheinungen, sowohl die russischen wie die internationalen, aus dieser Perspektive, aus der Perspektive der Aktualität der Revolution verstanden und verständlich gemacht."

Was die Richtigkeit oder die Unrichtigkeit der Behauptung im ersten Satz dieser Stelle angeht - sie wird sich im Verlauf unserer Darlegungen genügend zeigen. Es ist uns hier um deren zweiten Teil zu tun, wo von der herannahenden Revolution als Grundproblem unserer Zeit die Rede ist, und woran unmittelbar auffällt, daß dort die Frage nach dem sozialen Charakter, nach dem sozialen Inhalt dieser Revolution

überhaupt nicht gestellt wird. Sie ist offenbar für Lukács gleich unbedeutend wie für Lenin selbst. Dennoch kommt dem zitierten Passus jeweils eine ganz andere Bedeutung zu, je nachdem, ob er sich auf eine Revolution dieses oder jenes Typus bezieht. Auch darauf kommen wir näher zurück. Wir möchten hier erst, und zwar anhand der Schrift, die uns beschäftigt, ein Beispiel dafür bringen, daß Lenin - trotz gelegentlicher Trennung derselben - die sozialen Merkmale ganz verschiedener Revolutionen kunterbunt durcheinanderwirft. Man findet es gleich im ersten Kapitel, und zwar dort, wo er (S.394/5) voller Begeisterung einen Aufsatz zitiert, den Karl Kautsky am 10.März 1902 in der russischen revolutionären Zeitung „Iskra"unter dem Titel „Die Slawen und die Revolution" publizierte.

Kautsky vertritt in den von Lenin angeführten Stellen die Ansieht, daß „der Schwerpunkt des revolutionären Denkens und Wirkens (sich) immer mehr nach den Siawen zu (verschiebe). Das revolutionäre Zentrum", schreibt er, „wandert von West nach Ost. In der ersten Hälfte des XIX. Jahrhunderts war es in Frankreich, zeitweise in England, 1848 trat auch Deutschland in die Reihe der revolutionären Nationen ein ... Das neue Jahrhundert jedoch beginnt unter Erscheinungen, die den Gedanken nahe legen, daß wir einer weiteren Verschiebung des revolutionären Zentrums entgegengehen, und zwar einer Verschiebung nach Rußland hin ... Rußland, das so viele revolutionäre Anregungen von dem Westen empfangen, ist vielleicht jetzt daran auch seinerseits revolutionäre Anregungen zu geben." (S.394)

Das Kautsky-Zitat nimmt bei Lenin etwa 3 mal so viel Raum ein wie hier bei uns. Er führt es fort bis zu einem fast rührenden poetischen Schluß, in dem Kautsky die Slawen des Jahres 1848 vergleicht mit „einem eisigen Frost, der die Blüten des Völkerfrühlings tötete", sodann aber die Hoffnung äußert, "es sei ihnen vielleicht beschieden, nun zum Föhnsturm zu werden, der das Eis der Reaktion zum Bersten bringt" (S.395).

Für unsere Zwecke brauchen wir das alles nicht zu wiederholen. Zum Kerngedanken wird da weiter nichts hinzugefügt. Also können wir uns auf das Obige beschränken, das wir - einschließlich der von Lenin vorgenommenen Kürzungen - genau so wiedergegeben haben, wie man es in seiner Schrift findet. Lenin sagt dazu (S.394), Kautsky habe vorausgesehen, „daß eine Situation eintreten könne, in welcher der Revolutionismus des russischen Proletariats zum Vorbild für Westeuropa werden würde." Inwiefern das zutrifft, können wir, gerade der Kürzungen wegen, nicht beurteilen. Jedenfalls ist davon in dem Zitat, so wie es von Lenin gebracht wird, keine Rede, auch nicht in dem weiteren Teil, den wir vernachlässigt haben. Von den Slawen spricht Kautsky, oder von den russischen Revolutionären, nicht vom Proletariat oder von irgendeiner anderen Klasse.

Wovon die Rede ist, ist ganz etwas anderes als das, was Lenin da hineininterpretiert. Was ist das für ein revolutionäres Denken, für ein revolutionäres Wirken, dessen Schwerpunkt sich in der ersten Hälfte des 19.Jahrhunderts in Frankreich befand, im Jahre 1848 in Deutschland? Damals erlebten die genannten Staaten entweder die Vollendung, oder - wie Deutschland - den Auftakt ihrer bürgerlichen Revolution. Was Kautsky behauptet, oder was jedenfalls Lenin ihn behaupten läßt, läuft darauf hinaus, daß die bürgerlich-demokratische Revolution, welche die fortschrittlichen Länder im Westen (der Reihenfolge ihres gesellschaftlichen Fortschritts nach) im 19.Jahrhundert schon hinter sich oder begonnen hatten, nun auch im politisch

zurückgebliebenen Rußland auf der Tagesordnung stehe. Darauf allein beschränkt sich die ganze Auffassung der „Verschiebung des revolutionären Zentrums“.

Lenin hätte den „Marxisten“ Kautsky [7] fragen sollen, wie es denn eigentlich um den Klassencharakter der russischen Revolution bestellt sei, den Rosa Luxemburg sofort in den Vordergrund gerückt hat, als sie denselben Entwicklungsprozeß schilderte [8]. Lenin, falls er Kautsky dahingehend verstanden hätte, daß dieser vom proletarischen Charakter der russischen Revolution überzeugt sei, hätte Kautsky darauf aufmerksam machen können, daß es sich sodann doch wohl weniger um eine „Verschiebung“ des bürgerlich-demokratischen Sturmzentrums, als um die Entstehung eines neuen, handele. Aber nichts davon!

Lenin hat die Schwäche Kautskys nicht durchschaut. Er übersieht ganz und gar die Leere von dessen Darlegung - die nur eine Binsenweisheit im scheinbar originellen Gewande enthält -und weiß nichts besseres als, entzückt von der Tatsache, daß von einem Abendländer die „revolutionäre Quelle“ Rußlands entdeckt wird, begeistert auszurufen: „Wie gut schrieb Karl Kautsky doch vor 18 Jahren!“ (S.395).

Das bewußte Kautsky-Zitat, bemerkten wir schon, ist bei Lenin nicht wenig ausführlich. Es füllt in seiner Schrift genau ein Drittel jenes ersten Kapitels aus, in dem dargelegt werden soll, daß die russische Revolution das Vorbild aller übrigen herannahenden Revolutionen der Welt sei. Von irgendeiner Beweisführung dieser These, die eben von den linken Kritikern des Bolschewismus bestritten wurde, und die also bei der Diskussion untermauert werden sollte, gibt es bei Lenin keine Spur.

Er behauptet bloß, versteht den eigentlichen Inhalt jener Kritik so wenig, daß er ganz unsachlich mit einem Seitenhieb gegen eine Broschüre des österreichischen Sozialdemokraten Otto Bauer losschlägt, die mit dem Standpunkt der radikalen europäischen Linken nichts zu tun hat, um sodann - wie ein Gaukler ein Kaninchen aus einem Zylinderhut hervorzaubert - gleich den Kautsky heraufzubeschwören. Das ist alles! Daß es recht wenig ist, geht daraus hervor, daß jenes Kautsky-Zitat alles andere als Belege für Lenins Behauptung bringt. Im Gegenteil: nicht von Rußland als Vorbild der übrigen Länder wird dort gesprochen.. sondern von einem europäischen Vorbild (aus dem Jahre 1848 oder sogar noch früher!), dem - "weil sich das revolutionäre Zentrum verschiebt" - endlich mal in Rußland nachgefolgt wird.

Die Grundfrage, um die es sich handelt - die Frage, ob die Zweifel an der Allgemeingültigkeit der bolschewistischen Revolutionsschemata berechtigt seien oder nicht; eine Frage, die über die Wichtigkeit aller übrigen zur Diskussion stehenden Fragen entscheidet und die Lösung dieser Fragen nichts weniger als vorbedingt - wird von Lenin einfach umgangen.

Mit Recht hat er sie - aber bloß im Titel - in seinem ersten Kapitel aufgeworfen. Wenn Rußland 1917 tatsächlich das Vorbild anderer Länder gewesen wäre, dann hätte es selbstverständlich einen Zweck, genau die verschiedenen Etappen des russischen Revolutionsprozesses zu verfolgen, genau jene Methoden zu beachten, welche den russischen Bolschewisten den Sieg brachten. Und so weiter, und so weiter! Mit Unrecht aber wird gerade diese Grundfrage von Lenin nicht behandelt, geschweige denn gelöst.

Mit Unrecht, aber nicht mit Unlogik. Was sich hier auf den ersten Blick als polemische Taschenspielerei auftut, ist in Wahrheit nichts anderes als Lenins Unfähigkeit, die „Revolution schlechthin“ von der Revolution eines bestimmten sozialen Typus zu unterscheiden. Er befindet sich da ganz in der Fußspur Kautskys, der gleichfalls, wo er über seine "Verschiebung des revolutionären Zentrums" faselt - nur von der Revolution schlechthin spricht.

Es kann natürlich nicht geleugnet werden, daß Lenin - gelegentlich, wie wir schon sagten - vom Unterschied der proletarischen von der bürgerlichen Revolution geredet hat. In seiner Schrift "Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution" z.B. zeigt er sich vom bürgerlichen Charakter der russischen Revolution (im Gegensatz zu einem proletarischen Charakter) "unbedingt" überzeugt. Er fügt hinzu, "daß diejenigen demokratischen Umwandlungen in der politischen Ordnung und diejenigen sozialökonomischen Umwandlungen, die für Rußland unabwendbar geworden sind ... zum ersten Male die Herrschaft der Bourgeoisie als Klasse möglich machen werden“ [9]. An einer anderen Stelle korrigiert er sich dahingehend, daß „der Sieg der bürgerlichen Revolution in Rußland unmöglich ist als S i e g d e r B o u r g e o i s i e“ und daß dieser Umstand und andere Umstände „ihr einen b e s o n d e r e n Charakter verleihen“, der aber „den bürgerlichen Charakter der Revolution nicht beseitigt“ [10]. Somit hat Lenin den eigentümlichen Charakter der russischen Revolution äußerst scharf erblickt. Er weiß ganz genau, daß sie, die da heraufsteigt, sich trotz ihrer Eigentümlichkeit von einer proletarischen unterscheidet. Aber formelles Wissen und praktisches Kennen ist, nicht dasselbe.

In Westeuropa fußt das Wissen von den Bedingungen des proletarischen Befreiungskampfes auf der täglichen Kenntnis und Erfahrung eines klar sichtbarer, gesellschaftlichen Gegensatzes innerhalb einer gegebenen, vollentwickelten Produktionsweise, bei welcher die Warenform das allgemeine Muster aller sozialen Verhältnisse, das heißt: aller menschlichen Beziehungen, geworden ist. Bei Lenin nicht, und zwar deshalb nicht, weil der kapitalistiscbe Produktionsprozeß in Rußland noch nicht der vorberrsehende geworden, weil das russische Proletariat - so kämpferisch es aus politischen Gründen auch auftrat - erst im Werden. begriffen, sein Los noch nicht das allgemeine Los, weil der Gegensatz zwischen Kapital und Lohnarbeit noch keineswegs das allgemeine, alle übrigen Verhältnisse durchdringende Merkmal der russischen Gesellschaft geworden ist.

Wenn Lenin, trotz seines Wissens um jene Unterschiede, welche das gesellschaftliche Handeln und. Auftreten der Arbeiter und der Bürger kennzeichnen, nichtsdestoweniger das Proletariat mit der revolutionären Demokratie verwechselt [11], wenn er die Ereignisse von 1905 als eine „wirkliche Volksrevolution“ bezeichnet [12], wenn er sämtliche Werktätige, einschließlich jener, die nicht zur Arbeiterklasse gehören, auf den gemeinsamen Nenner des Volkes bringt [13], wenn er in einer Rede zum 4.Jahrestag der Oktoberumwälzung die russische Revolution eine proletarische heißt [14], obwohl er an. einem früheren Zeitpunkt schon hatte anerkennen müssen, daß auf den Staatskapitalismus losgesteuert wurde - dann deutet das auf eine Hilflosigkeit hin, die eben jene Schwäche, die wir in seiner Schrift über „die Kinderkrankheit“ festgestellt haben, in ein grelles Licht setzt.

Lenin vertuscht, ohne es selbst zu ahnen, jene klare Trennung von proletarischen und bürgerlichen Interessen, die sich im Westen begrifflich durchsetzt, nachdem sie sich als praktische Erfahrung durchgesetzt hat, das heißt: nachdem der sich breit

entfaltende Kapitalismus allen vor- oder frühkapitalistischen Illusionen über die Einheit des Volkes oder eine Volksrevolution den Garaus gemacht hat.

Lenin handelt natürlich, um mal mit Hegel zu reden, als Sohn seiner Zeit, dessen Philosophie seine Zeit in Gedanken erfaßt. Aber nicht nur das. Zudem handelt er auch als Sohn Rußlands, der gedanklich die kommende russische Revolution vorwegnimmt. Wenn Lukács behauptet, „in der Leninschen Konzeption vom Charakter der russischen Revolution (kehre) der alte Gedanke der Narodniki dialektisch verwandelt wieder“ [15], dann hat er gewissermaßen recht. Jedoch nicht in dem Sinne, daß - wie er schreibt - "der unklare und abstrakte Begriff des 'Volkes' beseitigt werden (mußte) ... um aus dem konkreten Verständnis der Bedingungen einer proletarischen Revolution den. Revolutionär differenzierten Begriff des Volkes, d a s r e v o l u t i o n ä r e B ü n d n i s a l l e r U n t e r d r ü c k t e n e n t s t e h e n z u l a s s e n .“ Jener „revolutionär differenzierte Begriff des 'Volkes"' von dem hier Lukács spricht, war nichts anderes als eine eng-russische Variante des „unklaren“, deren Notwendigkeit dadurch hervorgerufen wurde, daß aus dem Begriff des "Volkes“, wie ihn die Narodniki verstanden, die bürgerliche Klasse auszuscheiden hatte aufgrund jener Eigentümlichkeit der russischen bürgerlichen Revolution, die Lenin klar erkannt hatte.

Was übrigblieb, das revolutionäre Bündnis aller Unterdrückten, war genau eingestellt auf die Forderungen der russischen Verhältnisse, war deren theoretischer Ausdruck, hatte aber mit dem Marxismus als dem theoretischen Ausdruck des proletarischen Klassenkampfes (Vgl. Fußnote [Anm.] 3) nichts zu tun. Das „revolutionäre Bündnis aller Unterdrückten“, das später in Gestalt der "Smytschka“, des Klassenbündnisses zwischen Arbeitern und Bauern verabsolutiert wurde, ist eine Bedingung der bürgerlichen, nicht aber der proletarischen Revolution. Im Kapitalismus gibt es nicht jene Mannigfaltigkeit von unterdrückten Klassen, denen man in vorkapitalistischen oder frühkapitalistischen Verhältnissen begegnet. Die Bauern werden kapitalistische Unternehmer; was man als die „Dorfarmut“ bezeichnen könnte, wird von der technischen Agrarentwicklung ins Proletariat gedrängt; der Kleinbetrieb weicht dem Druck neuer Formen der Distribution. Das gerade versucht die westeuropäische Linke Lenin vergeblich beizubringen, als die Diskussion um seine Schrift über die sogenannte "Kinderkrankheit" aufflammte.

Die Leninsche Konzeption war also alles weniger als aus „dem konkreten Verständnis der Bedingungen einer proletarischen Revolution“ entstanden. Aber Rühle hatte natürlich Unrecht, als er der Haltung Lenins jeden Bezug zur Wirklichkeit absprach. Wenn sie schon keinen Bezug zur kapitalistischen Wirklichkeit Westeuropas hatte, zu der russischen umsomehr. Die Leninsche Konzeption vereinigte in sich die russische Vergangenheit und die russische Zukunft. Nicht ohne Grund hat der nichtbolschewistische Ökonom Boris Brutzkus, Lenin „den echten Nachfolger Stenka Razins“ genannt [16]. Mit Recht betrachteten sich die russischen Bolschewiki - wie auch Lukács bemerkt - als Erben der Narodniki. Gerade als solche aber waren sie den Fragen der proletarischen Revolution im Westen in keiner Weise gewachsen. Die Leninsche Schrift, die unseren Gegenstand bildet, trägt davon nicht nur im ersten Kapitel, sondern überall Spuren.

III.

Die bolschewistischen Anschauungen über die russische Revolution bildeten sich zu einer Zeit, da Rußland noch ein riesiges Agrarland war und die Morgenröte des Kapitalismus erst heranbrach. Der wesentliche Charakter bestimmter, zur kapitalistischen Gesellschaft gehörender Erscheinungen war somit kaum sichtbar. Es fehlte die Erfahrung wiederholter Wirkungen auf sozialökonomischem Gebiete, anhand derer sich das menschliche Bewußtsein eine Einsicht in die Sozialgesetze der jungen Produktionsweise hätte bilden können. Im Westen war die Ökonomie als Wissenschaft nicht die Voraussetzung, sondern das Produkt der bürgerlichen Verhältnisse. Die Kritik, die vom proletarischen Standpunkt an ihr geübt wurde - indem ihre Entwicklungstendenzen mit Hilfe einer materialistischen Dialektik, die als Methode wiederum erst innerhalb jener Verhältnisse entstehen konnte, aufgezeigt wurden - war erst bei einer gewissen Reife ihrer inneren Gegensätze möglich. In Rußland gab es keine bürgerlichen Verhältnisse. Damit fehlte zugleich die Voraussetzung für ein richtiges Verständnis von deren Sozialgesetzlichkeit.

Zwar wurde, als der westeuropäische Marxismus als geistige Waffe im notwendigen Kampfe gegen die Vorstellungen des Narodnikentums Anwendung fand, mit ihm eine Philosophie der gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze nach Rußland geholt. Aber mit ihm geschah, was manchmal in der Geschichte vorgeht, wenn eine nicht aus der örtlichen Wirklichkeit selbst entwickelte Theorie an diese Wirklichkeit herangetragen wird. Er wurde, infolge einer unabdingbaren "Versöhnung" mit jener Wirklichkeit, teils durch ihm fremde Konstruktionen vergewaltigt, teils durch die Notwendigkeit, die Gedankenbestimmungen an die oberflächlichen, bloß empirischen Daseinsformen der historischen Wirklichkeit anzupassen und diese - infolge der Anpassung - zu Kategorien zu erheben, verabsolutiert [17].

Infolge dieser „Versöhnung“ kam es bei den russischen „Marxisten“ nicht zu einer wirklichen Überwindung jener primitiven, vorkapitalistischen, idealistischen, die herrschenden Verhältnisse abspiegelnden Anschauung, daß der revolutionäre Wille die wichtigste Voraussetzung für die Umänderung der Gesellschaft sei. Die unmittelbare Konsequenz dieser als Voluntarismus zu definierenden Tendenz ist die Ansicht, daß ein Mißlingen der herbeigesehnten sozialen und politischen Änderungen entweder einem Mangel an diesem Willen oder etwa einer von einem „bösen“ Willen hervorgerufenen Gegenwirkung zuzuschreiben wäre.

Hier hat man es mit einem charakteristischen Merkmal der bolschewistischen Gesellschaftsauffassung zu tun. Der Kulak, ein gewisser Spekulant, ein Privatkapitalist; Verräter, Konterrevolutionäre, Philister und Spießbürger, Reformisten oder Dummköpfe, Versöhnler oder Liquidatoren, Feinde oder selbstzufriedene Bürokraten, sind, wie es gerade den Bolschewiki in den Kram paßt, nach Belieben für bestimmte soziale Erscheinungen verantwortlich zu machen; nie werden diese Erscheinungen als das Ergebnis einer sozialgesetzlichen Entwicklung verstanden.

Zur Probe nehme man nur die Schrift über „die Kinderkrankheit“ in die Hand. Wenn Lenin dort auf die von der europäischen Linken kritisierten Gewerkschaften eingeht und auf ihre Bürokratie zu sprechen kommt, erklärt er diese Bürokratie nicht aus der gewerkschaftlichen Struktur, sondern er erklärt umgekehrt die gewerkschaftliche Praxis aus dem (schlechten) Charakter der Bürokraten. Jene Auffassung, daß die Gewerkschaften die Gewerkschaftler bilden, liegt ihm fern. Lenin faßt die reale

Gestalt der Gewerkschaften nicht als ein Ergebnis der Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Gesellschaft auf, sondern er glaubt allen Ernstes, sie sei vom „Willen“ der Gewerkschaftsführer gestaltet. Wenn da irgend etwas „nicht in Ordnung“ ist, das heißt, wenn der wirkliche Sachverhalt nicht mit dem Willen Lenins übereinstimmt, dann haben die Gewerkschaftsführer schuld: sie wollen „das Falsche“, weil sie „demoralisiert“ oder etwas noch schlimmeres sind (S.422).

Die europäische Linke gründete eine Kritik an den Gewerkschaften auf deren immanente Eigengesetzlichkeit als Organisation. Diese Kritik ging darauf hinaus, daß die Linke für - sich aufgrund der gewerkschaftlichen Erfahrungen schon darbietende - andere Organisationsformen der Arbeiterschaft eintrat.

Lenin, der sich den (westeuropäischen) Gewerkschaften gegenüber durchaus nicht mit Wohlwollen verhält, versteht, aus den Gründen, die wir erörtert haben, von dieser Kritik kein Jota! Wo er über die Gewerkschaften im Westen, auf welche die Linke zur Begründung ihrer Auffassungen hinweist, spricht, da sagt er: „... dort hat sich eine viel stärkere Schicht einer beruflich beschränkten, bornierten, selbstsüchtigen, verknöcherten, eigennützigen, spießbürgerlichen, imperialistisch gesinnten und vom Imperialismus bestochenen, vom Imperialismus demoralisierten 'Arbeiteraristokratie' herausgebildet als bei uns. Das ist unbestreitbar." (S.422)

Bei Lenin also steht der frei nach eigenem Gutdünken (oder nach dem Gutdünken des 'Imperialismus') handelnde Gewerkschaftsführer im Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Ganz folgerichtig gelangt er zu der Schlußfolgerung, daß der Kampf gegen diese schlechten Führer „rücksichtslos“ geführt werden solle bis zu ihrer „Vertreibung aus den Gewerkschaften“ (S.422). Macht man aber, wie es die von Lenin angegriffene marxistische Linke tat, den realen Sachverhalt durchaus nicht vom Willen schlechter oder tüchtiger Führer abhängig, so ist was er verlangt buchstäblich und figürlich ein "unmögliches" Postulat.

Für Lenin handelt es sich darum, daß die Gewerkschaften in dem Moment „gewisse reaktionäre Züge zu offenbaren (begannen)“ „als die höchste Form der Klassenvereinigung der Proletarier, die revolutionäre Partei des Proletariats (...) sich herauszubilden anfing“ (S.420). Ganz abgesehen davon, daß jene Partei, von der er hier spricht, die Partei nach bolschewistischem Muster, sich außerhalb Rußlands nirgendwo gebildet hatte, als jene Züge, die er da meint, hervortraten und somit schon aus diesem Grunde seine Auseinandersetzung der westeuropäischen Wirklichkeit einfach widerspricht, ist wiederum die ihr zugrundeliegende Methode charakteristisch.

Lenin erklärt die „reaktionären Züge“ , die er wahrzunehmen glaubt, nicht aus dem Charakter der Gewerkschaften, sondern er erklärt umgekehrt den Charakter der Gewerkschaften aus ihren „reaktionären Zügen“; ein Verfahren, bei dem letztere eben völlig ungeklärt bleiben. Die Frage, ob es sich denn wirklich um "reaktionäre Züge" handelt oder ob die Gewerkschaften aufgrund ihrer Funktion innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft (d.h. Verkauf der Ware Arbeitskraft nach ihrem jeweiligen Marktpreis [18]) als Institution die Fortbildung der kapitalistischen Produktionsweise sichern und deshalb, obgleich auf der anderen Seite der Barrikade, den Arbeitern gegenüberstehend, nichtsdestoweniger die herrschende Sozialordnung

vervollkommnen, also dem historischen Fortschritt dienen - diese Frage liegt außerhalb von Lenins Blickfeld.

Daß die Gewerkschaftsbürokratie das regelrechte Gegenteil von „reaktionär“ sein, und trotzdem als Feind der kämpfenden Arbeiter sich verhalten kann, das ist eine Erfahrung, von der Lenin nichts weiß, weil er sie im Rahmen der russischen vor- oder frühkapitalistischen Verhältnisse noch nicht gemacht hat, weil gerade unter Voraussetzung der russischen Realität ein feindseliges Verhalten gegenüber den Arbeitern nur mit der Bezeichnung "reaktionär" angedeutet werden kann, weil in Rußland ja die Arbeiterklasse als Vollstreckerin der bürgerlichen Revolution auftritt.

Hieraus ergibt sich, daß die marxistische Linke die Gewerkschaften ganz anders einschätzen mußte und tatsächlich auch anders einschätzte als Lenin; hieraus ergibt sich auch, weshalb Lenin ihre Einschätzung nicht verstehen konnte und sie als einen „Anti-Gewerkschaftsstandpunkt“ auffaßte, ein Ausdruck, dessen sich die hervorragendsten Theoretiker der damaligen Linken nicht bedienten und der ihre Auffassung ebenso unrichtig wiedergibt wie die Leninsche Behauptung, die Linke fürchte die reaktionären Züge der Gewerkschaften (S.421) [19].

Lenins Kritik an der Gewerkschaftsbewegung ist charakterisiert durch ein naives, instinktmäßiges revolutionäres Gefühl, aus dem man zwar einen tiefen Haß gegen den Kapitalismus folgern kann, nicht aber ableiten kann, daß er den wirklichen Charakter der bürgerlichen Einrichtungen verstehe. Anstatt deren Gesetze" werden von ihm bloß Fallstricke und Korruptionsquellen wahrgenommen.

Lenin, der - wie soeben dargelegt - an die empirischen Daseinsformen, in diesem Falle der Gewerkschaften, wie sie sich in Rußland darbieten, anknüpft und sie verabsolutiert, steht weit entfernt von jenem Gesichtspunkt, unter dem die historische Beschränktheit der Gewerkschaften in den Vordergrund gerückt wird, unter dem die Relativität ihrer Funktion betont wird, unter dem ihr doppelter Charakter - natürliche Organisation der sich eben bildenden Arbeiterklasse im Frühkapitalismus und Zwinger dieser Klasse im Hoch- oder Spätkapitalismus - nachgewiesen wird.

Rühle hatte natürlich vollkommen recht, als er in Bezug auf die Meinungsverschiedenheiten in der Gewerkschaftsfrage Lenin wegen Mangel an dialektischem Denken kritisierte. Wo Rühle aber schreibt, daß „Lenin absolut nicht begreifen wollte, um was es ging“ [20], da hätte er besser bemerkt, daß Lenin es nicht begreifen konnte. Zudem geht Otto Rühle unserer Meinung nach auf die falsche, das heißt auf die Leninsche Fährte, indem er in fast denselben Worten, derer sich sein Gegner bediente, die Gewerkschaftsbürokratie als „eine Korruptionsgilde, ein Gangsterführertum“, die „besonders während der deutschen Revolution auf Kosten der Massen ihre moderne Piraterie trieb“ bezeichnete.

Selbstverständlich urteilen wir über Gewerkschaftsführer wie damals Carl Legien und Theodor Leipart, in unseren Tagen Tarnow, Richter oder der vor kurzem verstorbene Otto Brenner, gleich ungünstig wie Rühle. Aber darum geht es eben nicht, Es geht darum, daß nicht nur völlig korrumpierte, sondern auch scheinbar „anständige“, gewissermaßen radikale, grundsatztreue oder „oppositionelle“ Gewerkschaften unter demselben Gestirn, das heißt unter demselben Entwicklungsgesetz antreten und daß auch letztere aus diesem Grunde eines gewissen Tages gegen die Arbeiter

vorgehen müssen, auch wenn ihre "ehrlichen" und "aufrichtigen" Führer das in ihrer keuschen Unschuld nicht glauben wollen.

Wo Lenin auf seine Weise vom Gangstertum der Gewerkschaftsführer redet, da ruft ihm Rühle zu: „Na, siehst du?“. anstatt gerade an dieser zwar verständlichen, aber völlig unsachlichen „Kritik“ die methodologische Schwäche Lenins aufzudecken.

IV.

Alles was wir bis jetzt in Bezug auf Lenins Stellung zur Gewerkschaftsfrage und zu den Gewerkschaften selbst gesagt haben, trifft in fast gleicher Weise auf seine Stellung zur Frage des Parlamentarismus zu. Nicht vom Standpunkt der westeuropäischen Arbeiterklasse tritt er an sie heran, sondern von jener Position aus, die sich der russische Bolschewismus zu Anfang unseres Jahrhunderts mittels einer Analyse der Bedingungen und Voraussetzungen der kommenden russischen Revolution erobert hatte.

Der Unterschied kommt ihm gar nicht zu Bewußtsein und konnte von ihm auch nicht zu Bewußtsein kommen. Ein anderer Ausgangspunkt war ihm ebenso fremd wie eine reale Kenntnis jener Tatsache, die bei der Kontroverse mit der radikalen Linken im Hintergrund stand: des Funktionswechsels des Parlamentarismus innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.

Daß dies keine leere Behauptung ist, geht z.B. hervor aus einer Mitteilung von seiner Witwe. Im zweiten Band ihrer „Erinnerungen“ erzählt sie, wie der damals (1908) in Genf lebende Lenin „in halb verwundertem, halb verächtlichem Ton“ die Worte eines Schweizer Abgeordneten wiederholte, der gesagt hatte, die seit Jahrhunderten bestehende Schweizer Republik könne „niemals eine Verletzung des Eigentumsrechts zulassen“. Für die (halbe) Verwunderung Lenins gab es einen guten Grund, der auch gleich von der Verfasserin erwähnt wird. „Kampf für die demokratische Republik“, so fügt sie hinzu, „war ein Punkt unseres damaligen Programms“ [21].

Die Bedeutung ist klar: Lenin hatte offenbar bis zu diesem Zeitpunkt eine naive Auffassung von der „demokratischen Republik“. Es wäre wohl nicht in Widerspruch mit den Tatsachen, wenn man behauptete, sie stimmte etwa mit den naiven Vorstellungen der bürgerlichen französischen und deutschen Revolutionäre des Jahres 1848 überein, mit jenen Vorstellungen also, die - mit Hinweis auf Lenin/Kautsky - vorherrschten in einer Umwälzung, dessen Zentrum sich „ostwärts verschoben“ hatte.

Daß für Lenin, wie die „Neue Züricher Zeitung“ mal behauptete, „auch in der Schweiz die demokratischen Einrichtungen nur als Instrumente der sozialistischen Revolution von Bedeutung“ wären [22], stimmt wohl, sollte aber anders verstanden werden als es dieses Prachtstück der bürgerlichen Schweizerischen Journalistik gemeint hat. Lenin konnte die demokratischen Einrichtungen nur aus der Perspektive der russischen -

d.h. einer bürgerlichen Revolution „von besonderem Typus“ - verstehen und beurteilen.

Daß Lenin von da an die bürgerliche Republik mit anderen Augen betrachtet haben soll, wie die Krupskaja fortfährt, überzeugt uns wenig, am allerwenigsten wegen seiner Äußerungen in jener Schrift, die wir hier zu analysieren versuchen.

In seiner Antwort auf die europäische Linke hatte Lenin sich zu beschäftigen mit der Frage, ob der Parlamentarismus überholt sei oder nicht, Als das Problem unter anderem von dem zur Linken gehörenden holländischen Marxisten Anton Pannekoek aufgeworfen wurde, da geschah dies in einem sehr bestimmten Sinne, der von Lenin völlig übersehen wurde. Bei Pannekoek handelt es sich um die Frage, ob der sogenannte „revolutionäre Parlamentarismus“, der als Kampfmethode von der radikalen Sozialdemokratie befürwortet wurde, und den Pannekoek in einer bestimmten historischen Phase des Kapitalismus für richtig hält, noch einen Zweck hat in jener Periode, die am Ende des Ersten Weltkrieges angefangen hatte.

Dort wo Lenin darauf eingeht, wirft er - abermals - die Begriffe durcheinander, und es zeigt sich, daß er die Probleme völlig mißversteht. Nicht vom „revolutionären“, sondern von dem bürgerlichen Parlamentarismus, nicht von einer Kampfmethode, sondern von einer politischen Institution spricht Lenin bei seiner Widerlegung der linken Auffassungen. Manchmal bekommt man dabei den Eindruck, daß er vom bürgerlichen Parlamentarismus redet, daß jedoch das Parlament gemeint ist.

Lenin stellt die merkwürdige These auf, daß dieser bürgerliche Parlamentarismus historisch überholt sei, politisch aber nicht. „Historisch“, schreibt Lenin (S.426), „ist die Epoche des bürgerlichen Parlamentarismus ... beendet“. Das behauptet die Linke im Jahre 1920 bestimmt nicht. Sie sagt etwas anderes. Sie versucht darzulegen, daß der „revolutionäre Parlamentarismus“ als Taktik nicht mehr paßt in einer Periode, in der zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Klasse ganz andere Gegensätze in den Vordergrund treten als in der Vergangenheit,und in der ein ganz anderer Kampf als bis dahin auf der Tagesordnung steht.

Lenin richtet sich gegen diese Argumentation, ohne sie zu verstehen. Er spottet darüber, daß die Linke „jede Rückkehr zu den ... Kampfformen des Parlamentarismus ... ablehnt" (hier zitiert Lenin die Linke). Er nennt das „eine leere Phrase“ und fragt anläßlich dieses Wörtchens „Rückkehr“ ironisch, ob „es in Deutschland gar schon eine Sowjetrepublik gibt?“. Wenn er schon bemerkt hat, daß vom „Parlamentarismus als Kampfform“ die Rede ist, so verwechselt er trotzdem diesen „Parlamentarismus als Kampfform“ mit dem Parlamentarismus oder mit dem Parlament "schlechthin", genau so wie er gleich zu Anfang seiner Schrift die proletarische Revolution mit der Revolution schlechthin verwechselt hat, und zwar aus demselben Grunde.

Die Auffassungen der Linken fußen auf dem geänderten Charakter der Klassengegensätze und auf den geänderten Verhältnissen in der Gesellschaft. Die aber zieht Lenin gar nicht in Betracht. Er geht bloß davon aus, daß es ein Parlament gibt, und er schreibt diesem Parlament wesentlich einen absoluten und unabänderlichen Charakter zu, ohne als sogenannter Dialektiker auch nur mit der Wimper zu zucken. Er setzt weiter voraus, daß noch immer Millionen Proletarier „für den Parlamentarismus schlechthin eintreten“ (S.427).

Daß das für Deutschland 1919/1920 gar nicht zutrifft - Gorter hat es in seinem Offenen Brief betont - können wir hier beiseite lassen. Für uns handelt es sich vor allem darum, daß Lenins Ansichten nicht darauf fußen, was die Arbeiter infolge ihrer Klassenlage im Klassenkampf zu tun gezwungen sind oder zu tun gezwungen sein werden. Er geht davon aus, was sie an Vorstellungen in ihrem Kopf haben, also nicht von dem, was sie tun <u>müssen</u>, sondern von ihrem Willen. Nicht die objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung bilden Lenins Leitfaden, sondern die subjektiven Vorurteile der Individuen.

Vorurteile, Erwartungen, Hoffnungen oder Illusionen, sie bilden der Reihe nach für Lenin und seinesgleichen <u>keine</u> Folge jener Tatsache, daß die Ideen nun einmal hinter der sozialen Wirklichkeit zurückbleiben. Nichts findet sich bei ihm von der Auffassung, daß die Vorstellungen, welche die Menschen im Kopf haben, durch ihre Praxis durch ihr soziales Handeln umgewälzt werden. Im Gegenteil: es ist bei ihm gerade umgekehrt. Dasjenige, was er mit rein subjektivem Maßstab als „eine richtige Praxis“ begreift, erwartet er als Ergebnis des Verschwindens der Vorurteile und Illusionen. Und wo er von "Praxis" redet, da meint er in den meisten Fällen nicht die Praxis der Massen, sondern die der Partei.

Nach Lenin soll die (bolschewistische) Partei sich eine Vertrauensposition erwerben, eine derartige Position, daß sie stark genug sei, „um das bürgerliche Parlament ... auseinanderzujagen“ (S.428). Diese Auffassung ist typisch für den Bolschewismus, der die proletarische Revolution als Staatsstreich versteht, nicht als Massenaktion, nicht als gesellschaftlichen Prozeß. <u>Er inszeniert</u> Revolutionen, denkt immerfort in Begriffen einer solchen Inszenierung, nicht in Begriffen des Klassenkampfes, deshalb, weil er die Traditionen bürgerlicher Umwälzungen weiterführt.

Für Lenin ist ein solches Ende des Parlaments mittels einer von der Partei durchgeführten Art Staatsstreich gleichbedeutend mit dem Ende des Parlamentarismus. Die Linke dagegen spricht über das Ende des Parlamentarismus als Kampfmethode, sobald jene Zeit heranbricht, da die Massen selbst zu kämpfen anfangen. Die Linke betrachtet den autonomen Massenkampf als dasjenige, was die Massen von ihren Illusionen befreien wird, als das Merkmal der proletarischen Revolution im Unterschied zur bürgerlichen. Für die Linke gibt es keinen größeren Gegensatz als den zwischen diesem Kampf der Massen und dem sogenannten "Kampf" der sogenannten "Führer" im Parlament.

Für den autonomen Kampf der Proletariermassen bringt Lenin nicht das geringste Verständnis auf. Für ihn handelt es sich lediglich darum, „im reaktionären Parlament“ - der Ausdruck ist genauso bezeichnend wie jener der „reaktionären Gewürkschaftsbürokratie“ - über eine „gute Parlamentsfraktion ...“ zu verfügen (S.434). Für ihn dreht sich die ganze Frage nicht um die sich ändernde Funktion des Parlaments in der sich ändernden Gesellschaft, sondern um die Gesinnung der Parlamentarier. Lenin glaubt, die Frage wäre gelöst, wenn auch hier „die schlechten Führer“ durch „gute und zuverlässige“ ersetzt wären. Er ist auch in Bezug auf diese Frage ganz und gar ein Voluntarist, dem es darum geht, was die (parlamentarischen) Führer wollen, nicht was sie können.

Der Voluntarismus findet keine Stütze in der Marxschen materialistischen Dialektik. Die Frage ist also berechtigt, wie er Lenin immer wieder unterlaufen kann. Die Antwort ist, daß seine in marxistisches Gewand verkleidete Konzeption ein Produkt

jener "Versöhnung", jener "Vergewaltigung" ist, auf die wir schon hingewiesen haben. Als Lenin, durch die Eigenart der russischen Verhältnisse dazu genötigt, an die Probleme der bürgerlichen Revolution mit Hilfe der Theorie der proletarischen Revolution heranging, da wurden zwar die Mysterien der ersteren aufgelöst, da wurde ihm aber zugleich letztere zum Mysterium.

Anders gesagt: der besondere Charakter der herannahenden Revolution in Rußland hat Lenin eine Rolle aufgezwungen, die rein äußerlich grundverschieden ist von jener, welche von früheren bürgerlichen Schauspielern auf der historischen Bühne vorgeführt wurde. Diese haben immer, eben wenn sie damit beschäftigt waren, sich und die Dinge umzuwälzen, noch nicht Dagewesenes zu schaffen in Epochen revolutionärer Krisen, zu ihrem Dienste ängstlich die Geister der Vergangenheit heraufbeschworen. Ihnen entlehnten sie, zu ihrer Legitimation , Namen, Schlachtparole und Kostüme, und mit erborgter Sprache (des Alten Testaments, der Römischen Geschichte oder der Griechischen Städtedemokratie) schrieben sie alsdann das neue Kapitel der Weltgeschichte.

Lenin dagegen - der Dagewesenes schuf - führte nicht die Sprache der Vergangenheit, sondern bediente sich mutig jener der Zukunft, jedoch ohne sich ihren Geist aneignen zu können und ohne die ihm angestammte Sprache in ihr zu vergessen. Er hat die Sprache der Zukunft rückübersetzt - "angepaßt" um den von Lukács gewählten Ausdruck zu benutzen - in jene, die ihm vertraut war. Das heißt soviel als daß bei allen seinen „Übersetzungen“ geschichtliche Täuschungen, an erster Stelle natürlich Selbsttäuschungen, herauskommen.

Rühle, der in Bezug auf die Frage des Parlamentarismus Lenins Schwächen viel schärfer hervorhebt als in Bezug auf die Gewerkschaftsfrage, schreibt mit Recht, daß für Lenin Parlament eben Parlament war ... „sich immer gleich bei allen Völkern, in allen Zonen, zu allen Zeiten“ und daß er „immer das junge Parlament aus der Zeit des bürgerlichen Aufschwungs dem alten Parlament aus der Zeit des bürgerlieben Verfalls gegenüberstellt“, das aber bloß in seiner Polemik [23]. Wir haben dagegen nichts einzuwenden, möchten aber für unsere Zwecke noch etwas genauer präzisieren.

Nicht irgendein junges Parlament aus den bürgerlichen Flitterwochen wird immer von Lenin aufgeführt, sondern entweder die russische Reichsduma oder jene russische Konstituante, die Januar 1919 durch ein Dekret der bolschewistischen Exekutive aufgelöst wurde. Zwar gibt Lenin zu, daß „selbstverständlich von einer Gleichsetzung der Verhältnisse in Rußland und der Verhältnisse in Westeuropa keine Rede sein (kann)“ (S.429). Aber im selben Atemzug erklärt er sodann, daß bei der, Lösung der Parlamentarismusfrage doch ganz entschieden die russische Erfahrung in Betracht gezogen werden müsse. Denn, so Lenin, „der Satz: 'Der Parlamentarismus ist politisch erledigt!' ...“ und ähnliche Aussprüche „verwandeln sich allzu leicht in hohle Phrasen, wenn die konkrete Erfahrung nicht in Betracht gezogen wird“ (S.429).

Die Begründung ist wirklich köstlich. Als ob das kapitalistische Europa seine eigene konkrete Wirklichkeit eines Parlamentes im bürgerlich-revolutionären Sturme nicht schon längst hinter sich und daraus nicht seine Erfahrungen bezogen hätte, wird hier den Abendländern das Studium eines russischen Beispiels empfohlen, das - gerade seiner einzigartigen Umstände wegen - in die Probleme des proletarischen Klassenkampfes keinen tieferen Einblick gewährt.

Aber Lenin sieht das nicht und kann das nicht sehen, infolge jener „Übersetzungs- und Sprachschwierigkeiten“, jener geschichtlichen Täuschungen, die wir eben erwähnt haben. Indem er die Schlachtparole einer künftigen Revolution für jene, die in Rußland auf der Tagesordnung steht, anwendet, ist er nunmehr außerstande, die spezifischen Probleme jener künftigen Revolution von denen der russischen Revolution zu unterscheiden. Nachdem er zuerst eine proletarische Theorie für die russische Praxis übersetzt hat, will er sodann ohne weiteres die russischen Erfahrungen übertragen auf die proletarische Praxis.

Natürlich ist namentlich die Geschichte mit der russischen Konstituante äußerst lehrreich. Die Forderung zu ihrer Einberufung im Programm der revolutionären russischen Sozialdemokratie war eine ganz logische, da es sich ja in Rußland um die bürgerliche Revolution handelte. Nicht weniger logisch war ihre Auflösung am 19.Januar 1918. Lenin hatte völlig Recht, als er in seinen „Thesen über die Konstituante“ feststellte, daß „es ein Mißverhältnis zwischen ihrer Zusammensetzung und dem Volkswillen geben mußte“ [24]. Die Ursache war aber nicht, daß „in die Konstituante Parteien gewählt wurden, die sich schon bildeten zu einem Zeitpunkt, da die Bourgeoisie noch herrschte“, wie er schreibt, sondern das Fehlen einer wirklich bürgerlichen Herrschaft infolge des "besonderen", auch von ihm nachdrücklich anerkannten.Charakters der russischen Revolution.

Nicht deshalb weil Menschewiki und Kadetten (Konstitutionelle Demokraten) in ihr vertreten waren, schwebte die Konstituante in der Luft, sondern weil es weder für sie, noch für diese Parteien einen wirklichen sozialen Boden gab. Der Umstand, daß die bürgerliche Revolution in Rußland gegen die Bourgeoisie und ohne sie vollzogen werden mußte, das heißt: die gesellschaftliche Schwäche jener Klasse, machte einfach die Errichtung ihrer traditionellen Institutionen zu einer Unmöglichkeit.

In der russischen bürgerlichen Revolution war ein Parlament also zum Scheitern verurteilt. Nicht die Bolschewiki haben das Todesurteil gefällt, um ihrer Monopolherrschaft den Weg zu bahnen; das Schicksal der Konstituante und der Weg, den die bolschewistische Partei zurückgelegt hat, wurden beide von sehr eigentümlichen Bedingungen vorgeschrieben, die erst anhand der Praxis als Erfahrungstatsachen festgestellt werden mußten, ehe sie sich dem politischen Bewußtsein der unmittelbar Beteiligten als zwingend darstellten. Und auf das politische Bewußtsein kam es an, weil es sich um eine rein politische Frage handelte.

Die Auflösung der Konstituante hatte nichts zu tun mit einer Beseitigung bürgerlicher Herrschaftsformen infolge einer Auflösung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie stand nicht am Ende, sondern am Anfang einer kapitalistischen Entwicklung. Nicht von einer Aufhebung der Lohnarbeit war die Rede. Für sie und für eine kapitalistische Produktionsweise machte die russische Revolution gerade den Weg frei, wenn auch einen anderen Weg"als er im Westen gegangen worden war. Das russische Proletariat war, trotz seiner hochentwickelten Kampfformen, trotz seiner spontan gebildeten Räte (Sowjets), nicht imstande, diese gesellschaftliche Entwicklung zu verhindern. Unter diesen Umständen bedurfte es einer politischen Macht, die an die Stelle jener traditionellen treten konnte, die sich zu entfalten nicht imstande war.

Auf die Beschleunigung dieses Prozesses zielte die Strategie der Bolschewiki ab, als sie sich an den Konstituantewahlen beteiligten und als Fraktion in diesem politischen

Körper arbeiteten, nachdem er gebildet war. Lenin hat das ausführlich auseinandergesetzt in seiner Schrift über „die Kinderkrankheit“ und in einer Betrachtung, auf die er dort einige Male hinweist [25]. Es war eine vorzügliche Strategie, deshalb, weil sie den Bedingungen der Revolution in konsequentester Weise angepaßt war. Man braucht sich aber nur ihre Voraussetzungen und ihre politischen Ziele zu vergegenwärtigen, um festzustellen, daß sie auf die Voraussetzungen des proletarischen Klassenkampfes in keiner Weise zugeschnitten war.

Noch viel klarer tritt das hervor, dort wo Lenin in seiner Schrift die verschiedenen Elemente dieser bolschewistischen Strategie bis hin zur geringsten Kleinigkeit entwickelt.

V.

Was wir bis jetzt anhand der Leninschen Schrift am Bolschewismus festgestellt haben - sein Voluntarismus; sein Mangel an Verständnis für soziale Eigengesetzlichkeit; die durch bestimmte Umstände hervorgerufene Verquickung der Parole einer künftigen mit den Aufgaben einer (1789; 1848) schon dagewesenen Umwälzung; seine Verwechslung der bürgerlichen mit der proletarischen Revolution; seine Unfähigkeit, verschiedene wirtschaftliche Bedingungen und verschiedene historische Situationen zu unterscheiden - das alles finden wir in nahezu überspitzter Weise wieder in jenen praktischen Ratschlägen und Empfehlungen, die Lenin, dort wo er sich mit dem Verhalten der kämpfenden Arbeiter dem Klassengegner gegenüber beschäftigt, nicht müde wird mit seiner Kritik an der europäischen Linken zu verflechten.

Mit dem Verhalten der kämpfenden Arbeiterklasse, schreiben wir. Davon handelten ja die Thesen und Erörterungen der Linken. Genauer betrachtet jedoch, rächt sich die eigentümliche Position, worin sich die Bolschewiki als Exponenten ihrer bürgerlichen Revolution von besonderem Charakter befinden, auch diesbezüglich sofort in der Hinsicht, daß sie nicht einmal imstande sind, den eigentlichen Inhalt der von ihnen kritisierten Auffassungen zu verstehen. Nicht von dem Verhalten der Arbeiter spricht Lenin, sondern vom Verhalten der Partei. Für die Linke handelt es sich gerade um diesen Unterschied; für Lenin ist die Identität beider Kategorien eine Selbstverständlichkeit.

Lenin substituiert, auf dem Wege immer weiterer Einschränkungen (S.443) - das Proletariat, sein klassenbewußtester Teil, seine Vorhut undsoweiter - die Klasse durch die Kommunistische Partei. In einem am Vorabend der Oktoberrevolution geschriebenen Artikel "Über Kompromisse", auf den wir noch zurückkommen werden, schreibt er: "Unsere Partei erstrebt wie jede andere politische Partei die politische Herrschaft f ü r s i c h. Unser Ziel

ist die Diktatur des revolutionären Proletariats" [26]. Infolge solcher Gleichsetzungen rückt die von der Linken erhobene Frage, ob es sich denn um die Diktatur der Partei oder um die Diktatur der Klasse handele, außerhalb seines Gesichtskreises [27]

Er vernimmt sie, er versteht sie jedoch nicht. Deshalb macht er sie lächerlich (S.412), ohne die geringste Spur einer Argumentation.

Wenn man Lenin gegenüber von einem Gegensatz zwischen Führern und Massen spricht, denkt er (S.413) an das Verhalten der reformistischen Führer während des imperialistischen Krieges 1914 - 1918. Er „übersetzt“ in einer Weise, als ob da vom „tadelnswerten“ Benehmen „schlechter“ Führer die Rede wäre. Somit geht es bei ihm gleich wieder um die Frage des „Wollens“. Er versteht nicht, daß es sich um den grundsätzlichen Unterschied handelt zwischen einem Kampfe, bei dem die Massen geführt werden und einem solchen, in dem sie selbst ihre Entschlüsse fassen. Der erstgenannte Typus charakterisiert die bürgerliche, letzterer die proletarische Revolution; der erste Typus hat eine Strategie als Gegenstück, die beim zweiten Typus unvorstellbar ist!

Bei Lenin ist - mit Recht - die Frage der Strategie mit jener der Führung eng verbunden. Die Kombination einer „richtigen“ Führung mit einer „richtigen“ Strategie ist für ihn, wie er schreibt (S.396), „eine der Hauptbedingungen für den Sieg“, faktisch, weil er keine anderen Voraussetzungen behandelt, die einzige! Jene Führung hält er für richtig, die eine richtige politische Strategie und Taktik hat (S.396). Ganz ähnlich der Kriegführung, wo die Durchführbarkeit oder die Anwendungsmöglichkeit einer bestimmten militärischen Strategie von der Disziplin in den Reihen einer regulären Armee bedingt wird, so ist bei Lenin die politische Strategie von der Existenz einer „unbedingten Zentralisation und strengster Disziplin des Proletariats“ abhängig (S.396).

Die Begründung dieser seiner Ansicht findet sich dort, wo er (S.438) „die Bedeutung der Parteiorganisation und der Parteiführer“ darin erblickt, „daß man durch langwierige, hartnäckige, mannigfaltige, allseitige Arbeit aller denkenden Vertreter der gegebenen Klasse die notwendigen Kenntnisse, die notwendigen Erfahrungen, das - neben Wissen und Erfahrung - notwendige politische Fingerspitzengefühl erwirbt, um komplizierte politische Fragen schnell und richtig zu lösen.“ Es handelt sich hier um die Ansicht derjenigen, für welche der Gang der historischen Ereignisse bestimmt wird und nur bestimmt werden kann von einer Führerschicht, die fortwährend die Massen manipuliert, obgleich sie nie müde wird, „im Namen des Volkes“ zu reden. Mit einem Wort: man hat es mit der Ansicht der bürgerlichen Gesellschaft zu tun.

Diese zwingende Schlußfolgerung ergibt sich auch darausq daß Lenin vom politischen Fingerspitzengefühl redet anstatt von sozialen Klasseninstinkt. Er hat diesbezüglich sein ganzes Leben hindurch jenes Mißverständnis gehegt, das schon zu Anfang seines publizistischen Wirkens in seiner Schrift „Was tun?“ hervortritt, das Mißverständnis nämlich, daß es deshalb einer Parteiführung bedürfe weil die Arbeiter niemals in hinreichendem Maße ein politisches Bewußtsein entwickeln könnten. Lenin, der folglich sich keine proletarische Revolution ohne Eingriff der politisch "Wissenden" vorstellen kann, hat keine Ahnung daß ein politisches Bewußtsein ein Attribut einer wohlbehabenden Klasse im allgemeinen, der bürgerlichen Klasse insbesondere ist, und daß die Arbeiterschaft destomehr sich in nutzlosen, irrationellen Kämpfen verschwendet, je mehr politisches Verständnis in ihr vorhanden ist. Er hätte - wenn es ihm möglich gewesen wäre - sich in dieser Hinsicht von Marx belehren lassen können [28]. Was ihn jedoch daran hinderte, war eben jenw "Brille", die von Gorter als eine „russische Brille“ bezeichnet wurde, von uns bezeichnet wird

als die „Brille“ die drüben getragen werden mußte von einer Gruppierung, die beim Mangel einer selbstsicheren bürgerlichen Klasse mit einem entwickelten politischen Bewußtsein diese Lücke auszufüllen und somit das fehlende politische Bewußtsein zu ersetzen hatte.

Ein Vergleich der politischen Strategie dieser Gruppierung mit einer militärischen Strategie ist unserer Meinung nach durchaus berechtigt. Für Lenin war ja, wie er 1905 bereits geschrieben hatte, "die Revolution ... ein Krieg" [29] und diese Auffassung kehrt in seiner Schrift über „die Kinderkrankheit“ auf fast jeder Seite wieder.

„Nehmen wir“, sagte er 1915, „die moderne Armee. Sie ist eine mustergültige Organisation. Und diese Organisation ist nur deshalb gut, weil sie e l a s t i s c h ist und zugleich Millionen von Menschen einen e i n h e i t l i c h e n W i l l e n verleihen kann“ [30].

Da hat man abermals, einschließlich des unentbehrlichen "einheitlichen Willens“, der nur von oben, vom Olympus der politischen Götter herabsteigt, genau den Standpunkt von 1920.

Bei einer solchen Analogie kommt man aber nicht daran vorbei, daß das Wesentliche jener mustergültigen Heeresorganisation: die Disziplin, unzertrennlich verbunden ist mit einer historisch und gesellschaftlich bedingten und somit beschränkten Form der Kriegskunst, und daß eine andere als die bürgerliche Gesellschaft und somit auch der Kampf um sie eine ganz andere Form der Gewaltanwendung schaffen, die gar nicht mehr als eine von "wissenden" Spezialisten des Generalstabs betriebene Armeeführung zu betrachten wäre und nicht mehr von einer traditionellen militärischen Kriegsmaschinerie praktiziert wird. Die Auflösung der militärischen Disziplin erscheint unter diesem Gesichtspunkt als die Bedingung des revolutionären Sieges, zugleich aber auch als die Folge der Revolution.

Das Ergebnis der Analogie widerspricht also energisch der Leninschen Auffassung, daß gerade die Disziplin eine, sogar bedingungslose, Voraussetzung der Revolution sei. Friedrich Engels hat über die gänzliche Auflösung der militärischen Disziplin als Bedingung wie Resultat jeder bisher siegreichen Umwälzung gelegentlich mal bemerkenswerte Sätze niedergeschrieben [31]. Wenn wir hier darauf hinweisen, so nicht, um damit den - blödsinnigen - Versuch zu unternehmen, mit Hilfe von Marx und Engels die "Unrichtigkeit" der Leninschen Stellungnahme aufzudecken. Es handelt sich für uns nicht um Lenins "Unrecht" – das weder mit einem Engels- noch mit einem Marxzitat zu beweisen wäre, - sondern um die bloße Tatsache, daß er sich im Gegensatz zu Marx und Engels befindet, und um die Frag weshalb; um die Frage, wie man das erklären könne.

Was wir darzulegen versuchen ist nichts anderes, als daß die politische Strategie des Leninschen politischen Generalstabs eine Ähnlichkeit mit der militärischen Strategie eines militärischen Generalstabs einer regulären Armee der bürgerlichen Klassengesellschaft aufweist, und zwar aus dem Grunde, daß er sich keinesfalls auf den spezifischen Klassencharakter der proletarischen Kämpfe stützt. Wenn er zum Beispiel (S.406) über die Transformation der Massenstreiks, zuerst in politische, sodann in revolutionäre Streiks spricht, so zeigt sich ein ganz anderer Gedankengang als man bei Rosa Luxemburg an jener Stelle findet, wo sie einem preußischen Minister zustimmte, daß "hinter jedem Streik die Hydra der Revolution

lauere". Rosa Luxemburg betrachtet den Streik als solchen als das Muster jedes, Konflikts der proletarischen mit der bürgerlichen Klasse. Lenin bei weitem nicht. Für ihn soll, damit es eine wirkliche Kollision gebe, das politische Moment, das politische Bewußtsein, von außen herangetragen werden. Für ihn ist die Revolution (immer noch die Revolution schlechthin!) ein politischer Akt, der nicht nur dem Willen, sondern auch der Fähigkeit ihrer notwendigen politischen Führer die Krone aufsetzt.

Diese Auffassung der Revolution und jene von der Unentbehrlichkeit einer Strategie sind unlöslich miteinander verbunden. Sie bedingen einander. So wie sich aus der bürgerlichen Revolutionstheorie Lenins seine Befürwortung einer Strategie folgern läßt so kann man aufgrund seiner Befürwortung einer Strategie auf den bürgerlichen Charakter seiner Konzeption schließen.

VI.

Nachdem wir bis jetzt die Leninsche Strategie dahingehend kritisiert haben, daß sie ausschließlich als die politische Praxis einer Führerschicht, niemals als die soziale Praxis selbsthandelnder Massen verstanden werden kann, wollen wir nunmehr zur näheren Betrachtung ihres Inhalts schreiten.

Was beim Lesen seiner Schrift über „die Kinderkrankheit“ sofort die Aufmerksamkeit auf sich zieht, ist der Umstand, daß man unwillkürlich fast fortwährend erinnert wird an jene frühkapitalistische Phase, in welcher - wie es Marx im Kommunistischen Manifest schrieb - das junge, erst im Werden begriffene Proletariat gemeinsam mit seinem künftigen Klassengegner gegen den Feudaladel oder gegen die absolute Monarchie kämpfte.

Damals herrschte in der eben sich entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft eine durchaus andere Situation als an der Schwelle der 20-er Jahre des XX. Jahrhunderts. Das Kleinbürgertum und die Parzellenbauernschaft hatten eine weit größere wirtschaftliche Bedeutung und spielten demzufolge auch politisch eine viel wichtigere Rolle. Dazu gab es inmitten der aufsteigenden Bourgeoisie zwischen ihren verschiedenen Fraktionen noch tiefe Gegensätze, die sich, zum Beispiel im Kampf um Freihandel oder Schutzzölle aufs heftigste äußerten. Die politische Lage jener Gesellschaft war selbstverständlich mehr oder weniger die Abspiegelung ihrer materiellen Verhältnisse.

In Deutschland, wo viel länger als in Frankreich das Königtum von Gottes Gnaden und preußischer Signatur den Gipfel des feudalen Sumpfes bildete, stand das kapitalistische Bürgertum Schulter an Schulter mit den Mittelschichten und den Arbeitern im Kampfe um die Demokratie, welche die ungehinderte Entfaltung der modernen Produktionsweise sichern sollte. Im französischen Nachbarland, wo zwar die Revolutionen von 1830 und 1848 das von der großen Revolution und dem jakobinischen Terror angefangene Werk vollendet hatten, war nichtsdestoweniger die Frucht der bürgerlichen Umwälzung immer noch bedroht. Und sogar im kapitalistischen Musterland Großbritannien gab es immer noch einen schweren

Kampf um die vollkommene Ausbildung jener Einrichtungen, welche die richtige Funktion der kapitalistischen Produktion politisch garantieren.

Innerhalb der geschilderten Verhältnisse boten sich politische Bündnisse, Abkommen und Kompromisse, die geschickt ausgenutzt werden sollten, gleichsam von selbst an. Zwar trat die britische Arbeiterklasse, im Kampfe um die "Charter" zum ersten Male in der Geschichte für ihre eigenen Interessen an, aber nichtsdestoweniger unterstützte sie leidenschaftlich die Versuche des radikalen bürgerlichen Flügels zur Durchführung einer parlamentarischen Reform. In dem kontinentalen Westeuropa, wo der politische ebenso wie der wirtschaftliche Fortschritt hinter dem Englands zurückgeblieben war, lagen Verbindungen zwischen den verschiedenen Gesellschaftsschichten und den verschiedenen politischen Parteien, die innerhalb der bürgerlichen Ordnung deren Exponenten bildeten, noch weit mehr auf der Hand als anderswo.

Diese Situation war einmalig. Im Laufe eines halben Jahrhunderts war sie in den wichtigsten Industriestaaten überall verschwunden. In England hörte sie nach der Erlassung des parlamentarischen Reformgesetzes, in Frankreich nach der endgültigen Niederlage des Boulangismus [32], nach und nach zu bestehen auf. In Deutschland wurde sie nach der Bildung des Wilhelminischen Kaiserreichs faktisch bedeutungslos. Der wesentliche, für den Kapitalismus charakteristische und ihn als Gesellschaftsordnung voraussetzende Klassengegensatz drückte fortan allen politischen und sozialen Verhältnissen seinen Stempel auf. Interessen, wofür Lohnarbeiter und Kapitalisten gemeinsam hätten kämpfen können, gab es keine mehr. Nicht länger konnten sich Proletarier und radikale Bourgeois zusammenschließen gegen eine Gefahr von rechts. Im Gegenteil: gegen die für ihre Klasseninteressen kämpfenden Arbeiter schloß sich der ganze übrige Rest der Gesellschaft fest zusammen.

In Rußland aber kehrte zu Anfang unseres Jahrhunderts genau jene gesellschaftliche und politische Situation wieder, die es im vormärzlichen Deutschland oder im Frankreich am Vorabend der Revolutionen von 1830 und 1848 gegeben hatte. Bis Februar 1917 war Rußland eine absolute Monarchie. Adel und Klerus waren die Herrschenden. Die erst in den Kinderschuhen sich bewegende Arbeiterklasse, die ungeheure Masse der Bauernschaft und gewisse Intellektuellenkreise hatten ein gemeinsames Interesse am Sturz des Zarismus, an der Durchführung jener Revolution, die Westeuropa schon seit langem modernisiert hatte. Gerade von dieser verspäteten Situation aus beurteilte Lenin die westeuropäische Lage.

Auf diese Tatsache kann man nicht nur mittelbar aufgrund der Leninschen Argumentation schließen, sie wird von ihm selbst auch wiederholt nachdrücklich betont. „Kein anderes Land“, schreibt er (S.398) in Bezug auf Rußland, „hatte in diesen fünfzehn Jahren 1903 - 1917 auch nur annähernd soviel durchgemacht an revolutionärer Erfahrung“. „Alles“, heißt es (S.401/02) „was wir jetzt über die Scheidemänner und Noske, über Kautsky und Hilferding, über ... die Führer der Unabhängigen Arbeiterpartei in England lesen, alles das ... haben wir schon bei den Menschewiki gesehen.“ (S.402) „Die Erfahrung hat bewiesen“, behauptet er (S.402) ohne jede Zurückhaltung, „daß in einigen sehr wesentlichen Fragen der

proletarischen Revolution a l l e Länder unvermeidlich dasselbe werden durchmachen müssen, was Rußland durchgemacht hat.“

Von welcher Erfahrung die Rede sein könnte, wird nicht von ihm erörtert, da es sich für ihn offensichtlich um ein Axiom handelt, für welches (bei der gegebenen Tatsache der russischen Revolution) etwaige Belege überflüssig sind. Stattdessen bezeichnet er unverfroren (S. 453) die britische Labourpartei (die auf die Modernisierung des Kapitalismus lossteuert) als die „englischen Kerenskis“ - nach jenem, von der Februarrevolution 1917 zum völligen Fiasko emporgehobenen Politiker also, der Exponent einer kläglich versagenden, keineswegs den Forderungen der kapitalistischen Produktionsweise gewachsenen Bourgeoisie war .

Lenin überträgt ganz einfach und ohne Bedenken die russischen auf die britischen Zustände, so wie er (S.441/442) den Standpunkt der deutschen Linken auch aufgrund russischer Ereignisse verwirft, ohne auch nur den Versuch zu unternehmen, dessen angebliche Unrichtigkeit anhand der vorhandenen deutschen Verhältnisse darzulegen.

„Die russischen revolutionären Sozialdemokraten haben vor dem Sturz des Zarismus wiederholt die Dienste der bürgerlichen Liberalen in Anspruch genommen, d.h. sie haben eine Menge praktischer Kompromisse mit ihnen geschlossen.“ So Lenin (S.440/41). Er glaubt damit den Widerwillen der Linken gegen jene Art von Kompromissen, die in seiner Schrift immer wieder in den kräftigsten Farben als die einzig vernünftige Strategie geschildert werden, als durchaus sinnlos entlarvt zu haben. Was er tatsächlich entlarvt - indem er von dem redet, was sich „vor dem Sturz des Zarismus“ ereignet hat - ist der gesellschaftliche Rahmen seiner politischen Stickerei. Es ist ein Rahmen, den es allerdings auch in Westeuropa gab, jedoch ebenfalls nur vor dem Sturz der absoluten Monarchie.

Die Strategie der „vernünftigen“ und „zulässigen“ Kompromisse bildet einen der Hauptgegenstände der Leninschen Schrift. Dabei unterläßt es ihr Verfasser nicht, nachzuweisen, daß Marx und Engels dieselbe Strategie befürwortet hätten, jedoch ohne hinzuzufügen: in Verhältnissen, die den russischen glichen. Indem er seinen „Nachweis“ ohne jede Berücksichtigung der historischen Umstände führt, hat Lenin es damit verhältnismäßig leicht.

Es ist unbestreitbar, daß die Autoren des „Kommunistischen Manifest“ um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nicht nur jene Bündnisse und Kompromisse verteidigt haben, für die auch Lenin leidenschaftlich eintritt, sondern, daß sie darüberhinaus auch im Geiste einer Politik der - von ihnen gleichfalls als eine politische, untrennbar mit den Massen verbundene Vorhut betrachteten - kommunistischen Partei gesprochen haben [33]. In dieser Hinsicht bedarf unsere Darlegung am Anfang dieses Abschnitts, wo von Bündnissen der proletarischen Klasse mit ihrem Gegner die Rede war, einer, übrigens bloß formalen, Korrektur. Anscheinend ist somit Lenins Beziehung auf Marx und Engels ganz berechtigt. Wahrheitsgemäß aber verhält es sich anders damit.

Der Marxismus von 1848 war - selbstverständlich - Kind seiner Zeit, Ausdruck der damaligen sozialen und politischen Verhältnisse und der damaligen, der proletarischen Lage entsprechenden Gegensätze, ging aber zugleich, indem er die künftige Entwicklung sowohl der kapitalistischen Produktionsweise, als der mit ihr

gegebenen Gegensätze ins Auge faßte, dialektisch darüber hinaus. Lenin war, von, seinem Gesichtspunkt aus, unfähig, diese Gleichzeitigkeit im dialektischen Sinne zu erblicken. Seine Philosophie war, in völliger Übereinstimmung mit den Forderungen der herannahenden russischen Revolution, nicht der dialektische, sondern der bürgerliche, der mechanische Materialismus, derselbe, der etwa ein Jahrhundert früher die erprobte Waffe der gegen Adel und Kirche Kämpfenden gewesen war [34].

Die gesellschaftlichen Verhältnisse, die proletarische Lage und der Charakter der sozialen Gegensätze bildeten 1848 überhaupt keine Voraussetzung, weder für ein selbständiges Handeln, noch für autonome Kämpfe der Arbeiterschaft. Die Tatsache wurde von dem zeitlich bedingten gesellschaftlichen Bedürfnis nach einer politischen Führung, welche für ' die proletarische Klasse auf tritt und sich in ihrem Namen an die Öffentlichkeit wendet, zum Ausdruck gebracht. Lenin, der in Rußland derartig primitive Verhältnisse und noch keine entwickelten kapitalistischen Gegensätze vorfand, konnte nur da anknüpfen.

Lenin holte, ganz undialektisch, vom sogenannten Frühmarxismus eine bestimmte Seite heraus, die ihm gerade paßte. Deshalb kommt dem Verfasser dieser Zeilen die Ansicht von Arthur Rosenberg, „der revolutionäre Marxismus von 1848 fände seine Fortsetzung im Rußland des Zaren“ und „Lenin habe den echten revolutionären Urmarxismus wieder zum Leben erweckt“, unrichtig vor. [35]

Mit den Auffassungen von Marx und Engels hatte das nichts zu tun. Es kehrten dabei vielmehr vormarxistische – idealistische - Auffassungen wieder, von welchen unter andern die Betonung des Willens - nicht einer Klasse, sondern des politischen Führers, eines Individuums also - im Gegensatz zur Berücksichtigung der sozialen Eigengesetzlichkeit ein Symptom bildet.

Lenin schreibt (S.408): „Ein Politiker, der dem revolutionären Proletariat nützlich sein möchte, muß es verstehen, die k o n k r e t e n Fälle gerade solcher Kompromisse herauszugreifen, die unzulässig sind, in denen Opportunismus und V e r r a t ihren Ausdruck finden ...“ Er sinkt damit zu einem bürgerlichen Politiker herab, der im Interesse einer noch völlig abhängigen Arbeiterklasse tätig sein möchte, aber, trotz seines Willens, nur Politik treiben kann und somit den sozialen Inhalt und damit auch die diesem gebührende Form des sich entwickelnden proletarischen Klassenkampfes mißverstehen muß.

Der Verrat, von dem er spricht, karn nur verstanden werden als Verrat am "Sozialismus", der somit als eine politische Konzeption aufgefaßt wird, nicht als eine wirkliche Bewegung, welche die kapitalistischen Verhältnisse aufhebt. Das konnte auch nicht anders sein, da ja diese kapitalistischen Verhältnisse in ausgeprägter Form in Rußland noch nicht existierten und es folglich dort eine wirkliche Bewegung, welche sie auflösen könnte, gar nicht gab. So eine Bewegung kann nur als das Produkt kapitalistischer Verhältnisse entstehen, genau so wie die wirkliche Bewegung, welche die vorkapitalistischen Verhältnisse aufhebt, das Produkt vorkapitalistischer Verhältnisse ist. Wenn letztere wesentlich bürgerliche, in der Geschichte manchmal verschwörerische Bewegung mit sogenannten sozialistischen Idealen gerüstet wird, bekommt sie unvermeidlich jene schon dem Blanquismus anhaftenden Züge, die auch für den Bolschewismus charakteristisch sind.

Diese blanquistischen Züge fehlen dem Frühmarxismus von 1848 ganz und gar, weil er nicht auf der vormärzlichen deutschen, sondern zum Teil auf der Wirklichkeit in Frankreich, mehr noch auf der in England fußt. Lenin konnte da zwar anknüpfen, aber seine bolschewistische Partei stimmt doch keineswegs mit einer solchen Partei, wie sie im Kommunistischen Manifest definiert wird, überein. Vielmehr ähnelt sie, wie auch der Blanquismus, dem Jakobinertum.

Lenin hatte davon zu Anfang seiner Tätigkeit eine dunkle Ahnung[36]; in seiner Schrift über „die Kinderkrankheit" ist er sich dessen überhaupt nicht mehr bewußt. Mit Hilfe einer von Engels am Blanquismus vorgenommenen Kritik geht er (S.436) gegen die Linke vor, bloß deshalb, weil Engels dort von „Zwischenstationen" und „Kompromissen" spricht und es „eine kindliche Naivität" nennt, „die Ungeduld als einen theoretisch überzeugenden Grund anzuführen" [37]. Lenin glaubt mit Unrecht, er vertrete dieselbe Auffassung wie Engels. Er täuscht sich offenbar derart, daß er meint, eben die „Ungeduld", von der Engels gesprochen hat, bei der Linken beobachten zu können. Er ist weit davon entfernt, die Engelssche Kritik an Leuten, die „sich einbilden, sobald s i e nur den guten Willen haben ... sei die Sache abgemacht und wenn ... sie nur ans Ruder kommen, so sei übermorgen 'der Kommunismus eingeführt'" gerade als Kritik an der bolschewistischen Konzeption zu verstehen.

Es würde zu weit führen, hier aus der Engelssehen Kritik weitere Stellen anzuführen, die nicht nur den Blanquisten, sondern auch den Bolschewisten einen Stoß versetzen [38]. Worum es hier geht, ist die Tatsache, daß sich die Linke nicht darin von Lenin unterscheidet, daß sie vor Ungeduld Kompromisse ablehnt, sondern darin, daß sie jenen historischen Rahmen, innerhalb dessen eine Strategie der politischen Führer mitsamt Kompromissen auf der Tagesordnung steht, in Westeuropa schon längst hinter sich hat.

Lenin kennt eben keinen anderen historischen Rahmen. Er vergleicht aus diesem Grunde Dinge die unvergleichbar sind, so zum Beispiel (S.437) die Kompromisse, welche am Ende eines Streiks <u>kämpfenden</u> <u>Arbeitern</u> abgenötigt werden mit <u>Parteibündnissen</u> wie einem solchen, das die britischen Kommunisten dem Labourführer Arthur Henderson vorschlagen sollten in Form einer gewissen parlamentarischen Unterstützung (S.463).

Lenin versteht nicht, daß die strategischen Konstruktionen, die er in seiner historisch-paradiesischen Unschuld herstellt, auf die Kampfhandlungen der Arbeiterklasse und deren jeweiligen Ausgang nicht mehr zugeschnitten sind, sobald die Arbeiter die Früchte des Gartens Eden geprüft, wir meinen: sobald sie selbst den Inhalt ihrer Kämpfe und sodann auch deren Form, das heißt ihre Kampfmethoden zu bestimmen angefangen haben; sobald nicht länger die bürgerliche, sondern fortan die proletarische Revolution die gesellschaftliche Perspektive bildet.

Lenin sieht diese Perspektive nicht. Das hängt damit zusammen, daß nach seinen Vorstellungen die Revolution (schlechthin!) ein <u>politischer</u> Akt ist, welcher den <u>politischen</u> Verstand er fordert. Er hebt nachdrücklich als eine ihrer Voraussetzungen hervor, „daß die Mehrheit der Arbeiter (...) die Notwendigkeit des Umsturzes völlig begreift und bereit ist, seinetwegen in den Tod zu gehen ..." (S.453/4). Er versteht nicht, daß die Arbeiter in ihrem täglichen Kampf nicht auf die Revolution abzielen, sondern auf die Verbesserung ihrer Klassenlage, und daß es zu den

Eigentümlichkeiten der bürgerlichen Produktionsverhältnisse gehört, daß gerade jener Kampf zur Umwälzung dieser Verhältnisse führt.

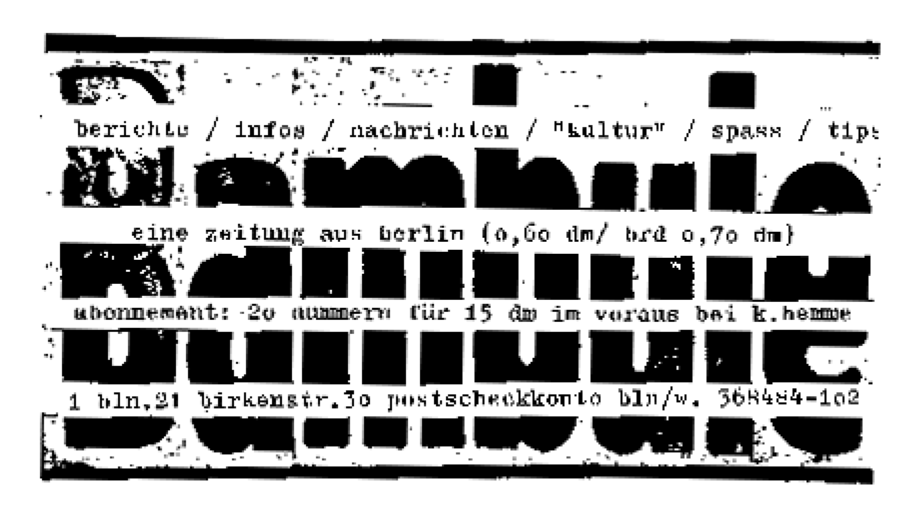
Nach Lenin ist die Revolution nicht die Folge des täglichen Arbeiterkampfes, nicht ein gesellschaftlicher Prozeß, in dessen Verlauf erst das Bewußtsein sich ändert, sondern ein Ereignis, das eine bestimmte politische Reife des Bewußtseins im Voraus verlangt. Lenin versteht nicht, daß die proletarische Revolution aus den Kämpfen hervorgehen muß, zu denen die Arbeiter auf Grund ihrer Stellung im Produktionsprozeß immer wieder gezwungen werden, welche Vorstellungen sie auch im Kopfe haben. Daraus ergibt sich, daß für Lenin die Arbeiter nicht die Subjekte der Revolution sind, die durch ihre Selbsttätigkeit die materielle Grundlage ihrer Existenz umwälzen, sondern weil ja ihre „politische Reife“ von der Partei als ihrer Erzieherin an sie herangetragen werden muß - ihre Objekte.

Lenin, der die Revolution für notwendig hält, betrachtet sie jedoch nicht als das Ergebnis einer gesellschaftlichen Tendenz, die aus der täglichen spezifischen Praxis der Arbeiter hervorgeht. Wenn er von der Notwendigkeit der Revolution spricht, so in einem moralischen, in einem idealistischen Sinne, analog dem Kantschen kategorischen Imperativ. Das imperative (politische) Gebot der Revolution muß, soll sie überhaupt möglich sein, von der Arbeiterschaft verstanden werden, aufgestellt aber wird es von der Partei, die die Führerin der Arbeiterschaft sein soll und zur erfolgreichen Führung eine Massenbaeis braucht. Zur Sicherung dieser Massenbasis dient die gesamte Leninsche, der proletarischen Revolution völlig fremde Strategie. Das ist der Zweck aller von Lenin empfohlenen Kompromisse. Das geht eindeutig hervor aus allen seinen Erläuterungen.

Außerordentlich interessant ist es, die Erläuterungen in der „Kinderkrankheit“ mit jenen Betrachtungen zu vergleichen, die Lenin am Vorabend des Oktober der Taktik der Kompromisse gewidmet hat [39]. An keiner Stelle hat er sich so klar und so überzeugend geäußert; nirgendwo geht die Richtigkeit seiner Politik für die russischen Verhältnisse zu einem sehr bestimmten Zeitpunkt deutlicher hervor und nirgendwo zeigt sich auffälliger ihre eng-russische Beschränktheit. Er ist der meisterhafte Stratege jener, in Rußland verspäteten - deshalb in umgestalteter Form sich vollziehenden - Revolution die sich im industrialisierten Teil Westeuropas längst vollzogen hatte. Wenn er andere, den seinigen entgegengesetzte Auffassungen, die sich auf andere gesellschaftliche Kämpfe als die in Rußland beziehen, als "Kinderkrankheit" bezeichnet, so deshalb, weil er sie mit Unrecht wieder mit russischen Erscheinungen der historischen Vergangenheit verwechselt, mit denen sie nichts gemein haben. Es rächt sich hier seine Verwechslung der verschiedenen Arten der sozialen Revolutionen überhaupt.

„Was für ein alter, längst bekannter Plunder“ fährt er in Bezug auf den Standpunkt der Linken los (S.412). Die Wahrheit ist, daß er nur deshalb in dieser Weise redete und reden konnte, weil ihm jener "Plunder" völlig unbekannt war und unbekannt sein mußte. Trotzdem beabsichtigte er mit seiner Kritik den Schlüssel zum weltrevolutionären Sieg zu liefern. Jedoch zeigte es sich sofort, daß dieser Schlüssel zu der Tür des proletarischen Kampfs jedenfalls nicht paßte. Daraus erklärt sich der Lärm, den damals seine Schrift hervorrief. Für Westeuropa klang Lenins Stimme wie eine Stimme aus dem Grab, dem Grab der bürgerlichen Revolutionen. Nur ein politischer Leichnam konnte von ihr verführt werden.

Amersfoort, Februar 1973



Anmerkungen:

+) Die folgende Abhandlung stimmt natürlich nicht notwendigerweise in jeder Hinsicht überein mit den Ansichten, die von den Herausgebern dieser Zeitschrift vertreten werden.

Anm. 1) N.Lenin, „Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus“. Die Arbeit wurde April 1920 geschrieben, Mai 1920 mit einem Anhang versehen. Die erste - russische - Ausgabe erschien im Juni desselben Jahres. In deutscher Übersetzung findet man sie heute im 31. Band der Lenin-Werke, herausgegeben vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED sowie in den „Ausgewählten Werken in drei Bänden“ in Band III, S.389-485. Hier wird nach der letztgenannten Ausgabe zitiert. Unterstreichungen rühren vom Verfasser dieser Arbeit her. S p e r r u n g e n sind Hervorhebungen im Originaltext.

Anm. 2) Rosa Luxemburg, „Organisationsfragen der russischen Sozialdemokratie“, „Die Neue Zeit“, Jahrgang 22, 1903/1904, Band 2, S.492. Auf russisch wurde ihr Aufsatz am 10.Juli 1904 von der "Iskra“ veröffentlicht.

Anm. 3) Mit Grund: Was wäre ihr Marxismus, wenn nicht der begriffliche Exponent der reell vor sich gehenden proletarischen Klassenkämpfe? „Herr Heinzen“, schrieb Engels am 7.Oktober 1847 in der „Deutschen-Brüsseler-Zeitung“ Nr. 80 „bildet sich ein, der Kommunismus sei eine gewisse D o k t r i n, die von einem bestimmten theoretischen Prinzip als K e r n ausgehe und daraus weitere Konsequenzen ziehe. Herr Heinzen irrt sich sehr. Der Kommunismus ist keine Doktrin, sondern eine B e w e g u n g; er geht nicht von Prinzipien, sondern von T a t s a c h e n aus. Die Kommunisten haben nicht diese oder jene Philosophie, sondern die ganze bisherige Geschichte und speziell ihre gegenwärtigen tatsächlichen Resultate in den zivilisierten Ländern zur Voraussetzung. Der Kommunismus ist hervorgegangen aus der großen Industrie und ihren Folgen, aus der Herstellung des Weltmarkts, aus der damit gegebenen ungehemmten Konkurrenz, aus den immer gewaltsameren und allgemeineren Handelskrisen, die schon jetzt zu vollständigen Weltmarktskrisen

geworden sind, aus der Erzeugung des Proletariats und der Konzentration des Kapitals, aus dem daraus folgenden Klassenkämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie. Der Kommunismus, soweit er theoretisch ist, ist der theoretische Ausdruck der Stellung des Proletariats in diesem Kampfe und die theoretische Zusammenfassung der Bedingungen der Befreiung des Proletariats." (MEW, Band 4, S.321/322) Die Wichtigkeit dieser Worte, speziell der unterstrichenen, in Bezug auf die Leninsche Schrift wird sich noch zeigen.

Anm. 4) Gorter, „Offener Brief an den Genossen Lenin", holländische Ausgabe, 1921, S.57.

Anm. 5) Das geschah im Rahmen seiner Schrift „Brauner und roter Faschismus". Sie wurde zu Ende der 30-er Jahre in der Emigration verfaßt, zum ersten Male aber 1971 veröffentlicht, als sie mit anderen Arbeiten aus seinem Nachlaß aufgenommen wurde in seine beim Rowohltverlag in Reinbek erschienenen "Schriften". Siehe dort S.49ff., insbesondere S.50/51, 56 und 62.

Anm. 6) Georg Lukács, „Lenin, Studie über den Zusammenhang seiner Gedanken", geschrieben 1924; Neuauflage: Neuwied 1969, S.9.

Anm. 7) Lenin, der vom Anfang des Ersten Weltkrieges an Karl Kautsky einen Renegaten nannte und ihn beschuldigte, daß er mit dem Marxismus gebrochen habe, „weil er davon nicht die revolutionären Kampfmittel und Kampfmethoden akzeptiert" (vgl. W.I.Lenin, „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky", Verlag für Literatur und Politik, Wien 1931, Vorwort des Verfassers, S.5), hatte keine Ahnung davon, daß Kautsky, auch wenn jene Kampfmittel eifrigst von ihm propagiert worden wären, mit dem Marxismus trotzdem auf Kriegsfuß gestanden hätte. Lenin nannte 1920 in seiner Schrift über die "Kinderkrankheit" den Kautsky des Jahres 1902 nachdrücklich einen „Marxisten", offenbar deshalb, weil er für die wirkliche Position Kautskys überhaupt kein Verständnis hatte. Der Grund dafür wird dem Leser auf den nächsten Seiten klarwerden.

Anm. 8) Rosa Luxemburg betrachtete (in einem Aufsatz, der Januar 1905 in der „Neuen Zeit" veröffentlicht wurde, heute in ihren „Gesammelten Werken", Dietz-Verlag, Ostberlin 1972, Band 1/2 S.477, vorliegt) die russische Revolution als eine Revolution „mit einem ganz besonderen Typus". Für sie war jene „so rein proletarisch wie noch keine vorher". Jedoch meinte sie mit diesem Aüsdruck nichts mehr (aber auch nichts weniger), als daß das Proletariat auf der russischen Revolutionsbühne die Hauptrolle spielen würde, wie es das, nur wenige Wochen nach der Veröffentlichung ihres Artikels, tatsächlich tat. Daß trotzdem die russische Revolution „nur nachholen würde, was die Februar- und Märzrevolution (1848) für das westliche und mittlere Europa vollbracht hatte", das war ihr besonders klar. Sie wußte, daß Rußland „vom Standpunkte der bürgerlichen Klassenentwicklung mit dem vormärzlichen Deutschland keinen Vergleich aushalten" könne und sie schätzte - wie auch Paul Frölich in seiner Luxemburg-Biographie bemerkt (dort S.117) - das wahrscheinliche Ergebnis der russischen Revolution noch weit skeptischer ein als die Menschewiki.

Von einer "Verschiebung des Revolutionszentrums" ist bei ihr keine Rede. Was ihre Darlegung von derjenigen Kautskys unterscheidet, ist eben die klare Klassenanalyse und die damit zusammenhängende scharfe Begriffsdefinition, die bei dem

„Marxisten“ Kautsky völlig fehlt. Aber ausgerechnet Kautsky wählt sich Lenin als Zeuge in seiner Schrift. Keineswegs von ungefähr!

Anm. 9) Die Broschüre „Zwei Taktiken ...“ wurde von Lenin im Sommer 1905 in Genf niedergeschrieben, unmittelbar nach Ende des III. (Londoner-) Kongresses der russischen Sozialdemokratie (Bolschewiki). Wir zitieren. Lenin nach der holländischen Ausgabe „Verzamelde Werken“ („Gesammelte Werke“), Amsterdam 1938, Band 3, S. 79. Der angeführte Passus bildet den Anfang vom 6.Kapitel.

Anm. 10) Wir zitieren Lenin indirekt aus einem Artikel von N.Insarow, der September 1926 in der linkskommunistischen deutschen Zeitschrift „Proletarier“ veröffentlicht wurde. Insarow bediente sich der russischen Ausgabe von Lenins Gesammelten Werken, erschienen im russischen Staatsverlag. Die Stelle befindet sich dort, wie er angibt, Bd. XI, 1.Teil, S.78/79.

Anm. 11) „Verzamelde Werken“, Bd.3, S.311.

Anm. 12) Lenin, „Staat und Revolution“, zit. aus: „Sämtliche Werke“, Verlag für Literatur und Politik, Wien 1931, Bd. XXI, S.499.

Anm. 13) Lenin, „Entwurf einer Resolution über die gegenwärtige Lage“, „Sämtliche Werke“, a.a.O., Bd. XXI, S.173.

Anm. 14) Lenin, „Verzamelde Werken“ (holl.), Bd.6. S.523.

Anm. 15) Lukács, a.a.O., S.21.

Anm. 16) Boris Brutzkus, „Agrarentwicklung und Agrarrevolution in Rußland“, Berlin 1926, S.147. Brutzkus war 1917 Professor der Landwirtschaftlichen Hochschule in Petrograd. Er gehörte zu den bürgerlichen Gegnern des Bolschewismus, denen es während des „Tauwetters“ der N.E.P. ermöglicht worden war, kurzfristig die nichtbolschewistische Zeitschrift „Ökonomist“ herauszubringen, bis Sinowjew 1922 einen „geistigen Kampf“ gegen sie ankündigte. Als dessen Ergebnis wurde Brutzkus zuerst verhaftet, sodann aufgefordert, das Land zu verlassen. Über seine Ideen äußerte sich die bolschewistische Presse in abgeschmacktester Weise, was die Bolschewisten nicht daran hinderte, sie gelegentlich eifrig zu plündern. Selbstverständlich sind wir nicht mit Brutzkus einverstanden. Nichtsdestoweniger betrachten wir seine Werke als interessant. An verschiedenen Stellen enthalten sie treffende Bemerkungen. Seine Schilderung der russischen Agrarentwicklung ist besonders aufschlußreich.

Anm. 17) Georg Lukács hat den hier nur sehr schematisch angedeuteten geschichtlichen Vorgang beschrieben am Beispiel der Entwicklung der philosophischen und sozialen Ansichten von Moses Hess und den „wahren Sozialisten“. Vgl. Georg Lukács, „Moses Hess und die Probleme der idealistischen Dialektik“, Leipzig 1926, S.9/10. Praktisch jedes Wort seiner Darlegung trifft auf das Schicksal des dialektischen Materialismus in Rußland zu. Das aber ist eine Konsequenz, die Lukács nicht gezogen hat.

Anm. 18) Vgl. Rosa Luxemburg, "Sozialreform oder Revolution", Gesammelte Werke, Dietz-Verlag, Ostberlin 1972, Bd. 1/1, S.389.

Anm. 19) Lenin behauptet (S.421), daß „g e w i s s e 'reaktionäre Züge' der Gewerkschaften unter der Diktatur des Proletariats u n v e r m e i d l i c h“ wären. Das geht daraus hervor, daß in dem gerade hochkommenden Staatskapitalismus, welcher einer Diktatur bedarf, der Verkauf der Ware Arbeitskraft natürlich fortbesteht, die Gewerkschaften also ihre wesentliche Funktion ausüben werden. Weil es sich um Staatskapitalismus handelt, handelt es sich auch um staatliche Gewerkschaften. Der Form nach verschieden, ist ihr Inhalt derselbe wie im Westen, mögen sich sowohl die Bolschewiki als die westlichen Gewerkschaftsführer darüber auch andere, ganz ideologische Gedanken machen.

Anm. 20) Otto Rühle, "Schriften", a.a.O., S.53.

Anm. 21) N.K. Krupskaja, „Erinnerungen an Lenin“, Ring-Verlag, Zürich, 1933, Bd. II, S.29/30

Anm. 22) „Neue Züricher Zeitung“ vom 24.Januar 1954, Blatt 7, Artikel: "Lenin in der Schweiz".

Anm. 23) Otto Rühle, "Schriften“, a.a.O., S.59.

Anm. 24) W.I.Lenin, „Thesen über die Konstituante“, Verzamelde Werken (holl.), a.a.O., Bd.6, S.469 ff.

Anm. 25) W.I.Lenin, „Die Wahlen für die Konstituante und die Diktatur des Proletariats“, „Verzamelde Werken“ (holl.) a.a.O., Bd.6, S.485. Unser Hinweis bezieht sich insbesondere auf den VI. Abschnitt des Artikels.

Anm. 26) W.I.Lenin, „Über Kompromisse“, Sämtliche Werke, Bd.XXI, S.164.

Man vergleiche dazu seinen Ausspruch: „... wir kämpfen für die Eroberung der politischen Macht durch unsere Partei. Diese Macht wäre die Diktatur des Proletariats und der ärmsten Bauernschaft“ („Zur Revision des Parteiprogramme“, Sämtl. Werke, Bd.XXI, S.397). Oder seinen Ausspruch auf dem XI. Parteitag der Bolschewiki: „... der Staat, das sind die Arbeiter, ihr fortgeschrittenster Teil, die Avantgarde, das sind w i r“ (d.h. die Bolschewiki!)

Anm. 27) Die Diktatur der Klasse die in dieser Frage in klarer Weise der Parteidiktatur gegenübergestellt wird, ist natürlich die berühmte Diktatur des Proletariats. Der Begriff scheint geeignet, Mißverständnisse hervorzurufen. Aus diesem Grunde zieht der Verfasser dieser Zeilen es vor, sich dieses Begriffs nicht zu bedienen. Nach seiner Meinung ist die Anwendung des Begriffes durch Marx und Engels aus historischen Gründen zwar verständlich, aber nichtsdestoweniger wären da, gerade vom Marxistischen Standpunkt aus, manche Bedenken zu erheben. Diese sollen hier nicht erörtert werden. Wohl aber muß hier festgestellt werden, daß der Leninsche Begriff der Diktatur des Proletariats mit dem von Marx und Engels nichts zu tun hat.

Bei Lenin ist die Diktatur des Proletariats eine besondere Repressionsgewalt des Proletariats, die an die Stelle der Repressionsgewalt der Bourgeoisie getreten ist. In der Marxschen Auffassung wird in der proletarischen Revolution die bürgerliche Repressionsgewalt, d.h. der Staat, zerschlagen! Dieser stirbt sodann ab, weil es

unter den neuen gesellschaftlichen Verhältnissen keiner Repression mehr bedarf. „Wird es“, schreibt Marx gegen Proudhon, „nach dem Sturz der alten Gesellschaft eine neue Klassenherrschaft geben, die in einer neuen politischen Gewalt gipfelt? Nein." (MEW" Bd.4, S. 181).

Jedoch tritt bei Lenin der "proletarische Staat" an die Stelle des bürgerlichen Staates. Bei ihm (Lenin) stirbt nicht der bürgerliche, sondern der "proletarische Staat" ab. Die Marxsche Auffassung vom Absterben des bürgerlichen Staates, (der doch schon zerschlagen ist) bildet für Lenin das große Hindernis. Das zeigt sich unter anderem auch dort, wo er (in „Staat und Revolution“) über „die Beibehaltung des engen bürgerlichen Rechtshorizonts während der ersten Phase des Kommunismus“ spricht (Sämtliche Werke XXI, S.554). Somit wird nach Lenin das Recht vom Staate bedingt, anstatt daß er Recht und Staat beide aus der Gesellschaft heraus erklärt. Er achtet nicht darauf, daß die juristischen Beziehungen sich langsamer ändern als die sozialen Beziehungen, deren Ausdruck sie bilden.

Das alles hat eine merkwürdige Konsequenz: Lenin, der verneint, es könne sich um das Absterben des bürgerlichen Staates handeln, schlußfolgert nichtsdestoweniger: „Unter dem Kommunismus bleibt nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit bestehen, sondern sogar der bürgerliche Staat - ohne Bourgeoisie“. In Rußland war das tatsächlich die wirkliche Lage, die aber am allerwenigsten mit Kommunismus bezeichnet werden konnte. Da haben wir es abermals mit den theoretischen Früchten jener „Versöhnung“ zu tun, von der schon die Rede war!

Anm. 28) Karl Marx, „Kritische Randglossen zu dem Artikel 'Der König von Preußen und die Sozialreform'“, MEW 1, S.406 und 407. Auf die Bedeutung des Marxschen Aufsatzes in Bezug auf die Leninschen Organisationsauffassungen wurde 1935 von Paul Mattick hingewiesen. Vgl. Paul Mattick, „Die Gegensätze zwischen Luxemburg und Lenin“, „Rätekorrespondenz“, Heft 12. Nachdruck im Sammelbändchen „Partei und Revolution“,

Kramer Verlag, Berlin o.J.

Anm. 29) W.I.Lenin, „Sämtliche Werke“, Bd. VII, S.122.

Anm. 30) N.Lenin, „Der Zusammenbruch der II. Internationale“ , geschrieben 1915; Erstveröffentlichung in der Zeitschrift "Der Kommunist", die (nur einmal) 1916 in der Schweiz erschien. Nachdruck im Sammelwerk: N.Lenin und G.Sinowjew, „Gegen den Strom“, im Verlag der Kommunistischen Internationale, Carl Hoym Nachf., Hamburg 1921. Dort siehe S.165.

Anm. 31) Vgl. dazu den Brief von Engels an Marx vom 26.September 1851, MEW Bd.27, S.353. Wörtlich so wie Engels sich dort geäußert hat, hat er sich kurze Zeit danach geäußert in einer unvollendet gebliebenen Broschüre "Die Möglichkeiten und Voraussetzungen eines Krieges der Heiligen Allianz gegen Frankreich im Jahre 1852“. Die Broschüre wurde 1914 von N. Rjasanow in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht (33.Jahrgang, I. Bd., S. 265 u. 297). Exzerpte daraus wurden 1931 mitaufgenommen in ein Bändchen der Reihe „Elementarbücher des Kommunismus“ (Bd.15) mit dem Titel „Militärpolitische Schriften“ (Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin, S.27ff.).

Liest man dort die Auszüge aus der Engelsschen Arbeit, so wirken die Anstrengungen des bolschewistischen Herausgebers K.Schmidt, die klar hervortretenden Differenzen der Engelsschen und der Leninschen Auffassungen zu vertuschen, geradezu komisch. Wo Engels von der gänzlichen Auflösung der Disziplin redet, da fügt Schmidt in Klammern das Wörtchen "alten" hinzu, um für die "neue" Disziplin, wie sie von den Bolschewisten z.B. nach dem Oktober wieder in der Roten Armee eingeführt wurde, eine Ausnahme zu kreieren. Nachdem der Marxismus mit den russischen Verhältnissen „versöhnt“ war, sollte also von diesem „angepaßten“ Marxismus aus die Auffassung von Engels (bzw. Marx) "korrigiert" werden! Ein erbauliches Schauspiel! Übrigens sucht man die Engelssche Broschüre vergeblich in den MEW im Dietz-Verlag.

Anm. 32) Boulangismus - so genannt nach dem reaktionären französischen General Boulanger, der, als seine politischen Hoffnungen fehlschlugen, im Jahre 1891 Selbstmord beging.

Anm. 33) Vgl. „Das kommunistische Manifest“, MEW Bd.4, S.492 u. 474.

Anm. 34) Man sehe dazu: Anton Pannekoek, „Lenin als Philosoph“, Erstauflage Amsterdam 1938; Neuauflage Frankfurt 1969.

Anm. 35) Arthur Rosenberg, "Geschichte des Bolschewismus", Berlin 1932, S.26 u. 31. Rosenberg selbst ist an der Stelle wo er diese Behauptung aufstellt, gleich schon wieder gezwungen, sie beträchtlich einzuschränken. „Die mechanische Übertragung des Urmarxismus nach Rußland“, schreibt er, „war doch nicht ohne weiteres möglich.“ Also!

Anm. 36) Vgl. Lenin, „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“, AW, Verlag für Literatur und Politik, Wien 1932, S.436.

Anm. 37) F.Engels, „Programm der blanquistischen Kommuneflüchtlinge“ MEW Bd. 18, S. 533.

Anm. 38) Die wichtigste wäre wohl jene, wo Engels den Atheismus als Kampfansage an die Religion verspottet (MEW9 a.a.0.S.532). Lenin, der ja im absolutistischen Rußland den Kampf gegen die Kirche als herrschende Macht zu führen hatte, hielt dagegen den Atheismus und den Kampf gegen die Religion immer für höchst wichtig und für einen Bestandteil des Marxismus, so wie er ihn auffaßte.

Anm. 39) W.I.Lenin, "Über Kompromisse", Sämtliche Werke Bd. XXI, S.163 ff.

SOLIDARITÄT UND PARTEIINTERESSE

ÜBERLEGUNGEN EINIGER GENOSSEN ZUR BONNER VIETNAM - DEMONSTRATION

Angesichts des Bombenterrors der USA auf vietnamesische Wohngebiete, Krankenhäuser, Fabriken und Schulen in den vergangenen Wochen kam es in der ganzen Welt zu einer breiten Solidaritätsbewegung für das kämpfende vietnamesische Volk. Was die Solidaritätsbewegung in der BRD und Westberlin in makabrer Weise jedoch auszeichnete, war nicht eine massenhafte Solidaritätsbewegung, sondern eine Funktionalisierung der Vietnamsolidarität für die Ziele verschiedener Organisationen.

Der Beginn der Vietnamkampagne in Westberlin unterschied sich positiv von bisherigen Kampagnen, die ihren Protest ausschließlich in eingespielten, mechanisch ablaufenden Demonstrationsprozessionen und Flugblattfluten zum Ausdruck bringen konnten. Es wurden Protestformen gefunden, die sich zum einen durch die Variabilität der Mittel von Aufklärung und Agitation auszeichneten (picket-line, Aktion in der Gedächtniskirche), wodurch es möglich wurde, den Rahmen von Demos und Flugblättern zu durchbrechen, und die zum anderen durch Phantasie und Spontaneität gekennzeichnet waren (Straßenumbenennungsaktion so wurde z.B. aus der Großgörschenstraße der Ho-chi-minh-Pfad), die in den letzten Jahren innerhalb der Linken verlorengegangen waren.

- Bei der picket-line (Demonstranten, die hintereinander mit Protestschildern auf dem Bürgersteig gehen) wurden mindestens fünf Genossen, die Protestschilder mit sich führten, auf denen u.a. stand: „Nixon ist ein Völkermörder“ und „Westberliner Polizisten schützen Kulturhaus einer Mörderbande“, vorübergehend verhaftet aufgrund der Anordnung 501 des amerikanischen Stadtkommandanten, der praktisch jede Kritik an den Besatzungsmächten verbietet.

- In der Sylvesternacht unternahmen einige Genossen den Versuch, während des Mitternachtsgottesdienstes in der Gedächtniskirche den Völkermord der US-Streitkräfte in Vietnam anzuklagen. In einer Presseerklärung teilte die Evangelische Studentengemeinde/ Westberlin mit: „In einer kurzen Ansprache sollte die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk bekundet und in einer Spendensammlung ein Beitrag zu den notwendigsten Hilfsmaßnahmen für das von US- amerikanischen Bomben zerstörte Hanoi geleistet werden. Es war geplant, Liturgie und Ablauf des Gottesdienstes sonst nicht zu stören.“ Als die Genossen versuchten, ihr Anliegen vorzubringen, kam es zu einer lautstarken Auseinandersetzung. Während der folgenden Konfrontation wurde der Kirchenraum von brutal schlagenden Polizisten geräumt, die sich im Keller der Gedächtniskirche versteckt gehalten hatten, wobei nach Angaben der Evangelischen Studentengemeinde mehrere Personen verletzt wurden.

Zur Jahreswende hatten das Neue Rote Forum/Heidelberg und ihm nahestehende Gruppen die Initiative zu einer Aktionseinheit ergriffen und zu einem Sternmarsch am 14.1. nach Bonn mit anschließender Massendemonstration gegen den Krieg der Amerikaner in Vietnam aufgerufen. In dieser Aktionseinheit sollte die Freiheit der Agitation für die verschiedenen Gruppen gewährleistet sein, jedoch keine Angriffe

gegen beteiligte Organisationen, die VR China und die UdSSR einschließen. So entsprach es den Intentionen der Demokratischen Republik Vietnam und der Genossen der Provisorischen Revolutionsregierung, denen es darauf ankam, daß die Unterstützung des vietnamesischen Kampfes massenhaft und nicht isoliert erfolge, um eine weltweite, möglichst breite Isolierung des US-Imperialismus zu erreichen.

Das Westberliner Vietnamkomitee entschloß sich, den Aufruf zu unterstützen, gleichzeitig aber daraufhinzuarbeiten, daß die westdeutsche "Initiative Internationale Vietnamsolidarität“ (IIVS) und die Zentrale der Evangelischen Studentengemeinde durch ihre Mitwirkung an der Vorbereitung dazu beitrügen, den massenhaften und einheitlichen Charakter der Demonstration zu gewährleisten. Jedoch bei einem ersten Treffen von Vertretern der Organisationen, die den Aufruf initiiert hatten, und dem Exekutivausschuß der IIVS (DKP und ihr nahestehende Gruppen sowie Jusos und Judos), lehnte dieser eine Teilnahme an der nationalen Demonstration am 14.1. in Bonn ohne vorherige Verhandlungen ab und war auch dann nicht zu weiteren Verhandlungen bereit.

Daß Parteiinteressen vor die Solidarität gestellt wurden, zeigte sich weiter durch die Sabotage der DDR- Reichsbahn, die auf Intervention von DKP- bzw. SEW-Vertretern und des Berliner "Extra-Dienstes“ dem Berliner Vietnamkomitee und der Liga gegen den Imperialismus den Sonderzug nach Bonn verweigerte.

Einen weiteren Versuch, ihr "eigenes Süppchen zu kochen", unternahm einmal mehr die Gruppe „KPD“, die den Bedingungen des Aufrufs, den Hauptschlag gegen den US- Agressor und seine direkten Verbündeten zu richten, nicht zustimmen wollte (also auf ihre Kampfparolen gegen den sowjetischen „Sozialimperialismus“ nicht verzichtete) und so auch den Aufruf nicht unterzeichnete, zwar dann in einem abgesetzten Demo- Block am 14.1. mitmarschierte, aber ihre eigene Kundgebung abhielt.

+ + +

Über 30 000 Genossen hatten sich vor Beginn der Demonstration auf dem Gelände um die Bonner Uni- Wiese versammelt. Es dauerte über eine Stunde, bis das Ordnungsbedürfnis der Organisatoren befriedigt war und die Blöcke sich diszipliniert und brav rund um die große Uni-Wiese formiert hatten. Allein das Bedürfnis einiger Genossen, die Gelegenheit wahrzunehmen, um mit Genossen aus anderen Städten zu kommunizieren, das sich darin äußerte, daß die Gruppen, die des Wartens in isolierten Blöcken müde waren, über die Wiese rannten, um sich mit ihren Freunden aus den anderen Teilen Westdeutschlands zu treffen, wurde meistenteils mit Verständnislosigkeit und Kopfschütteln quittiert. Mit der entsprechenden Stimmung konnte dann auch die Prozession beginnen. Trotz der feuchten Witterung blieb die Stimmung trocken. Auf dem Weg bis zum Kundgebungsplatz traf man kaum auf Bonner Einwohner. Erster Höhepunkt der Kundgebung war die Verbrennung einer Nixon-Puppe, die von Frankfurter Genossen organisiert war. Nachdem sich nun fast alle Teilnehmer der Demo wiederum in Blöcken auf dem Platz versammelt hatten, lockerte ein Berliner Genosse das Herunterleiern unzähliger Parolen per Lautsprecherwagen dadurch auf, daß er die Rathaustreppe erstürmte und die Versammelten zu Sprechehören anfeuerte. Drei Bullen versuchten ihn von der Treppe zu zerren, worauf mehrere Genossen ihm zuhilfe eilten. Abgesehen davon, wie man eine solche Aktion einschätzt, war dies ein Akt praktischer, spontaner

Solidarität, was bis dahin auch vom größten Teil der Versammelten so begriffen wurde. Ein bezeichnendes Licht auf die Struktur vieler Organisationen warf die Reaktion auf die „offizielle“ Durchsage, hier handle es sich um „Störer“, „Provokateure“ und „Anarchisten“. Nach dieser Einschätzung von oben, und während auf der Rathaustreppe inzwischen eine Hunertschaft Bullen prügelte, ließ sich eine große Menge derartig Organisierter dazu hinreißen, „Scheiße“ und „Anarchisten runter“ zu brüllen. Die „Linientreue“ einiger NRFler ging sogar so weit, selbst mit Hand anzulegen und Genossen zu verprügeln! Später gab man, wohl unter dem Blickwinkel der Aktionseinheit, die Parole aus: "Laßt euch nicht von den Bullen provozieren!"

Der Appell „Wir lassen uns unsere Solidarität mit dem kämpfenden vietnamesischen Volk nicht von einigen anarchistischen Störern kaputtmachen und wollen die Kundgebung geordnet zuende führen“, versuchte die Ruhe wiederherzustellen. Nach langem Hin und Her folgte die Rede eines ML- Betriebsrates aus Freiburg, die 45 Minuten dauerte. Anschließend sprach als Vertreter des Westberliner Vietnamkomitees Rudi Dutschke unter erschwerten Bedingungen. Schon bei Verhandlungen des Organisationskomitees war hauptsächlich vom NRF/Heidelberg versucht worden, den Redebeitrag, der im Gegensatz zu Vorangegangenem auch auf den in der BRD zu führenden antiimperialistischen Kampf einging, zu unterdrücken und außerdem die Person Rudi Dutschkes zu diffamieren, mit dem Argument, der Charakter der Demonstration würde durch ihn in der bürgerlichen Presse zu einer Studentendemo "verkommen". Obwohl das Bonner Organisationskomitee nach fünfstündigen Verhandlungen die Person Rudi Dutschkes und die von ihm zu vertretende Position akzeptiert hatte, wurde Rudi Dutschke durch formale Einschränkungen (Redezeit, Ablesezwang) permanent gestört, so daß er seine nur sechs Minuten dauernde Rede verkürzen mußte.

Soviel zur Entstehung und zum Ablauf der „bisher größten Demonstration gegen den Vietnamkrieg in der Bundesrepublik“ (dpa).

Kann uns diese gegenwärtige Wirklichkeit des "antiimperialistischen Kampfes" in der Linken frohlocken lassen? War Bonn tatsächlich der Ausdruck eines gemeinsamen Kampfes aller Beteiligten? Eine Ebene, von der aus an die Dialektik von Aufklärung und Aktion der antiimperialistischen Phase der zweiten Hälfte der 60er Jahre angeknüpft werden kann?

Wir reden von Dialektik und sehen, dass diese Dialektik zerbrochen ist, ihre Bestandteile: Aufklärung und Aktion, im Begriffszusammenhang der meisten linken Gruppen entweder liquidiert oder aber der totalen Willkür ausgesetzt werden. In dem Maße, in dem dies geschieht, nimmt die politische Arbeit - gemäß der Arbeitsteilung im Kapitalismus - wieder die bürgerlichen Formen an, die durch das Pathos der antiautoritären , antikapitalistischen und antiimperialistischen Revolte infrage gestellt worden waren. Die Prozession von Bonn hatte keine Ahnung mehr davon, daß wir, ob die Klassenkämpfe im eigenen Land nun „entfaltet“ sind oder nicht, Teil einer internationalen Bewegung zu sein hätten, die es hier mit dem gleichen Feind zu tun hat, der in Vietnam das Morden und die Zerschlagung der Emanzipation der unterdrückten Völker durch einen gigantischen Apparat organisiert hat.

Es ist eine Paradoxie, will man einerseits mit dem Hinweis auf Vietnam die „entpolitisierten Massen“ zur politischen Bewußtwerdung veranlassen und

gleichzeitig - während des totalen Infernos über Vietnam - eine Demonstration durchziehen, die an politischer Brisanz und Radikalität hinter die Ostermärsche zurückfällt.

Der Hintergrund dieses Dilemmas sind das Ruhe- und Ordnungsbedürfnis derer, die zu keiner praktischen Konfrontation im eigenen Land mehr fähig sind und die solche, die es noch sind, zu „Provokateuren und Anarchisten" abstempeln. In den Machtkämpfen um die Realisierung der jeweiligen Führungsansprüche der einzelnen Zirkel kommt die Paradoxie der "kommunistischen Bewegung" zum Ausdruck, nachdem man spätestens in den gescheiterten Interventionen der RAF, in ihren praktischen Angriffen auf die hiesigen Bastionen des US-Imperialismus, das zerstörerische Moment einer Arbeitsteiligkeit hätte erkennen müssen, die die einen zu „Leninisten mit Knarre", die anderen zu Schreibtischtätern werden läßt, denen es peinlicher ist, „bei einem falschen Marx-Zitat ertappt zu werden, als bei einer Lüge, wenn von ihrer Praxis die Rede ist." (RAF-Papier Nr.1)

Die Kontinuität eines antiimperialistischen Kampfes, die der praktischen Aktion, der organisierten Verbindlichkeit, der Analyse und qualitativ anderer Verkehrsformen innerhalb der Linken ansatzweise als Einheit bedarf, ist verlorengegangen. Von der tatsächlichen <u>Organisierungsunmöglichkeit,</u> die in den nach bürgerlichen Muster organisierenden Parteizirkeln zu sich selbst kommt, zur Denunziation Rudi Dutschkes, eines der Protagonisten des antiimperialistischen Lagers in der BRD als „ausgesprochenem Parteifeind und Gegner des Marxismus-Leninismus" („KPD"), ist es kein weiter Weg.

Ein weiter Weg ist es allerdings, den Konkurrenzkampf und Methodenstreit der Parteigründer zu überwinden, mit denen der Kampf um die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Aufhebung des Privateigentums deshalb nicht gewonnen werden kann, weil nicht <u>gleichzeitig</u> der Kampf um die Aufhebung der Aibeitsteilung i n n e r h a l b ihrer eigenen politischen Organisierung und Arbeit und im Verhältnis zur übrigen Linken geführt wird, der jetzt und hier zu beginnen hat. Die einen bauen also Parteien auf, die von vornherein als revolutionäre Kraft zum Scheitern verurteilt sind, die anderen verheizen sich als Profis und Fachleute im ausschließlich illegalen Kampf gegen US-Imperialismus und kapitalistischen Staat. In Bonn oder bei ähnlichen m a s s e n h a f t e n Manifestationen ist der Bulle, der unsere Solidarität verhindern will, von uns allen zu bekämpfen.

Nur in der Konkretion des Kampfes aller ist das Bewußtsein und die Kraft gegen den Imperialismus - auch gegen den inneren - auszubilden und wiederzugewinnen; nur indem wir unsere eigene Schwäche zur Stärke machen, indem wir Aufklärung und Aktion, Legalität und Illegalität (der Kommunismus ist aus der Sicht der Bourgeoisie immer ein Verbrechen) als eine Einheit verstehen und einsetzen, wird es zum „Sieg im Volkskrieg - Klassenkampf im eigenen Land" kommen.

Ende Januar 1973

Kollektiv HELWI HELSUWI

Der Übergang zum Überfluss

DIE IDEOLOGISCHE FUNKTION DES BEGRIFFSPAARES "ÜBERFLUSS UND MANGEL" BEI ERNEST MANDEL

Inhaltsübersicht

Vorbemerkung:

In Heft 3 der SCHWARZEN PROTOKOLLE haben wir mit dem Artikel „Der proletarische Gesellschaftsvertrag“ eine Analyse des Bürokratiebegriffs Mandels unternommen. Es folgt hier eine Kritik "ökonomischer" Kategorien. Beide Aufsätze beziehen sich auf Mandels theoretische Ausführungen über die sogenannte Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus.

Wir zitieren aus folgenden Schriften Mandels:

„Über die Bürokratie“, ISP-Verlag, ohne Jahresangabe, die Aufsätze entstanden 1965 - 68 (abgekürzt: Bürokratie)
„Marxistische Wirtschaftstheorie“, Suhrkamp-Verlag 1970, franz. Ausgabe 1962 (abgekürzt: Wi.)
„Politische Ökonomie der Übergangsperiode“ u. a. Aufsätze in: „Zur Theorie der Übergangsgesellschaft“, Permanente Revolution materialien Nr. 1, 1972, Berlin (abgekürzt: Übergangsperiode)

Unterstreichungen in Zitaten bezeichnen Hervorhebungen von uns. G e s p e r r t gedrucktes ist vom Autor selbst hervorgehoben.

1. GESELLSCHAFT IM AUSNAHMEZUSTAND

Die Geschichte des Übergangs begann mit der russischen Oktoberrevolution. Mandel möchte den Ausnahmecharakter der von ihm betrachteten „Übergangsgesellschaft“ hervorheben, indem er sie unter „besonderen Umständen“ entstehen läßt.

„Aus wohlbekannten Gründen begann der Sturz des Kapitalismus in Ländern mit relativ rückständiger Industrie und relativ rückständiger kapitalistischer Entwicklung, während Marx voraussagte, daß der Übergang zum Sozialismus aus der am weitest entfalteten kapitalistischen Entwicklung resultieren würde, ... Unter diesen besonderen Umständen hat das Entstehen einer neuen Gesellschaft einen Konflikt durch einen anderen ersetzt.“ (Übergangsperiode, S. 3)

Die Marx'sche Voraussage wird von Mandel zur Kennzeichnung einer „allgemeinen Übergangsgesellschaft“. Obwohl er real nicht existiert, ist der Übergang vom hochentwickelten Kapitalismus der allgemeine. [1] Der Übergang vom unterentwickelten Kapitalismus ist nur Ausnahme vom allgemeinen Fall, aber er existiert real. Wenn nun das Allgemeine der Übergangsgesellschaft nicht deshalb allgemein ist, weil es den wirklichen Übergangsgesellschaften gemein ist, so ist die diesen Übergängen von Mandel aus dem nicht existierenden allgemeinen Fall zugeschriebene sozialistische Zielrichtung bloße Spekulation. Mandel bestimmt die Qualität der realen „Übergangsgesellschaft“ aus der Bewegungsrichtung der idealen allgemeinen. Die künftige Gesellschaft, sagt er (mit Marx), könne „nur das konkrete Ergebnis der Bedingungen sein ..., unter denen sie entstehen (wird)“ (a.a.O., S. 3). Für die wirkliche und besondere Übergangsgesellschaft (z.B. Rußland) ist eine solche Bedingung u. a. die „rückständige Industrie“. Doch diese und andere Bedingungen, die die wirkliche von der "allgemeinen" und noch unverwirklichten „Übergangsgesellschaft“ unterscheiden, lassen Mandel nicht zweifeln an dem grundlegenden Inhalt dieser "neuen Gesellschaft", den sie mit der "allgemeinen" gemeinsam haben soll. Das qualitativ Neue der Gesellschaft ist von Mandel immer schon vorausgesetzt. Die Eigenschaft jeder widersprüchlichen Gesellschaft, unterwegs zu sein zu einer anderen, wird zum wesentlichen Merkmal einer besonderen. Und diese Gesellschaft ist dann nichts anderes als im Übergang. Die Frage, was diese Gesellschaft als sie selbst ist, wird verdeckt mit der Antwort auf die, was sie einmal sein soll. Das wesentlich Neue an dieser Gesellschaft wird formal im Namen Übergangsgesellschaft gesetzt. Vom Standpunkt dieses apriori Neuen können dann Kompromisse mit dem alten geschlossen werden. Mandel konstatiert z.B. „bürgerliche Distributionsverhältnisse“:

„(Es besteht) ein grundsätzlicher Gegensatz ... zwischen der Produktionsweise, die offenbar nicht mehr kapitalistisch ist, und der Verteilungsform, die bürgerlich bleibt.“ (Bürokratie, S. 35)

Diese Verhältnisse geben jedoch für Mandel kein wesentliches Charakteristikum der Übergangsgesellschaft ab, als solches dient ihm allein das hineingenommene spekulativ ideale Ziel der Bewegung. Inhalt dieser Gesellschaft ist nur „Übergang“, die reine, die abstrakte Bewegung; damit ist die Frage verschleiert, was sich bewegt, was "übergeht".

2. DER ENTSCHEIDENDE MANGEL

Auf die gesicherte Erkenntnis, daß die zu untersuchende Gesellschaft den Kapitalismus auf jeden Fall hinter sich hat, läßt sich bauen. Es fällt Mandel nicht weiter schwer, die kapitalistischen Schönheitsfehler dieser Gesellschaft einzugestehen, da er diesen mit Hilfe der „allgemeinen Übergangsgesellschaft“ von vornherein die Dimension wesentlicher Charakteristika genommen hat. Es ist nicht qualitativ die Organisation der gesellschaftlichen Produktivkräfte, die ihm zum Problem wird. Dieses betrachtet er als perspektivisch gelöst; - daß es sich hier um eine Produktionsweise handelt, die "offenbar nicht mehr kapitalistisch ist", setzt er voraus. Seine positive Lösung erfolgt durch die quantitative Weiterentwicklung der Produktivkräfte.

„Es ist vollkommen richtig, wenn man sagt, daß die Basis aller Probleme einer Übergangsgesellschaft l e t z t e n d l i c h die ungenügende Entwicklung der Produktivkräfte darstellt.“ (Übergangsperiode, S. 75)

Der Punkt, an dem die Entwicklung der Produktivkräfte auch den letzten Mangel in der „nichtkapitalistischen Produktionsweise“ beseitigt hat, ist der, an dem „Überfluß an Produkten und Dienstleistungen“ (Wi., S. 688) erreicht ist.

„In einer (nach vollzogenem Übergang erreichten, d. V.) sozialistischen Gesellschaft sind (die menschlichen Arbeitsprodukte) keine Waren, sondern Gebrauchswerte ... Eine solche Gesellschaft kennt keinen 'Lohn', ...“ [2] (Wi., S. 598)

Bis dahin aber existieren noch Warenproduktion, Lohn, Geld und Preise, alles Kategorien, deren Vorhandensein Zeichen eines noch nicht vollendeten Sozialismus sind.

„Die Existenz der 'ökonomischen Kategorien' in der UdSSR zeigt also klar, daß in diesem Land noch keine sozialistische Gesellschaft besteht.“ (Wi., S. 598)

Aber nicht nur in der SU, sondern in sämtlichen möglichen „Übergangsgesellschaften“ werden diese „Ökonomischen Kategorien“ nach Mandel notwendig herrschen. Zugleich werden diese Gesellschaften die Herrschaft von Ausbeuterklassen überwunden haben. [3] In der nachkapitalistischen Übergangsgesellschaft werden Produkte gegen die zu ihrer Herstellung notwendige „Arbeit“ getauscht.

„Während dieser ganzen Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus wird die Verteilung durch den Au s t au s c h menschlicher Arbeit gegen die durch diese Arbeit erzeugten Güter geregelt. Austausch aber bedeutet Warenproduktion.“

„Die Warenproduktion kann nicht künstlich 'abgeschafft' werden. Sie kann nur schrittweise absterben, in dem Maße, wie die Wirtschaft in der Lage ist, die fundamentalen Bedürfnisse eines jeden Menschen zu befriedigen, und die Verteilung daher nicht mehr auf dem Austausch, auf einer exakt bemessenen Gegenleistung beruhen muß. [4] Solange die Produktion nicht diese Grundbedürfnisse des Menschen befriedigt, bleibt die Verteilung relativ knapper Konsumgüter, eine Verteilung, die

nach objektiven Gesichtspunkten erfolgen muß, das Kernproblem der Wirtschaft." (Wi., S. 598/599)

Der „A u s t a u s c h" menschlicher Arbeit gegen die durch diese Arbeit erzeugten Güter setzt voraus, daß entweder die Produzenten zwar Aneigner ihrer Produkte sind, aber nicht gesellschaftlich produzieren, oder zwar gesellschaftlich produzieren, aber sich ihre Produkte nicht aneignen. Unter den Bedingungen einer entwickelten Industrie bedeutet der Austausch eine Trennung von gesellschaftlich Produzierenden und privaten bzw. staatlichen Aneignern. Die Frage, die Mandel zu klären hätte, bevor er die Verteilung durch den quasi neutralen Austausch geregelt sein läßt, wäre: wer eignet sich die Produkte an, die er dann gegen „menschliche Arbeit" tauscht? Mandels Konstatierung der Notwendigkeit von Warenproduktion für die angeblich ausbeutungsfreie Übergangsgesellschaft impliziert schon die gesellschaftliche "Arbeitsteilung" von Produzent und Aneigner, von Ausgebeutetem und Ausbeuter. Der Aneigner des gesellschaftlichen Produkts gibt dem Produzenten nur einen Teil dieses Produkts als Lohn zurück und behält und verplant den anderen Teil. Wenn es dem Produzenten au Waren, damit auch an Gebrauchswerten, mangelt, so deshalb, weil er nur über einen Teil seines Produkts in Form von Lohn verfügt. Mandel spricht von einer Gesellschaft, in der Produzent und Aneigner getrennt sind, in der es Lohn gibt, in der also die Produzenten nur einen Teil ihres Produkts erhalten. Gleichwohl sind in seiner Darstellung diesen Produzenten die Gebrauchswerte nicht knapp, weil sie Lohn erhalten, sondern sie bekommen Lohn, weil Gebrauchswerte knapp sind; d. h. weil der Stand der gesellschaftlichen Produktion niedrig ist, sollen die Produzenten nicht über ihr Gesamtprodukt verfügen können. Ein absoluter Mangel an Gebrauchswerten, der nicht der gesellschaftlichen Organisation der Produktivkräfte anzulasten wäre, wird vorgeschoben, um den relativen Mangel, der aus eben dieser besonderen Organisation, der Lohnarbeit, hervorgeht, zu rechtfertigen. Der absolute "Mangel", d. h. die Notwendigkeit zu produzieren als Voraussetzung menschlicher Existenz gilt als Mangel nur dem Apologeten mangelhafter Produktionsverhältnisse.

„Das heißt: der Tauschwert lebt fort, solange Gebrauchswerte knapp sind." (Wi., S. 599)

Umgekehrt. Solange es Tauschwerte gibt, sind Gebrauchswerte knapp. Der Mangel an Gebrauchswerten ist bedingt durch die gesellschaftliche Organisation der Produktivkräfte, nicht bloß durch deren mehr oder minder hohen Stand der Entwicklung.

Die Knappheit an Gebrauchswerten ist relativ, zu beziehen auf das Mittel, das die Verfügung über Gebrauchswerte für den Produzenten sichert, den Lohn als Tauschwert der Arbeitskraft. Für den gesellschaftlichen Produzenten wird der Mangel an Produkten hervorgerufen durch das gesellschaftliche Verhältnis, das ihn von der Aneignung seines Produkts trennt.

Andererseits gelten dem Produzenten alle Reichtümer, die sich auf der Seite des von ihm getrennten Aneigners anhäufen, als Überfluß. Der relative Mangel an Gebrauchswerten resultiert also aus einem Mangel an Sozialismus.

3. SOZIALISMUS HEUTE ODER REICHTUM MORGEN

Wie wir gesehen haben, rechtfertigt Mandel den Mangel an Sozialismus mit dem niedrigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte. Als Voraussetzung für den Sozialismus fordert er einen Überfluß an Gebrauchswerten. Das Postulat des Überflusses macht eine Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus zur Notwendigkeit.

„Damit allen Menschen der Welt ein Überfluß an Industriegütern zur Verfügung steht, müssen also die Produktivkräfte stark gesteigert werden. Diese Entfaltung der Produktivkräfte bedeutet, daß die gegenwärtige Industrieproduktion verdoppelt, wenn nicht verdreifacht werden muß. *Dies aber schließt die Notwendigkeit einer Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, einer Periode der sozialistischen Akkumulation in sich ein.*“ (Wi., S.647)

Andererseits sagt Mandel:

„Würde die kapitalistische Produktionsweise in der ganzen Welt abgeschafft, so wäre es durchaus möglich, sofort - ohne einen anderen Übergang als den, der sich infolge politischer Phänomene ergäbe - eine Wirtschaft zu organisieren, die die Warenproduktion abschaffte und die produktiven Bemühungen der Menschen dem laufenden Bedarf anpaßte. Die einzige Voraussetzung für eine solche rasche und radikale Umwandlung wäre *die Einengung des Bedarfs auf die elementarsten Bedürfnisse* ... Die Produktivkräfte, über die die Menschheit heute verfügt, erlauben es, diese Bedürfnisse ohne eine Übergangsphase der Akkumulation und des zusätzlichen Aufbaus der Industrie zu befriedigen.“ (Wi., S.644)

Mandel stellt also folgende Alternativen auf: entweder Bescheidung mit dem Notwendigsten, dann ist keine Übergangsphase erforderlich - oder Beibehaltung der hohen Ansprüche, dann ist eine Übergangsphase zur Steigerung der Produktivkräfte nötig.

Die erste Alternative ist die des „asketischen Sozialismus“ oder auch „Sozialismus des Elends“. (Wi., S.647 und 646) Die zweite Alternative ist die des Sozialismus des <u>Überflusses</u> oder die Gesellschaft, die "eine freigebige und verständnisvolle Mutter geworden ist, die automatisch alle Grundbedürfnisse ihrer sämtlichen Abkömmlinge befriedigt“ (Wi. S.699).

Für Mandel ist die Entscheidung für diese letztere Alternative bereits gefallen:

„... sind sich auch die Bewohner der unterentwickelten Länder - dank der 'Wirkung von Vorbild und Nachahmungstrieb', wie es Duesenberry aufgezeigt hat - der ungeheuren Möglichkeiten der heutigen Technik bewußt geworden. Sie wollen um alles in der Welt das gleiche kulturelle Niveau und den gleichen Komfort erreichen wie die Bewohner der industriell fortgeschrittenen Länder. Noch weniger als die Einwohner der industriell fortgeschrittenen Länder sind sie bereit, einen asketischen

Sozialismus zu akzeptieren, einen Sozialismus, in dem anstelle des Überflusses die Rationierung vorherrscht." (Wi., S.646/47)

Damit haben sich die Bewohner der unterentwickelten Länder für den Übergang entschieden, und auch „(die) Bewohner der industriell fortgeschrittenen Länder begnügen sich in ihrer Mehrheit keineswegs damit, zu essen, zu trinken, sich bescheiden zu kleiden ..." (Wi., S.646)

Beide, die Bevölkerung der unterentwickelten und die der industriell fortgeschrittenen Länder sind also nicht bereit, ihren umfänglichen Bedarf einzuengen. Da eine solche Einschränkung aber die Voraussetzung einer sofortigen Einführung der sozialistischen Wirtschaft ist, haben sich mit der Abstimmung über ihren Bedarf die Erdbewohner mehrheitlich für den Übergang entschieden.

Mit der Entscheidung für den Übergang anstatt für den „Sozialismus des Elends" ist der vorgefundene Mangel - jedenfalls für die Masse der Weltbewohner - nicht aufgehoben. Im Gegenteil, insofern die Entscheidung gegen den sofortigen Sozialismus ungleiche Verteilung impliziert, bedeutet sie für die Masse der „Menschheit" größeren Mangel als der „Sozialismus des Elends". Mandel tut so, als stünde die Weltbevölkerung vor der Wahl zwischen asketischem und Überfluß-Sozialismus - eine Wahl, die in der Tat nicht schwerfallen könnte. In der Konkretion aber zeigt sich dann, daß gar nicht zwischen Askese und Überfluß, sondern zwischen Sozialismus und Übergang zu entscheiden war, daß es bei der Askese in jedem Falle bleibt.

Wenn nun die Wahl zwischen zweierlei Askese besteht, warum sollte die Menschheit sich nicht entscheiden für den asketischen Sozialismus? Warum sollte sie nicht, wenn ihr schon die Askese nicht erspart bleibt, diese unter den Bedingungen der sozialistischen Gleichheit durchstehen? Es gibt nur eine - von Mandel nie ausgesprochene - Erklärung. Mandel hat heimlich in seine Konstruktion des asketischen Sozialismus noch eine Bedingung eingebaut: Der asketische Sozialismus ist nicht dynamisch. Denn: wäre diesem Sozialismus die Entwicklung der Produktivkräfte zur Überwindung der Askese möglich, so wäre nicht einzusehen, warum die „Menschheit" anstelle des „asketischen Sozialismus" den (für die Massen) noch asketischeren Übergang vorziehen sollte. Die Notwendigkeit des Übergangs kann nur dann zu der der „Menschheit" gemacht werden, wenn dem „asketischen Sozialismus" die Möglichkeit zur Überwindung der Askese, also der Inhalt des Übergangs: Fortschritt, Steigerung der Produktivkräfte, bestritten wird.

Nachdem Mandel sich so die Legitimation der „Menschheit" für seine Übergangsgesellschaft erschlichen hat, taucht die Möglichkeit, auf diesen Übergang zu verzichten, im weiteren nicht mehr auf. Nachdem er den Mangel an Produktivkräften einmal als absoluten gesetzt hat, zeigt er nur noch, wie sich der (vorausgesetzte) Mangel am Übergang rächt, indem er fortwährend neue Mängel zeugt. Die Erklärung der Notwendigkeit des Übergangs aus dem Mangel ist die Erklärung der Notwendigkeit der Mängel dieses Übergangs.

4. FORTSCHRITT DER PRODUKTIVKRÄFTE UND ABNEHMENDER ERTRAG DES GENUSSES

Wir haben gesehen, wie die Notwendigkeit des Übergangs als einer gesonderten Gesellschaftsformation zur Entwicklung der Produktivkräfte mit den Bedürfnissen der Weltbevölkerung begründet wurde. Die entwickelten Bedürfnisse der heutigen Menschheit können nach Mandels Darstellung auch unter den Bedingungen einer rationellen sozialistischen Organisation der Produktion mit dem, was die Menschheit gegenwärtig an Produktivkräften besitzt, nicht befriedigt werden. (Es wäre, wie gesagt, höchstens ein „Sozialismus des Elends“ möglich). Aus diesem Globalmangel begründet Mandel die Notwendigkeit der „sozialistischen Akkumulation“ (= Übergang). In den Weltbedürfnissen ist der Sozialismus negativ wirklich: diese Bedürfnisse verlangen jenes hohe Maß an Produktivkraft, das am Ende des glücklich vollzogenen Übergangs als Bürge für einen funktionsfähigen Sozialismus vorhanden sein soll.

Der Entwicklung der Produktivkräfte ist damit ein Ziel gesetzt, ein Maß gegeben:

Ende der gesonderten Entwicklungsphase „Übergangsgesellschaft“ soll sein die Möglichkeit automatischer Befriedigung sämtlicher Grund-, Haupt- und Nebenbedürfnisse der Weltbevölkerung.

Es entspricht in der Tat dem Begriff des "Übergangs", daß das Ende des Ganges gewiß ist, feststeht. Nur mit der Festsetzung eines Maßes, das erfüllt werden muß, kann die Notwendigkeit einer eigenen Gesellschaftsform zur „Entwicklung der Produktivkräfte“, zur Sammlung von Kräften, die jenem Maß adäquat sind, begründet werden. Wie aber wird ein solches Maß fixiert? Womit ist garantiert, daß die Bedürfnisentwicklung während der Übergangsperiode stillstehen wird? Woher wissen wir, daß nicht nach den Mühsalen der sozialistischen Akkumulation die akkumulierten Bedürfnisse der Menschheit abermals so weit den Instrumenten ihrer Befriedigung vorausgeeilt sein werden, daß nun statt der Muße des ersehnten Sozialismus eine neue dynamische Phase kommunistischer Akkumulation notwendig geworden ist? Besteht infolge des Auseinanderklaffens von Wunsch und Fähigkeit nicht die Gefahr eines endlosen Übergangs?

Einerseits trennt Mandel die Bedürfnisse aus dem historischen Zusammenhang der Gegenwart heraus und macht sie zum Maß der Produktivkräfte der Zukunft: er will sie am Ende des Übergangs eingeholt haben, er will ihre Fortentwicklung während des "Übergangs" ausschließen. Nur dadurch ist ja ein Übergang mit vorhandenen Bedürfnissen legitimierbar, daß man annimmt, die Produktivkräfte ließen sich entwickeln, während die Bedürfnisse fix bleiben, daß man annimmt, die Menschheit übe sich im Aufhäufen von Schätzen, während ihre Bedürfnisse gleichsam den Atem anhalten. Somit hätte es eine Geschichte der Bedürfnisse gegeben, aber es gibt keine mehr. Andererseits zeigt Mandel, daß die Bedürfnisse selbst abhängig sind von den gesellschaftlichen Verhältnissen, aus denen sie hervorgehen, z.B. wenn er Einwände seiner Gegner: alle Bedürfnisse zu befriedigen, sei unmöglich, zu entkräften sucht. (Vergl. S.704 ff. in Wi.)

Wenn die Bedürfnisse aber Bestandteil der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion sind und sich also mit diesen ändern, so fällt die ursprüngliche Voraussetzung, bei den am Ende des Übergangs akuten Bedürfnissen handele es

sich um diejenigen, die vor der Phase der sozialistischen Akkumulation von der Weltbevölkerung geäußert worden sind.

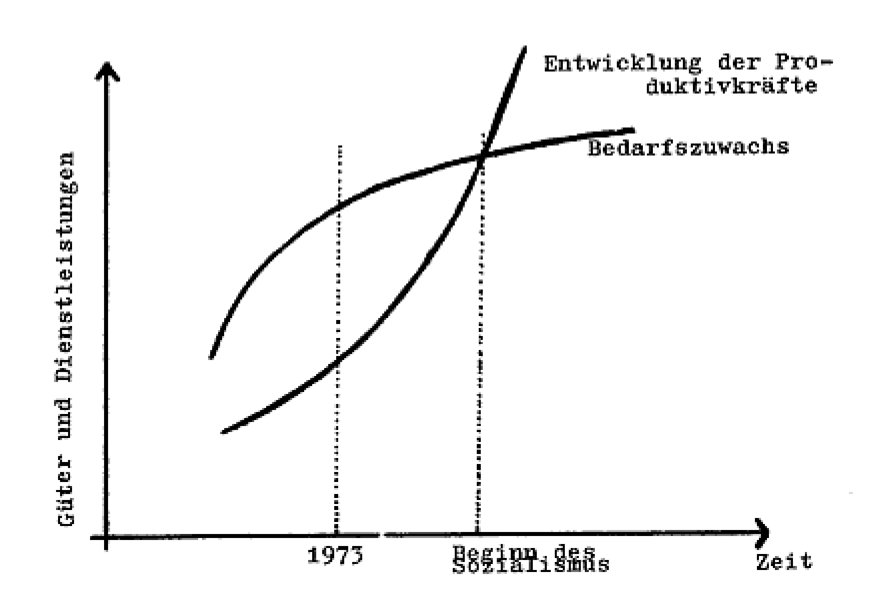
Die Frage nach den im Übergang zu befriedigenden Bedürfnissen ist dann die Frage nach den gesellschaftlichen Produktionsund Reproduktionsbedingungen der „Übergangsphase“. Wenn diese Bedürfnisse an den Kräften gemessen werden, mit denen sie aktuell zusammengehen und nicht an denen eines vorgestellten Sozialismus, wenn sie als sie selbst begriffen werden, verliert der Begriff des Übergangs als besondere Bestimmung einer Gesellschaftsform noch einmal seinen Sinn.

Geht man also davon aus, daß die Bedürfnisse sich jeweils mit den Produktivkräften verändern, dann kann man nicht die heute vorhandenen Bedürfnisse als Maß für eine erst zukünftig zu erreichende Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte nehmen. Die aktuellen Bedürfnisse wären dann zu den vorhandenen Produktivkräften ins Verhältnis zu setzen.

Also: Entweder die Bedürfnisse sind historisch - dann brauchen wir keinen "Übergang", da jede Bedürfnisstruktur jeweils vorhandenen Kräften entspricht [5]. Bzw. setzte man diese historischen Bedürfnisse als dynamische und veränderliche Bedürfnisse einem "Übergang" voraus" so folgte die Perspektive des endlosen Übergangs. Oder die Bedürfnisse sind fix. Dann könnte Mandel in der Tat einen Übergang fordern.

Der Widerspruch bei Mandel ist, daß er einen Übergang für notwendig hält, obwohl er die Bedürfnisse als veränderlich darstellt.

Seine Lösung des Problems liegt in einer kühnen Analogie zur berühmten Trotzki'schen „Schere“; - die Bedürfnisse, die bisher ununterbrochen gewachsen sind und derzeit ein extremes Niveau aufweisen, werden sich weiterhin verändern, werden sich durchaus als historische Bedürfnisse erweisen - ihre Wachstumsrate schrumpft, und zwar je mehr die Kräfte wachsen.



„Zwischen dem fettleibigen C o u n t r y S q u i r e zu Beginn des 19.Jahrhunderts, der sich mit R o a s t b e e f und P o r t w e i n mästete, oder dem dickwanstigen Bourgeois der „goldenen Zeit“, der mit zwanzig verschiedenen Gängen Mahlzeit hielt, und dem reichen Kapitalisten von heute, der Sport treibt, von schlanker Figur ist und ständig sein Gewicht überwacht, hat unbestreitbar eine Entwicklung stattgefunden. Mit dem Ansteigen der Einkommen ist a n d i e S t e l l e d e s z u n e h m e n d e n N a h r u n g s m i t t e l k o n s u m s e i n r a t i o n e l l e r K o n s u m g e t r e t e n.“ (Wi., S.705)

Die Bedürfnisse sind zwar veränderlich, doch wird ihr mengenmäßiger Zuwachs geringer oder nimmt sogar ab. Das macht es den Produktivkräften möglich, die Bedürfnisse einzuholen.

„Nirgendwo gilt das Gesetz des 'abnehmenden Ertrages' mehr als in Bezug auf die Höhe des Bedarfs.“ (Wi., S.705)

Mandel bemüht hiermit dem "Gesetz des abnehmenden Ertrages" einen Grundsatz der bürgerlichen Ökonomie, der von der Produktionsfaktorentheorie (trinitarische Formel) ausgeht:bei linearem Zuwachs eines Produktionsfaktors verändert sich der Ertrag derart, daß von einem bestimmten Punkt an erst die Ertragszuwächse geringer werden und später der Ertrag selbst zurückgeht. Mandel meint aber gar nicht das Gesetz selbst, sondern eine Analogie zu diesem Gesetz, wenn er den Bedarf mit dem Ertrag vergleicht und als von einzusetzenden Faktoren abhängige Veränderliche sieht.

Mit dieser Analogie schafft sich Mandel überhaupt erst die Möglichkeit, den Überfluß zu postulieren. Um Überfluß festzustellen, braucht er ein Maß. Als solches dient ihm der „rationelle Konsum“, auf den sich der Bedarf - wegen des Gesetzes des abnehmenden Ertrages - einspielt. Auf der Skala des "abnehmenden Bedarfs" kann er den Überfluß ablesen.

Das „Ertragsgesetz“ hat nun allerdings seinerseits einen Mangel. Es gilt immer nur für den Gesamtertrag in Abhängigkeit von einem variablen Faktor, alle anderen Faktoren müssen konstant gesetzt werden. Z.B.: von den drei Faktoren Rohstoffe, Kapital, Arbeit werden Rohstoffe und Arbeit unverändert gelassen, nur Kapital (gemeint: Produktionsmittel) wird um ein gleichmäßiges Quantum vermehrt. Unter diesen Voraussetzungen tritt die nach dem „Ertragsgesetz“ erwartete Wirkung ein, der Ertrag vermehrt sich immer weniger, bis schließlich keine Zunahme mehr zu verzeichnen ist. Wird dagegen ein zweiter oder gar auch der dritte Faktor variabel gehalten, so verschiebt sich der Punkt, von dem ab die Ertragszuwächse geringer werden, bzw. dieser Punkt läßt sich nicht mehr bestimmen. Das gleiche gilt, wenn zwar zwei Faktoren konstant bleiben, der variable Faktor aber qualitativ verändert wird.

Dieser Mangel des Ertragsgesetzes gilt natürlich ebenso, wenn man es analog auf den Bedarf anwendet. Wenn also mehr als ein „Bedarfsfaktor“ variabel ist, hat man große Schwierigkeiten, die Bedarfszuwächse geringer werden zu lassen, bzw. den Gesamtbedarf zu konstruieren. Besonders wenn ein qualitativ neuer Bedarf hinzukommt (Mandel nennt selbst „das Bedürfnis zu forschen; das Bedürfnis schöpferisch tätig zu sein“, stellt diesen Bedürfnissen jedoch keine „Güter und

Dienstleistungen“ gegenüber (Wi., S.710)) versagt das „Gesetz des abnehmenden Ertrages“ total.

Die Wirkung dieser Einschränkungen für Mandels „rationellen Konsum“ als Maß des Überflusses sind verheerend. Nicht nur, daß der Überfluß durch bestimmte mengenmäßige Veränderungen, sei es im Anspruch der Verbraucher oder im Produktionsausstoß, ständig Gefahr läuft, aufgehoben zu werden, jedes neue Bedürfnis, d.h. jede qualitative Änderung der Bedarfsstruktur setzt das „Bedarfsgesetz“ außer Kraft und macht den „rationellen Konsum“ selbst zu einer variablen Größe.

5. SOZIALISMUS DER SACHEN ODER SOZIALISMUS DER MENSCHEN

Wir haben gesehen, daß bei Mandel die besondere Verteilungsweise einer Gesellschaft mit dem Mangel an Produkten begründet wurde. Dieser Mangel an Produkten, der in der Tat nichts anderes ist als die allgemeinste Voraussetzung menschlicher Existenz schlechthin, nämlich produzieren zu müssen, wird zur Legitimation von besonderen gesellschaftlichen Beziehungen, von Tauschbeziehungen. Für Mandel ist keine andere Verteilungsform unter den gegebenen (mangelhaften) Umständen denkbar, weil er die Gesellschaft als zweigeteilte schon voraussetzt: geteilt in Produzenten und einen für die ganze Gesellschaft zuständigen Verteiler.

„Solange die Produktion nicht diese Grundbedürfnisse des Menschen befriedigt, bleibt die V e r t e i l u n g r e l a t i v k n a p p e r Konsumgüter, eine Verteilung, die nach objektiven Gesichtspunkten erfolgen muß, das Kernproblem der Wirtschaft." (Wi., S. 599)

Die „objektiven Gesichtspunkte“, nach denen verteilt werden soll, sind Tauschwerte, also nicht die konkrete Arbeit als unmittelbar gesellschaftliche. Eine unmittelbare, d. h. auch durch subjektive Gesichtspunkte bestimmte Verfügung über die Konsumgüter hat in Mandels Übergangsgesellschaft keinen Platz. Die Verteilung soll weiterhin nach Tauschwerten geregelt werden, nach Maßstäben also, die außerhalb der Kontrolle der Produzenten sich konstituieren. Da der Zwang dazu ein Zwang gegen die unmittelbaren Interessen der Produzenten ist, muß in einer solchen Gesellschaft die Regelung der Verteilung durch eine andere gesellschaftliche Institution als die Produzenten selbst durchgeführt werden.

„Objektive Gesichtspunkte“ für die Verteilung sind dann nötig, wenn nicht die Subjekte selbst kollektiv entscheiden, sondern eine besondere Instanz die Verteilung für die Gesellschaft organisiert. „Objektive Gesichtspunkte“ sind ein unerläßlicher Zwang für denjenigen, dessen Subjektivität gesellschaftlich relevanter ist als die anderer, der für andere mit zu entscheiden hat, in diesem Fall, der für sie verteilt. Für den Produzenten-Konsumenten bedeutet dies, daß der wesentliche Mangel an Verfügung über die Produktion - und d. h. wie man hier sieht auch: über seine eigenen Bedürfnisse - fortbesteht.

Für den gesellschaftlichen Verteiler, der sehr darauf bedacht sein muß, "gerecht", gleichmäßig zu verteilen, da sonst Disproportionalitäten Störungen des Wirtschaftsprozesses oder Unzufriedenheit der Empfänger der verteilten Produkte die Folge wären - mit allen Konsequenzen für seine gesellschaftliehe Stellung als Verteiler - für diesen Verteiler ist es nur logisch, bessere gesellschaftliche Verhältnisse derart sich vorzustellen, daß sie ihm Großzügigkeit erlauben, daß mögliche Störungen durch einfachen Rückgriff auf unerschöpfliche Reserven beseitigt werden können. Der „Güterüberfluß als die notwendige Voraussetzung für eine voll entfaltete sozialistische Gesellschaft" (Wi., S. 699) ist die dem gesellschaftlichen Verteiler, der für das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft mit seiner gesellschaftlichen Stellung einsteht, angemessene Ideologie.

Mandels Überfluß-Postulat schließlich zwingt ihn, die menschlichen Bedürfnisse auf solche des „Konsums" von der Nahrung und Kleidung bis hin zum „Schmücken von Wohnungen" einzuengen, auf Bedürfnisse also, die durch Sachen zu befriedigen sind. Die Bedürfnisse nach mannigfachen Formen der menschlichen Kommunikation,die anstelle einer abstrakten Ratio im Sinne des „rationellen Konsums" die Kräfte sein werden, die die Menschen aus der Fixierung an exzessiven Privatkonsum lösen, reflektiert er nirgends. Die revolutionierte sozialistische Gesellschaft besteht bei ihm aus privaten Individuen, die nur deshalb nicht mehr einer des andern Wolf sind, weil sie ihre Bedürfnisse nach Sachen ständig aus dem allgemeinen Überfluß befriedigen können. Die Versachlichung der menschlichen Beziehungen wird nicht überwunden, sondern total. Indem Mandel die menschlichen Beziehungen allein dadurch revolutioniert, daß er jedem Individuum die Möglichkeit verschafft, unbegrenzt zu konsumieren, unterstellt er, daß die menschlichen Beziehungen nur aus Gründen mangelhafter Versorgung mit Konsumgütern antagonistisch werden. [6]

Diese Konstruktion gleicht einem verkehrten bürgerlichen Liberalismus: nicht die allgemeine „Knappheit" erzwingt und garantiert das natürliche „Streben nach Glück", das die Individuen gegeneinander vereinzelt und dabei zugleich auf geheimnisvolle Weise die beste Form ihres Zusammenhangs konstituiert - der „Überfluß" übernimmt eben diese Funktion.

Der „Überfluß", der dem Verteiler Voraussetzung für „die neue Verteilungsweise 'nach dem Bedarf'" (Wi., S.712) ist, muß freilich zunächst einmal produziert werden. Bei Mandel allerdings kommt zu allem Uberfluß auch noch die totale Automation:

„Die Herstellung eines Überflusses an Gütern und Leistungen geht Hand in Hand mit der immer schnelleren Ausschaltung jeder direkten menschlichen Arbeit aus dem Produktionsprozeß und sogar aus dem Verteilungsprozeß ... Aber die Ausschaltung der lebendigen menschlichen Arbeit aus dem Produktionsprozeß bedeutet auch, daß der Lohnnicht mehr in die Herstellungskosten eingeht. Diese beschränken sich zunehmend auf die 'Kosten' der Geschäfte zwischen den verschiedenen Unternehmen (Kauf von Rohstoffen und Amortisierung der fixen Anlagen)." (Wi., S.712/13)

Die „menschliche Arbeit" (offenbar im Gegensatz zur "Arbeit" der Maschinen), die also in Mandels Konzeption bis zu ihrem Verschwinden Lohnarbeit bleibt, wird aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet. Dies jedenfalls sieht er für die „lebendige menschliche Arbeit" voraus. Mandel übersieht dabei offenbar jene „lebendige

menschliche Arbeit“, die sich hinter dem „Kauf von Rohstoffen“, der „Amortisierung der fixen Anlagen“ verbirgt. Rohstoffe werden nur "gekauft", wenn ihre Förderung Arbeit kostet. Amortisierung fixer Anlagen führt nur dann zu „Kosten“, wenn die Neuproduktion dieser Anlagen Arbeit erfordert. Mandel sieht die lebendige Arbeit aus dem Produktionsprozeß verschwinden, die tote bleibt für ihn im Prozeß. Jede tote Arbeit aber war einmal lebendig. Sofern sie ersetzt werden muß - was Mandel voraussieht - muß ständig lebendige Arbeit weiterhin aufgewendet werden. Mandel sieht den Produktionsprozeß nur da, wo die Endprodukte die Automaten verlassen, nicht in der Herstellung der Automaten selbst. Er verliert den Produktionsprozeß also gerade da aus den Augen, wo - in seinem Modell - die Produktion stattfindet. Mandel bestimmt die spezifische Arbeit die von den Produzenten zu leisten ist, wenn er für die sozialistische Gesellschaft, die „von einem wahren Klima des Überflusses“ gekennzeichnet ist, feststellt: „Die einzigen wirtschaftlichen Erfordernisse werden somit darin bestehen, den Maschinenpark zu erneuern (Bruttoinvestitionen, Amortisation) und ein Anwachsen des Sozialprodukts zu gewährleisten, das dem demographischen Wachstum entspricht.“ (Wi., S.727/28) Trotz Automation bleibt somit der „Überfluß“ das Resultat „menschlicher Arbeit“.

Der Verteiler zeigt mit seinem Wunsch nach "Überfluß" seine besondere Beziehung zum Standpunkt der Produzenten. Sich selbst entlarvt er als Nichtproduzent, denn dem Produzenten ist der "Überfluß an Gütern und Dienstleistungen" als Produkt überflüssiger Arbeit nicht wünschenswert. Die Forderung nach Überfluß zeigt also, daß für Mandel der Sozialismus eine gesellschaftliche Teilung einschließt: in Produzenten, die nicht mehr produzieren wollen, als sie jeweils bedürfen, und besonderen Verteiler, der ein Mehr wünschen muß, weil ihm die Bedürfnisse der Produzenten fremd sind. Diese Teilung bedeutet einen Antagonismus: der Verteiler verlangt als Aneigner der Produkte und also Planer der Produktion vom Produzenten Mehrarbeit, um die Produktionsstruktur so einzurichten, daß es ständig einen Überfluß an Konsumgütern, also zufriedene Konsumenten gibt. Unter solchen Voraussetzungen, so stellt es sich der Verteiler vor, bleibt seine besondere gesellschaftliche Position unangefochten.

Es ist klar, daß in einer solchen Vorstellung jede qualitative Veränderung des „rationellen Konsums“ eine Gefahr darstellt. Mit jedem neu auftretenden Bedürfnis, für das erst ein Überfluß produziert werden muß, wird die Stellung des sozialistischen Verteilers in Frage gestellt. Das gleiche gilt für jede mengenmäßige Ausdehnung bereits vorhandener Bedürfnisse über das jeweils gegebene Maß des Überflusses hinaus. Um solche Unsicherheiten seiner gesellschaftlichen Existenz auszuschalten, muß der Verteiler solchen Veränderungen vorbeugen. Was "rationeller Konsum" und damit Überfluß ist, bestimmt also letztlich er.

Überfluß und Mangel sind Kategorien einer Gesellschaft, in der es eine gesellschaftliche "Arbeitsteilung" zwischen Produzent und Aneigner bzw. zwischen Produzent und Verteiler gibt. Für die gesellschaftlichen Produzenten wird der Mangel an Produkten konstituiert durch ihre Trennung von der Verfügung über ihr Produkt. Überflüssige Produkte herzustellen werden sie genötigt, weil der Aneigner ihres Produkts seinen Gegensatz zu ihnen dadurch verdecken will, daß er als Verteiler ihre Bedürfnisse möglichst reibungslos befriedigt. Überfluß und Mangel sind zwei Seiten eines Ausbeutungsverhältnisses, ebenso wie Aneignen und Verteilen als von den Produzenten getrennte gesellschaftliche Tätigkeiten zwei Seiten, zwei Funktionen

des Ausbeuters sind. Was als "Überfluß" produziert ist, dem Verteiler als Reserve dient, fehlt dem Produzenten als vergeudete Arbeit.

Mandel sagt: heute herrscht Mangel, morgen werden wir Überfluß erreichen. In Wirklichkeit aber gibt es heute Überfluß und zugleich Mangel - so wie Überfluß und Mangel als ökonomische Kategorien überhaupt zusammengehören, einander bedingen und ihrerseits bedingt sind durch antagonistische gesellschaftliche Verhältnisse. Überfluß an Gütern gibt es heute aufseiten des Kapitals und der imperialistischen Länder (wo zugleich ein Mangel an Profit eine permanente Krise zeitigt). Mangel leiden die Arbeitenden in den reichen Ländern vor allem an Verfügung über ihre Lebensbedingungen - die Massen der armen Länder überdies an Lebensmitteln selbst, (während beide zugleich im Verhältnis zu ihren Bedürfnissen und ihren Möglichkeiten, sie zu befriedigen, einen Überfluß an Arbeit leisten).

Eine Revolutionierung der Produktionsverhältnisse, die die Verfügung über die Produktion in die Hände der Produzenten legt, also den Klassenantagonismus aufhebt, beseitigt mit dem Mangel auf der einen auch den Überfluß auf der anderen Seite.

Anmerkungen:

Anm. 1) Mandel holt das Allgemeine nicht aus den existierenden besonderen Übergangsgesellschaften heraus - er erwartet, daß eine besondere zukünftige Gesellschaft die allgemeinen Bestimmungen als solche enthüllen wird.

„Eine allgemeine ökonomische Theorie der Übergangsperiode muß solange fehlen, bis der Sturz des Kapitalismus in einigen fortgeschrittenen Ländern, die nicht von der Notwendigkeit der ursprünglichen sozialistischen Akkumulation betroffen sind, es möglich gemacht hat, das Funktionieren einer Ökonomie dieses sozialen Typus zu analysieren." (Übergangsperiode, S. 5)

„Das heißt, daß in theoretischer Hinsicht das letzte Wort in der Frage der Übergangsgesellschaft erst dann gesprochen sein wird, wenn es in der Praxis gelöst ist und damit letztlich nicht mehr existiert." (a.a.O., S. 73)

Anm. 2) Die Gegenüberstellung von „Ware" als kapitalistischer Kategorie und „Gebrauchswert" als sozialistischer hat bei Mandel (wie überhaupt in der sozialistischen Ideologie) Methode. Jede Ware hat einen Gebrauchswert. Indem Mandel sozialistische Produktion mit der allgemeinsten Bestimmung eines jeden Produkts, nützlich zu sein, charakterisiert, versucht er die nähere Bestimmung der gesellschaftlichen Organisation der Produktion im Sozialismus zu umgehen - eine Bestimmung, wie sie etwa die Begriffe „Wert" und „Lohn" für die kapitalistische Gesellschaft leisten.

Anm. 3) „Auf der Seite 623 der 'Geschichte der KPdSU' bemerken die Autoren, daß die Ausbeuterklassen in der UdSSR beseitigt wurden. Das ist richtig.“ („Dreißig Fragen und Antworten zur neuen 'Geschichte der KPdSU'“, Spartakus Hamburg, 1971, S. 176)

Anm. 4) In der Warenproduktion existiert „exakte Gegenleistung“ in abstrakter Arbeit. Die Exaktheit stellt sich im Durchschnitt her, die Abstraktheit der Arbeit resultiert aus der nur über Sachen vermittelten Gleichsetzung der Arbeiten. D. h. daß hier die Gesellschaftlichkeit der Arbeit ihre Anerkennung erst auf dem Markt findet, daß die Arbeit erst gesellschaftliche Geltung erhält, nachdem sie sich bereits vergegenständlicht hat. Diese Form der über den Warentausch vermittelten Exaktheit der Gegenleistung ist aber nicht - wie Mandel glauben machen will - die einzig mögliche. Wenn man die konkrete Arbeit selbst unmittelbar als gesellschaftlich betrachtet und betätigt, kann man ebenfalls exakt messen, und zwar in der Einheit der Zeit. Das hieße, daß die Arbeitsstunde des politischen Ökonomen genausoviel zählt wie die jedes anderen Arbeiters.

Anm. 5) Das heißt nicht, daß eine eventuelle Diskrepanz zwischen Wunsch und Möglichkeit der Befriedigung ausgeschlossen ist.

Anm. 6) Daß Mandel in der Tat auf eine derart bornierte Weise Ökonom ist, beweist eine Stelle aus seiner Broschüre „Über die Bürokratie“, in der er, nachdem er zuvor klargestellt hat, daß in der SU nur die mangelhaften Produktivkräfte, folglich die „bürgerliche Verteilung“, „Knappheit“ usw. das Tor zum Sozialismus verrammeln, während die Produktionsverhältnisse ja durchaus schon ein bißchen eingedrungen sind, folgendes ausführt:

„Eine bestimmte Zahl Privilegierter (Bürokraten in der SU, d. V.) konnte ausgeben, soviel sie wollte und von ihrem Konto bezahlen. Es wurde immer wieder bis zum gleichen Betrag aufgefüllt. Die einzige Begrenzung der Ausgaben lag im relativen Warenmangel; für diese Privilegierten wurde so der Kommunismus innerhalb einer ökonomisch rückständigen Gesellschaft zur Wirklichkeit." (Bürokratie, S. 10/11) Wo sich also zu den schon fortgeschrittenen Produktionsverhältnissen noch großzügige Konsumtionsmöglichkeiten gesellen, ist der Kommunismus verwirklicht, sei es auch nur für einzelne Individuen. Man sieht: Für Mandel ist nicht Umwälzung der zwischenmenschlichen Beziehungen das primäre Problem sondern Änderung des Verhältnisses zwischen Menschen und Sachen dergestalt, daß die Sachen immer überzählig sind. Der Effekt wäre, daß die Menschen in Ermangelung eines Mangels an Sachen darauf verzichten, nicht nur einander zu nahe zu treten, sondern auch einander nahe zu kommen.

RECHENSCHAFTSBERICHT DES BERLINER APRILKOMITEES

„Daß die Arbeiterklasse gekämpft hat und daß sie weiterhin kämpfen wird, wissen wir. Wo immer wir von der Arbeiterklasse reden, betonen wir ihre kämpferische Potenz. Welche linke Organisation aber hat jemals darüber nachgedacht, wie sich die Arbeiterklasse von den Strapazen des permanenten Kampfes erholt, wie sie ihre Kampfkraft regeneriert und neue Energien. sammelt? Wer hat jemals ernsthaft den Versuch gemacht, die Feierabendgestaltung des Proletariats den Händen der Bourgeoisie zu entreißen? Erstmalig in der Geschichte der Arbeiterbewegung setzt das BERLINER APRILKOMITEE nicht nur die Reflexion, sondern die praktische Inangriffnahme und sogar positive Lösung dieses vitalen Problems der weltweiten Arbeiterbewegung auf die Tagesordnung. Das BERLINER APRILKOMITEE erklärt hiermit den 1.April zum Internationalen Tanztag der Arbeiterklasse."

Mit diesen Worten begann ein Aufruf, mittels dessen sich das BERLINER APRILKOMITEE Anfang März an die Öffentlichkeit wandte.

Wie leider nicht anders zu erwarten, folgten der Initiative des Komitees rivalisierende Aktivitäten auf dem Fuße. So bemühte sich die KPD/(AO) vergebens, ihren „Regenerationstag der Arbeiterklasse" [+)] als originelle Schöpfung auszugeben, während die KPD/ML (Roter Morgen) mit einem „Stabilisierungstag“ Aufmerksamkeit zu wecken versuchte. Ein „Tag des Fressens und Saufens“, den die KPD/ML (Neue Einheit) in einseitig rezeptiver Betonung ganz klar aus Opposition zu der aktivistischen Losung des „Tanztags“ aufstellte, wurde infolge schwächlicher Propaganda nur in vereinzelten Kleinbetrieben populär. Die SEW stellte mit einem "Sozialistischen Ballabend aller Werktätigen“ einmal mehr ihre Spießigkeit unter Beweis.

Spaßig wie gewohnt traten die Trotzkisten auf. Mit einem „Faschingstag der Arbeiterklasse“ versuchte diese besonders gut getarnte ML-Fraktion harmlose und aktionswillige Proletarier hinters Licht zu führen. Was es mit dieser Parole, die auf den ersten Augenschein den Aufruf des APRILKOMITEES an Radikalität noch übertrumpft, in der Tat auf sich hatte, wird noch zu zeigen sein.

Das NRF und ihm nahestehende Gruppen kommentierten die Aktivitäten des APRILKOMITEES geringschätzig: „Typisch Sponti. Keine Etappenbestimmung.“ Solange es der Arbeiterklasse an einer KP fehle, könne sie weder noch wolle sie echte Entspannung geniessen. Zwar gäbe es Gruppen, die sich schon heute lächerlicherweise für die Partei hielten und also davon ausgingen, daß die Arbeiterklasse imstande sei, sich eines Regenerationstages zu erfreuen - das wirklich revolutionäre Proletariat aber wisse nur zu genau, daß die Regeneration nur an einem von der noch nicht wiedererstandenen KP festzusetzenden Tag vonstatten gehen könne. Folglich sei das Proletariat vorab einzig daran interessiert, die KP aufzubauen. Die Erbauung könne erst Konsequenz dieser historischen Tat sein. [++)]

Einige Gewerkschaftskreise, Fraktionen der Jusos und andere Gruppen erwiesen sich mit ihrer Parole vom „Weltruhetag des arbeitenden Menschen“ als hoffnungslos hinter dem klerikalprogressistischen Flügel der Bourgeoisie einhertrottend. Diese Gruppen schlugen das Kooperationsangebot des Komitees aus und veranstalteten am 1.4. eine schlecht besuchte Podiumsdiskussion mit dem Thema „Arbeit und Muße“ in der Gedächtniskirche.

Mit den anderen genannten Gruppen (mit Ausnahme der beiden Fraktionen der KPD/ML, die ihre eigenen Wege zu gehen wünschten und natürlich des NRF) trat das Komitee in Verhandlungen über eine Einheitsfront ein. Zuvor hatte die KPD/(AO) auf den Brief des Komitees vom 3.3., in dem ein erstes Treffen zur Erörterung gemeinsamer Schritte vorgeschlagen worden war, empört geantwortet, ob denn das APRILKOMITEE ihren (der AO) Brief vom 29.Februar mit der Aufforderung, sich bei der Durchführung eines „Regenerationstages“ der Führung der KPD unterzuordnen, nicht erhalten hätte. [+++)] Das Komitee mußte bedauern, und nach einigem Hin und Her und kräftigen Flüchen der AO auf die kapitalistische Post kam das Treffen an einem geheimen Ort zustande.

Zunächst einigten sich sämtliche Gruppen auf die zentralen Parolen: Kampf der Alkoholsteuer!

Weg mit der Polizeistunde! [++++)]

Nieder mit Meyer! [+++++)]

Hoch die Arbeit - daß keiner dran kann!

Sieg im Volkstanz!

Differenzen brachen auf, als die SEW ihr Positionspapier vorlas. Dieses Papier verriet, daß die SEW eine Art Ball für einsame Herzen im Auge hatte. Der äußere Rahmen der Veranstaltung sollte konventionell und solide gehalten werden(Mietung von „Kliems Festsälen“). Der Jugend sollte Gelegenheit gegeben werden, sich in einem Singewettstreit zu messen. Den Höhepunkt des Festakts sollte die Verleihung eines Ordens an den schwungvollsten Tänzer und den Sieger des Singewettstreits bilden. Vergeblich versuchten die Vertreter des Komitees, den SEW-Abgesandten davon zu überzeugen, daß es sich beim 1.April um einen echten Freudentag für jeden Arbeiter, um Lust und Laune für die Werktätigen handeln sollte. Der SEW-Genosse schien außerstande, sich eine Lust jenseits des Geschmücktwerdens mit einem Orden durch den Vorsitzenden seiner Partei vorzustellen. Nachdem die AO-Delegierten schließlich mit Verbalinjurien über die Einheitssozialisten herfielen („Revisionistische Sauertöpfe“, „Sowjethörige Mucker“ u.a.), verließen diese abrupt die Versammlung.

Die AO hielt jetzt die Zeit für gekommen, ihre Konzeption vorzutragen. Sie hatte sich bereits das große Versammlungslokal "Neue Welt" reservieren lassen und plante außerdem, den angrenzenden Volkspark Hasenheide zu mieten. Letzterer sollte üppig mit Lampions geschmückt und mit Würstchenbuden, Bierzelten usw. ausgestattet werden. Der Erlös sollte dem kürzlich von der AO entdeckten kämpfenden Volk einer kleineren Insel im Südpazifik zugute kommen. Die Arbeiterklasse hätte sich in den Tälern und Hügeln des Parks nach den Rhythmen

einer original Pekinger Marschkapelle zu tummeln, deren Klänge durch in den Bäumen angebrachte Lautsprecher aus der Halle über das Gelände getragen werden sollten. In viertelstündigen Abständen würde die Musik zugunsten der Rezitation einiger Gedichte und Lieder über verschiedene kämpfende Völker in den jeweiligen Originalsprachen zu unterbrechen sein. Außerdem war an die Errichtung einer Schießbude gedacht, in der Nixon- und Breschnew-Puppen als Zielscheiben zu dienen hätten. Als Höhepunkt der Veranstaltung sollte eine albanische Ballerina am Arm von Horlemann einen großen Sprung vorwärts auf einer eigens dafür zu errichtenden Holztribüne tun.

Dieses Programm stieß bei den übrigen Anwesenden auf heftige Kritik. Zunächst sein Marsch ein ausgestorbener Tanz. Sodann sei unerfindlich, wie das Proletariat sich über in fremden Sprachen vorgetragene Gedichte amüsieren solle. Und schließlich: könne die AO garantieren, daß der Gewinn aus Würstchen- und Bierverkauf tatsächlich bei dem betreffenden kämpfenden Volk ankäme? Aus einer Skizze schließlich, die ein AO-Genosse bezüglich des Parkschmucks angefertigt hatte, und die ein beherztes Mitglied des Komitees aus seinem Ordner entwendete, ging hervor, daß sämtliche Lampions die Züge des Vorsitzenden Mao tragen sollten. Nach dieser Enthüllung verließ ein sensibler Trotzkist den Raum; und der Vorsitzende des APRILKOMITEES ergriff das Wort, bat um Ruhe und begann, unsere Vorstellungen darzulegen.

Die AO-Delegierten ließen ihn nicht ausreden. Sie verlangten eine eine Abstimmung darüber, ob ihre Schießbude von den übrigen Organisationen akzeptiert würde. In allen übrigen Punkten seien sie zu Konzessionen bereit, etwa in Bezug auf die Lampions oder die Kapelle, aber nicht in Bezug auf die Schießbude. Sei keine Einigung über die Notwendigkeit, der Arbeiterklasse zu dem Vergnügen einer solchen Bude zu verhelfen, erzielbar, so habe die KPD in dieser Aktionseinheit nichts mehr zu suchen.

Die Abstimmung mußte wegen des anschließenden Tumults zweimals wiederholt werden. Es ergab sich schließlich, daß zwei Trotzkisten und sämtliche Vertreter des Komitees die Bude ablehnten. Der Rest (bis auf die AO) enthielt sich der Stimme. Daraufhin erhob sich die AO von den Stühlen und verließ unter Absingen der Internationale den Raum.

Die Verhandlungen des APRIKOMITEES mit den in der Aktionseinheit nun noch verbliebenen Trotzkisten erledigten sich im Verlauf der nächsten Woche. Kundschafter des Komitees fanden heraus, daß sich hinter der Idee vom „Faschingstag“ folgender Trick verbarg: in den Strategieplänen der Trotzkisten war vorgesehen, das konspirative ZK der IV.Internationale mit Pappnasen zu tarnen und es während des Höhepunkts der Karamellenorgie insgeheim die Macht ergreifen zu lassen.

Es versteht sich, daß das BERLINER APRILKOMITEE umgehend die Konsequenz zog und die Gespräche mit dieser Gruppe abbrach. Auf diese Weise endete der kühne Versuch des Komitees, eine breite Einheitsfront zum Zwecke der Vorbereitung eines internationalen proletarischen Tanztags herbeizuführen.

Am 1.April kam es dann infolge des kleinbürgerlichen Fraktionsegoismus in der linken Bewegung zu einer Vielzahl zersplitterter Aktionen: Die SEW schwoofte in

"Kliems Festsälen“: der Vorsitzende verlieh den Tanzorden an ein Ehepaar Danelius, ein Weddinger Trio erhielt für seine Vertonung der Präambel des Moskauer Vertrages zwei Ehrenkarten für die Eröffnungsveranstaltung der Weltjugendfestspiele. Die AO, die nach Absage der Pekinger Kapelle darauf verzichtet hatte, den Park zu mieten, las Ansprachen und Verse in der Neuen Welt vor; während des Höhepunkts des Abends brach sich Horlemann einen Knöchel, was vermutlich von der Semmler-Fraktion ausgenutzt werden wird. Die KPD/ML (Roter Morgen) faßte den "Stabilisierungstag der Arbeiterklasse" konsequent als Stabilisierung ihrer Organisation auf und schrieb eine neue Plattform. Die KPD/ML (Neue Einheit) forderte in einer Flugblattaktion vor Aschinger die Gäste zum Prellen der Zeche auf, was eine Polizeiaktion zur Folge hatte. Die Trotzkisten zogen zur Gewerkschaft in die Gedächtniskirche und ließen zum Schluß der Diskussion etwas Konfetti von der Kanzel fallen. Das Komitee rockte zu den neuesten "Scherben"Hits auf dem Mariannenplatz,und die Arbeiterklasse saß in ihrer Stammkneipe hinterm Bier.

Genossen, das muß nicht so bleiben! Die Spaltungsmanöver der Bourgeoisie und ihrer Agenten im linken Lager können nicht ewig erfolgreich sein. Beweisen wir im nächsten Jahr dem Klassenfeind, daß das Proletariat und alle fortschrittlichen Kräfte dazu übergehen, ihr Vergnügen einig in ihre eigenen Hände zu nehmen!

BERLINER APRILKOMITEE

3.4.1973

+) Die AO behauptet in der „Roten Fahne“ vom 14.3., daß der Terminus „Regenerationstag“ den einzig wissenschaftlich hergeleiteten Begriff für „Tag der Kräftesammlung“ darstelle, während „Tanztag“ den Akzent mehr auf die Kräfteverausgabung lege und überhaupt einen spontaneistischen Ansatz verrate.

++) Die praktische Kritik der Arbeiterklasse an der NRF-Parole: „Erst aufbauen - dann erbauen“ sah so aus: am 1.4. waren Kneipen und Tanzsäle im Heidelberger und Mannheimer Raum zu 99,9% ausgelastet - ein absoluter Rekord seit Rosenmontag.

+++) Kennern der Scene ist klar, daß es sich bei dem fraglichen Brief um einen Schwindel handelt, ersonnen, um dem Komitee die Originalität der Initiative streitig zu machen!

++++)Diese Losung war für westdeutsche Genossen wichtig.

+++++) Reaktionärer Minister für „Volks“lust